

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

26 (31.1.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußknecht“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmönatlich 1.— M. mit 80 S ohne Zustellung. Einzelheft 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einspaltige Notizseite 20 S. auswärts 25 S. Restamen 80 S. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffenstr. 21. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Luthers Antwort an Herriot

Der Bürgerblock-Kanzler erklärt, auf den Pfaden der Verständigung wandeln zu wollen — Dr. Luther erklärt sich für den Gedanken der Schiedsgerichte und der Abrüstung

Reichskanzler Dr. Luther hat gestern vor den versammelten Vertretern der ausländischen Presse auf die Rede Herriots vom Mittwoch in der französischen Kammer geantwortet. In seiner scharf ablesenden Haltung gegenüber dem Kabinett Luther hindert uns nicht, anzuerkennen, daß der Reichskanzler sich ungewöhnlich vorsichtig und in manchen Punkten seiner Rede sich auch glücklich ausgedrückt hat. Aus der ganzen Rede ist unverkennbar das Bestreben herauszulesen, den entstandenen Konflikt nicht mehr zu verschärfen, vielmehr die Wege für eine Verständigung zu ebnen. Herr Dr. Luther hat wohl eingesehen, daß man mit den traditionellen Methoden der nationalistischen Mäntelungsführer Deutschland nicht nur nichts nützen, sondern ihm den allergrößten Schaden zufügen wird. Mit diesen Methoden, die die nationalistische Presse in den letzten Wochen, rühmend aber seit der Rede Herriots in der Kammer erneut zur praktischen Anwendung zu empfehlen versuchte, würde Deutschland nur einer neuen und sicher folgen schwereren Niederlage entgegengeführt werden. Uns scheint auch, daß die Rede Herriots in dieser Beziehung in Berlin den tiefsten Eindruck gemacht hat. Auch scheint man weiter in Berlin begriffen zu haben, daß das Wort Herriots, daß er einem demokratischen Deutschland volles Vertrauen entgegenbringe, daß aber ein reaktionäres Deutschland ihm keinerlei Rücksicht finden werde, in gebotener Ernste gehört und verstanden zu haben. Nur daraus erklärt sich offenbar Luthers Bestreben, zu versichern, daß das von ihm gebildete Kabinett gar kein reaktionäres sei, vielmehr „demokratischen“ Anforderungen entspreche.

Die stärkste Partei in der gestrigen Kanzlerrede, soweit sie sich politisch gegen die Anschuldigungen gen wehrt, die gegen Deutschland wegen der Entwaffnungsfrage erhoben werden, ist die, wo der Reichskanzler betont, daß Deutschland einfach verurteilt werden soll, ohne ihm selbst auch nur die Anklagefrist unterbreitet zu haben. In diesem Punkte ist allerdings von den alliierten Regierungen in großer Weise gegen den auch von ihnen wiederholt verurteilten Weisheit der Verständigung gehandelt worden. Daß die in Deutschland vorhandenen militärischen Machtmittel unmöglich eine Bedrohung der Entente darstellen, ist richtig; daß sie aber eine schwere innerpolitische Gefahr solange bedeuten, als nicht absolut zuverlässige Regierungen sie reiflos in Händen zu halten vermögen, das ist nicht minder richtig.

Neben dem Bestreben des Kanzlers, die Wege zu einer Verständigung zu ebnen, ist das bedeutendste Moment in der Kanzlerrede die Erklärung, daß die Reichsregierung auch bereit ist, auch in der Räumungsfrage einen Kompromiß einzugehen, und, um diesen Kompromiß zu ermöglichen, weiter bereit ist, bei etwa Deutschland nachgewiesenen Verstößen die erforderliche Korrektur eintreten zu lassen. Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß die Sozialdemokratie plötzlich erneut zum Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen wurde darauf verwiesen hat, daß eine Verständigung auf dem Wege des Kompromisses wohl die einzige Möglichkeit bietet, den entstandenen Konflikt in leidlicher Weise zu lösen. Die Sozialdemokratie ist dafür von der gesamten nationalistischen Presse in der blödsinnigsten Weise angepöbelt worden; jetzt aber sehen wir, daß unter dem Druck der harten Tatsachen auch die Bürgerblockregierung schließlich zu einer Verständigung bereit ist, die die Sozialdemokratie sofort empfohlen hat. Man darf gespannt sein, wie die Bürgerblockpresse diese Stelle der Rede Luthers behandeln wird. In Verbindung mit der Tatsache, daß am gleichen Tage, an dem der Reichskanzler sich so lebhaft für eine Verständigung ausgesprochen hat, im preussischen Landtag die nationalistisch-kommunistische Koalition eine Niederlage erlitten und der republikanische Gedanke einen Sieg davon getragen hat, dürfte, wie wir hoffen, auch in Paris beruhigen und vielleicht auch klärend wirken. Wenn den gestrigen Versicherungen des Kanzlers, den Weg der Verständigung beschreiten zu wollen, auch auf richtig durchgeführte Tatsachen folgen, wird es möglich sein, den gegenwärtigen Konflikt bald zu beenden. Es wird aber dazu der strengsten Wachsamkeit der republikanischen Parteien bedürfen und weiter der fortgesetzten rücksichtslosen Abwehr der nationalistischen Bestrebungen.

Berlin, 30. Jan. Der Reichskanzler hielt heute Abend bei dem Empfang der ausländischen Presse in der Presseabteilung der Reichsregierung eine Rede, in der er u. a. aus-

führte. Wenn man die außenpolitischen Geschehnisse und Probleme überblickt, die das erste Jahrzehnt nach Ausbruch des Weltkriegs erfüllt haben, so erscheinen sie als Wirbel politischer und wirtschaftlicher Streitfragen, die die Völker Europas auch nach dem Friedensschluß immer noch am Rande des Abgrundes festhielten. Alle Versuche dieser Jahre, das Wirbel zu lösen, scheiterten an der Fortdauer der Gegensätze aus dem Kriege, die den Friedensschluß überlebt hatten. Die Entwaffnung hat begonnen, als aus dem Anknüpfen der Probleme eines der wichtigsten, die Reparationsfrage herausgenommen und auf diejenige Grundlage gestellt wurde, auf der allein eine einseitige Regelung erzielt werden konnte, auf der Grundlage der Verständigung. Die nächste Arbeit der Sachverständigen, die die Reparationsfrage auf ihren wirtschaftlichen Kern zurückführen, ermöglichte die Londoner Konferenz und brachte so die Parteien am Verhandlungstisch zusammen. Die hier zum erstenmal nach dem Weltkriege angewandte Methode der Verhandlung auf gleichem Fuße führte schnell zu einem bedeutenden Ergebnis. Der Dawesplan wurde in Kraft gesetzt und damit der Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gelegt. Das war aber keineswegs das einzige Ergebnis der Londoner Konferenz. Untere Erwartung, daß mit der Konferenz, eine neue Epoche eingeleitet sei, in der die großen internationalen Probleme überhaupt nicht mehr durch einseitige Entschcheidungen, sondern auf dem Wege der friedlichen Ausgleichs der Interessen gelöst werden sollten, schien bestätigt zu werden durch die zur Durchführung der Londoner Vereinbarungen eingeleiteten Verhandlungen, die sich in Folge des verhandlungslosen Zusammenstoßes beider Teile durchaus erfolgreich gestalteten. Man durfte hoffen, daß diese Entwicklung auch eine gute Aussicht auf die Lösung politischer Probleme eröffnen würde, die sonst noch der Lösung harren. In dieser Hoffnung ist Deutschland mit Beginn des neuen Jahres schwer enttäuscht worden. Sie alle kennen den Verlauf und den Stand des ersten Konflikts, der wegen der Räumung der nördlichen Rheinlandszone entstanden ist. Ich glaube, daß der Konflikt seiner Lösung schon viel nähergebracht worden wäre, wenn die alliierten Regierungen das Verfahren, das aus der Londoner Konferenz einen sicheren Erfolg gesiegt hat, das Verfahren der vertrauensvollen Aussprache, auch jetzt angewandt hätten. Es läßt sich nicht verkennen, daß in der im letzten Sommer angebahnten Entwicklung ein Rückschritt eingetreten ist, der die Höhen und drüben begonnene Veruhigung der Geister wieder gefährdet. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse der allgemeinen Weltpolitik tief zu bedauern. Die Alliierten behaupten Deutschland das Vertragsbruchs und ziehen daraus Folgerungen von größter Tragweite. Ich muß immer und immer wieder darauf hinweisen, was es bedeutet, wenn man einen Vertragsbruch behauptet, wenn man damit Sanktionsmaßnahmen begründet,

wenn man es aber nicht einmal für notwendig hält, dem betroffenen Lande durch Substantierung der Behauptung die Möglichkeit zur Verteidigung, wie auch die Möglichkeit der sachlichen Auseinandersetzung zu geben.

Gegenüber einem Lande, mit dem die Alliierten vor wenigen Monaten wichtige Probleme am Verhandlungstisch gelöst haben, nehmen die Alliierten in einer Frage von so vitaler politischer Bedeutung das Recht für sich in Anspruch,

dieses selbe Land gleichsam vom Richterische aus wie einen Angeklagten zu behandeln und ihn sogar noch über den gefällten Urteilspruch in Unkenntnis der einzelnen Anklagen und des Beweismaterials zu halten.

Ich kann das nicht für eine Politik halten, die den gemeinsamen Zielen der Völker dient. Die vorgestrichene Rede des französischen Ministerpräsidenten verurteilt allerdings, dem gegen Deutschland erhobenen Vorwurf etwas mehr Substanz zu geben. Herriot macht uns Vorwürfe, daß wir durch Ausbildung von Selbstwilligen Reservetruppen geschaffen hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unsere innerpolitischen Verhältnisse eine besonders gefährliche Spannung zeigten, wirklich einige Tausend Studenten für einige Wochen zu Übungen herangezogen hat, was bedeutet das für das Ausland angesichts der Tatsache, als es in ganz Deutschland moderne Kampfmittel, die für die Kriegsführung allein ausschlaggebend sind, überhaupt nicht mehr gibt? Was bedeutet es, wenn nach einer Entwaffnungsaktion von so tiefem Ausmaß hier und da geringe Bestände an altem Kriegsmaterial oder an überzähligen Andrustungsgegenständen gefunden worden sind?

Sie brauchen, um das Verhältnis zwischen unseren Rüstungen und den etwaigen Rüstungen zu erkennen, nur die Zahlen zu vergleichen, die Herriot selbst angeführt hat, wobei ich mich auf die Zahlen, die ich noch nicht habe nachprüfen können, nicht festlegen möchte. Er sagte, daß mehr als 33 000 Kanonen, 23 000 Maschinengewehre, 11 000 Minenwerfer, mehr als 4,5 Millionen Minenwerfergeschosse, mehr als 87 000 Maschinengewehre, 4,5 Millionen Gewehre, mehr als 400 Millionen Kartuschen und un-

gefähr 10 Millionen Handgranaten zerstört worden seien. Demgegenüber fallen doch die Zunde von 100 000 Stahlfäden für Gewehrläufe, 17 000 Stahlfäden für Maschinengewehrläufe, 10 000 Hülsenläufe und 100 Werkzeugtafeln wirklich nicht ins Gewicht. Kein ernsthafter Militär wird sich dazu verstehen, derartigen Dingen irgendwelche militärische Bedeutung beizumessen. Ich kann Sie aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, die Verstöße in der Entwaffnung, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangen, zu befeitigen. Man gebe uns zu diesem Zweck endlich den Bericht, in dem die Kontrollkommission das Ergebnis von mehr als 1800 Besuchen zusammengestellt hat und wir werden den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Anlaß vorliegt oder vorliegt, diesen Einzelfragen den Charakter eines internationalen Konflikts zu geben.

Besondere Behandlung erfordert die Polizeifrage. Sie kennen die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung und werden deshalb Verständnis dafür haben, daß wir auf eine Polizei, die kräftiger als unsere Polizei vor dem Kriege organisiert ist, nicht verzichten können. Ich brauche zur Begründung nur auf die kommunistische Bewegung hinzuweisen, die auch anderen Ländern zu schaffen macht. Solange die innere Konsolidierung Deutschlands fortgeschritten, bedeutet der Kommunismus für uns keine unmittelbare Gefahr. Sollte es aber wieder zu krisenhaften Zuständen kommen, so würde sich das Bild schnell ändern. Der Kommunismus würde die Stunde für den Entscheidungsschlag gekommen sehen. Die deutsche Reichswehr ist infolge ihrer starken Disziplinierung sehr wenig geeignet, dieser Gefahr zu begegnen. Wir bedürfen dazu einer Polizei, die imstande ist, ohne jede Verzögerung in Aktion zu treten. Unsere Verhandlungen, die Amerikaner, so hat der französische Ministerpräsident gestern ausgerufen, sollen wissen, daß Frankreich nicht ruhig sein kann, solange von Deutschland dieses Waffensystem herübergeschafft.

Meine Damen und Herren, wo hören Sie in Deutschland ein solches Waffensystem; es klingt fast wie ein Hohn, wenn solche Worte über ein Land gesagt werden, in dem es keine staatlichen Rüstungsbetriebe gibt und dessen geringfügige Truppe weder schwere Artillerie, noch Flieger, noch Tanks besitzt, dessen Festungen geschleift oder völlig unmodern sind und von dessen Gebiet man 50 000 Kilometer einseitig zugunsten seiner Nachbarn entmilitarisiert hat. Ich frage Herriot, ob er wirklich im Ernst der Ansicht ist, daß die von ihm angeführten Einzelheiten auch nur im entferntesten als Beweis für eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs angesehen werden könnten.

Er wird mir vielleicht erwidern, daß es weniger auf die Entwaffnungsmängel als auf den Geist ankomme, der sich in ihnen offenbare. Ich bin mit ihm einig darüber, daß wichtiger als die Zahl der Waffen und der Munition die moralische Abrüstung ist. Allerdings glaube ich nicht, daß ein Mangel an moralischer Abrüstung aus einzelnen Sägen militärischer Dienstinstruktionen gefolgert werden kann, wie Herriot sie zitiert hat. Der Kaiserhof ist keine Sonntagsschule und der Zweck der militärischen Instruktionen kann niemals ein anderer sein, als die Ausbildung der Truppe für militärische Zwecke. Das hat mit Angriffsbahnen nicht das geringste zu tun. Im übrigen wird aber die moralische Abrüstung in einem gesund empfindenden Volke sicherlich nicht dadurch gefördert, daß es sich allein unter den übrigen Völkern minutiöse Kontrollmaßnahmen unterworfen sieht. Versucht man die internationalen Fragen jahrelang durch militärischen Druck, statt durch friedliche Auseinandersetzung zu regeln, dann kann man sich nicht wundern, daß in dem betroffenen Lande mancher nicht mehr an einen Schutz des Rechtes, sondern nur noch an die Macht glauben mag. Ich knüpfe hieran die Frage an Herriot:

Ist er entschlossen, die nördliche Rheinlandszone sofort zu räumen, nachdem die Beilegung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Entwaffnung sichergestellt ist?

Es ist zum mindesten doppeldeutig, wenn er sagt, daß die französischen Truppen am Rhein die wichtigste und vielleicht sogar letzte Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs seien. Diese Doppeldeutigkeit wird auch nicht durch die Erläuterung beseitigt, die Herriot gestern gegeben hat durch die Worte, seine Haltung sei nicht durch den Wunsch diktiert, für unbestimmte Zeit am Rhein zu bleiben. Sie, meine Damen und Herren, werden es begreiflich finden, daß viele Kreise in Deutschland die Begründung der Nichträumung nur als Vorwand ansehen, um andere Motive zu vermuten. Auch in der Presse des Auslandes ist vielfach von diesen anderen Motiven und zugleich von der Möglichkeit die Rede gewesen, ihnen durch einen Kompromiß Nachdruck zu tragen. Die Reichsregierung hat bisher niemals Gelegenheit gehabt, zu der Möglichkeit eines solchen Kompromisses Stellung zu nehmen.

Sie würde es, wenn es die Klärung zu einem früheren Termin, sagen wir einige Monate nach dem 10. Januar, wirklich garantiert hätte, nicht ohne weiteres abgelehnt haben und würde es auch jetzt nicht ohne weiteres ablehnen.

Zu all solchen Lösungen kann man aber nur gelangen, wenn man die Angelegenheit auf dem Wege vertrauensvoller Verständigung behandelt. Dazu ist die Reichsregierung jederzeit bereit. Der französische Ministerpräsident hatte die Einzelheiten seiner vorgeschlagenen Ausführungen unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Sicherheitsfrage gestellt. Dieses Thema beschäftigt auch in Deutschland die Öffentlichkeit lebhaft. Es liegt auf der Hand, daß das von Hart gerückten Nachharn umgeben und entschaffene Deutschland das Bedürfnis nach Sicherheit lebhaft empfindet. Die Reichsregierung steht deshalb dem Sicherheitsgedanken nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat an seiner Verwirklichung auch ihrerseits ein reales Interesse.

Herriot hat den Gedanken einer Weltkonvention in dem Vordergrund gestellt, wie sie durch das bekannte Genfer Protokoll angestrebt wird. Ob es praktisch möglich ist, dieses Endziel jetzt unmittelbar zu erreichen, ist wohl noch ungewiß. Herriot selbst hat betont, daß es den Nationen möglich sei, sich gegenseitig schärfer umfassen Sicherheitsgarantien zu geben. Wenn aber internationale Verträge von der Art des Garantiepaktes wirklich wirksam sein sollen, ist es nötig, daß nicht nur die Regierungen rechtlich daran gebunden sind, sondern daß auch der geschlossene Wille der Völker selbst dahintersteht.

Das kann nur erreicht werden, wenn die unerlässlichen psychologischen Voraussetzungen auf allen Seiten erfüllt sind. Manche Wendungen in der Rede des französischen Ministerpräsidenten, bei denen er nicht im Zweifel darüber sein konnte, daß sie das Empfinden des deutschen Volkes verletzen, und der Weisheit, den gerade diese Stellen im Parlament gefunden haben, sind nicht geeignet, jene Voraussetzungen zu erleichtern. Ich will auf die einzelnen Wendungen des französischen Ministerpräsidenten nicht eingehen und will nur auf zwei Punkte hinweisen. Eine wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird und sich nicht das ganze Ausmaß von der Unrichtigkeit der Anklage überzeugt, das deutsche Volk habe durch seinen Angriff den Weltkrieg entfesselt. Der zweite Punkt ist der, daß es mir für das Zusammenleben der Völker nicht förderlich erscheint, wenn versucht wird, unenvollständige Gegensätze anderer Länder für eine Auseinandersetzung über außenpolitische Probleme zu verwenden. Ich hoffe, daß die französische Regierung diesen selbstverständlichen Grundgedanken gegenüber nicht außer acht läßt. Davon abgesehen, möchte ich aber die Frage stellen, welchen Anlaß denn das Ansinnen hat, von der Regierung Luther irgend eine reaktionäre Politik zu befürchten? Es ist gerade mein Bestreben gewesen, eine Regierung zu bilden, die eine breite Grundbasis im Parlament besitzt und dadurch den parlamentarisch-demokratischen Gedanken in möglichst weitem Ausmaß vertritt. Meine beiden Reichstagsreden geben auch über diesen entscheidenden Punkt klare und eindeutige Auskunft und stellen insbesondere fest, daß die Londoner Vereinbarungen für uns bindendes Recht sind. Diese Erklärung bleibt für die Reichsregierung maßgebend. Ich komme zum Schluß: Der französische Ministerpräsident hat seine ganze Politik vorgezogen zusammengefaßt in die drei Worte: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung.

Dieses Programm kann ich für Deutschland akzeptieren. Die Reichsregierung ist bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Schiedsgerichtsgedanke, dessen Verwirklichung vielleicht den wertvollsten Teil der Londoner Vereinbarungen darstellt, im internationalen Leben immer allgemeiner zur Geltung kommt. Sie will mitwirken an der Herstellung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Hinsichtlich der Abrüstung hat sie eine gewaltige Vorleistung bewirkt und kann nur hoffen, daß der Grund für diese Vorleistung, die allgemeine Verunsicherung, bald in die Tat umgesetzt wird.

Dieses Programm kann ich für Deutschland akzeptieren. Die Reichsregierung ist bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Schiedsgerichtsgedanke, dessen Verwirklichung vielleicht den wertvollsten Teil der Londoner Vereinbarungen darstellt, im internationalen Leben immer allgemeiner zur Geltung kommt. Sie will mitwirken an der Herstellung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Hinsichtlich der Abrüstung hat sie eine gewaltige Vorleistung bewirkt und kann nur hoffen, daß der Grund für diese Vorleistung, die allgemeine Verunsicherung, bald in die Tat umgesetzt wird.

Eine Niederlage der Reaktion in Preußen

Braun wieder als Ministerpräsident gewählt
Versuche, die große Koalition wieder herzustellen
Berlin, 30. Jan. (Aus dem Landtag.) Es sind abgegeben 441 Stimmzettel. Unbeschrieben waren 3, ungültig 1. Die Mehrheit betrug also von den 435 Stimmen 218. Hrn. Braun erhielt 221. Seine Wahl wurde mit lebhaftem Beifall angenommen und im Zentrum bekräftigt. Der deutschnationale Hrn. v. Kreis erhielt 175, der Kommunist Bied 39 Stimmen. Die sechs weiblichen Stimmzettel wurden von den Deutschhannoveranern abgegeben.

Berlin, 31. Jan. Der preussische Ministerpräsident Braun hatte gestern Abend eine längere Besprechung mit den Führern der Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, bestand Einigkeit darüber, daß der Ministerpräsident zunächst den Versuch machen möge, das Kabinett der großen Koalition durch Verhandlungen mit der Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung wieder herzustellen, daß aber auch beim Scheitern dieser Lösung unter allen Umständen der Versuch der Kabinettsbildung durch den Ministerpräsidenten Braun fortgesetzt werden soll.

Die nächste Plenarsitzung des Landtages wird voraussichtlich am 5. Februar, die nächste Sitzung des Vorkonferenzrats am 2. Februar stattfinden.

Der Sieg der Parteien der Weimarer Verfassung, der gestern im preussischen Landparlament errungen worden ist, kann von der denkbar größten und wertvollsten Bedeutung für die Republik werden, wenn Konsequenz auf dem Wege fortgeschritten würde, der gestern in dem erfolgreichen Abwehrkampf gegen die Reaktion beschritten worden ist. Zentrum und Demokraten haben gestern durchaus ihre Pflicht erfüllt; es ist wahr gemacht worden, was die demokratische und die Zentrumspresse in den letzten Tagen angefnndigt und propagiert hat. Freilich, die Deutschnationalen und die Stresemänner haben alles, aber auch alles getan, um das Zentrum zum Umfall zu bringen. Sie glaubten, ermutigt durch die Hal-

lung des Zentrums bei der Bildung der Luther-Stresemannregierung, durch unterschämte Drohungen das Zentrum einschüchtern zu können. Das ist in diesem Falle vorgefallen. Aus den eigenen Reihen des Zentrums heraus, besonders aus den rheinischen Arbeiterkreisen des Zentrums kamen die Proteste gegen jede aktive oder inaktive Unterstützung der täglich frecher auftretenden Reaktion so stark, daß das Zentrum die Existenz der Partei aufs Spiel gesetzt haben würde, wenn es auch Preußen an die Reaktion hätte ausliefern helfen. Warum, so muß man das Zentrum fragen, hat man im Reich die gleiche Entschlußkraft aufgebracht, warum mußte das Bürgerblockkabinett im Reich kommen, das dem deutschen Volk noch sehr teuer zu stehen kommen wird?

Das neue Kabinett Braun wird natürlich im Landtage einen sehr schweren Stand haben; die Deutschnationalen und die Volksparteier werden alle Mienen springen lassen, um bei der ersten sich bietenden Gelegenheit auch das neue Kabinett zu stürzen. Das wissen nämlich die Herrschaften: der Besitz der Reichsregierung alle in garantierten Ziele nicht, wenn sie nicht den preussischen Staatsapparat gleichzeitig auch im Besitz haben. Das Wort Babels ist heute beinahe in noch höherem Maße Wahrheit als früher: Wer in Preußen die Macht in Händen hat, hat sie auch im Reich. Gegen ein republikanisch kraftvoll geführtes Preußen kommen die deutschnationale und volksparteiische Gesellschaften nicht an. In den letzten Wochen dem deutschen Volk in drastischer Weise gründlicher Unterricht erteilt worden.

Der geistige Erfolg über die Reaktionsparteien hat aber auch bewiesen, daß die anstehenden wilden Haltungen der Reaktion sie sich abgeischlagen werden können, wenn die Parteien der Weimarer Verfassung in jedem Falle rasche Entschlüsse energisch in die Tat umsetzen, wenn sie auf ihre Kraft vertrauen, neben der das Recht steht und die Sicherheit, daß sie dem Staatsgange dienen. Aus dem geistigen Erfolgreichen Kampfe im preussischen Landtage müssen alle Republikaner herbeizurufen. Wenn die Republikaner in allen für sie in Betracht kommenden Parteien unermüdet tätig sind, wenn die Republikaner kampfeslustig ihre Reihen ordnen und dauernd vergrößern, werden sie den endgültigen Sieg davon tragen.

Der Arbeiterkampf und den Bevölkerungsfreien, die ihr sozial gleichgestellt, erwacht nunmehr erneut und aufs dringlichste die Pflicht und Aufgabe, einen systematisch geführten Kampf gegen die bürgerliche Presse auszuführen, die in diesen Tagen starker innerer Kriege die Parteien des Bürgerblocks föhrt und für sie ihre Zwecke gelogen, betrogen und verleumdet hat. Ohne eine starke republikanische Presse, besonders ohne eine viel stärker verbreitete sozialdemokratische Presse ist die Reaktion nicht oder nur unter den allerhöchsten Bedingungen niederzurufen.

Und keinen Augenblick sollte die Arbeiterschaft die einfach ungeheuerliche Tatsache vergessen, daß es eine sogenannte Arbeiterpartei ist, die der Kommunisten, die in der infamsten und schamlosesten Weise den Bürgerblockparteien Helfershelferdienste geleistet hat. Ohne die teils direkte, teils indirekte, bewußt und absichtlich geleistete kommunistische Hilfe, gäbe es keine Lutherregierung und ohne sie wäre die Preußenkrise vermieden worden.

Der Riesenfinanzskandal der „nationalen“ Parteien

Auf Stresemanns Anregung über 600 Millionen Mark Staatsgelder an Großkapitalisten verschleudert
Zu derselben Zeit, in der die Regierung unausgesetzt die berechtigten Ansprüche der Millionen Notleidenden zurückgewiesen hat, sind an die Schwerindustrie des Ruhrgebietes Hunderte von Millionen verschleudert worden. Die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kriegshinterbliebenen wurden mit Betrugsmitteln abgespeist, weil die Reichskassen angeblich leer waren. Den von den Bediensteten infolge der Ruhrbesetzung entlassenen Angestellten und Arbeitern ist weder das Recht auf Beschäftigung noch auf Entschädigung zugesprochen worden; aber über das Großkapital ist ein reicher Goldregen niedergegangen, daß es darin fast zu ertrinken droht.

Die bürgerliche Presse, die so überaus redselig über die Finanzaffären Aulischer und Barmai zu berichten wußte, ist zum großen Teil ganz still. Sie sucht den Mißstand der Bürgerblockregierung totzuschweigen. Auch im Haushaltsausschuß herrschte erst peinliche Verlegenheit. Als aber der sozialdemokratische Redner Hermann Müller in der Debatte die notwendigen Ergänzungen zu dem Offenen Briefe der Reichstagsfraktion machte, mußten sich die Regierungsvertreter schon zu einigen Bemerkungen herablassen. Ingoßfah sind allerdings nicht viel weniger als 600 Millionen dem Ruhrkapital in den Rücken geworfen worden.

Das politisch wichtigste Ergebnis der Debatte im Haushaltsausschuß ist die von unserem Genossen Hermann Müller festgestellte Tatsache, daß die ganze Ruhrkreditaktion auf einem Betrug aufgebaut ist, den Herr Stresemann als damaliger Reichsfinanzminister an die Ruhrindustriellen gerichtet hat. Der Reichsfinanzminister mußte ausdrücklich zugeben, daß dieser Brief geschrieben worden ist. Die Tatsache, daß die Unterstützung der Ruhrkapitalisten von einem Brief des Herrn Stresemann im November 1923 ausgegangen ist, macht diesen Riesenfinanzskandal zugleich zu einem beispiellosen politischen Skandal. Herr Stresemann hat den Brief als Reichskassener geschrieben und Herr Aulischer sein Finanzminister. Heute sind die Rollen vertauscht. Luther ist Kanzler und Stresemann ist sein Minister. Begreift man jetzt die Zusammenhänge, versteht man es, weshalb Herr Stresemann durchaus ein sozialistisches Kabinett haben mußte?

Im November 1923 hat Herr Stresemann als Leiter einer rein bürgerlichen Regierung den Pakt mit dem Ruhrkapital abgeschlossen. Dieses Abkommen konnte aber nur durchgeführt werden, wenn die Vertreter der wertvollen Bevölkerung, wenn die Sozialdemokraten von den Regierungs- und Verwaltungsgeschäften ferngehalten wurden. Zur Durchführung dieses Paktes bedurfte Herr Stresemann einer breiteren Grundlage, als sie die Regierung Marx bildete, er bedurfte dazu des Bürger-

blocks. Darum also die unaufhörlichen Regierungskrisen seit dem Herbst 1923, die stets von der Deutschen Volkspartei ausgehen, allerdings im innigen Einverständnis mit den Deutschnationalen.

Hinter diesem politisch-wirtschaftlichen Großskandal verschwinden die Affären Aulischer und Barmai. Nicht als ob wir irgend etwas dazu beitragen möchten, daß irgend etwas bei diesen Affären im Dunkeln bleibe; wie die Verhandlungen in den Untersuchungsausschüssen des Reichstags und des Landtages zeigen, sorgen gerade die Vertreter der Sozialdemokratie für die reifste Aufklärung aller Finanzskandale. Aber an diesen Skandalen sind immerhin einzelne Personen beteiligt; für den Riesenfinanzskandal der hundertmillionenfachen Verschleuderung von Staatsgeldern an die Ruhrindustriellen sind ganze Parteien verantwortlich. Diese entkühlt sich ein Korruptionsgemälde von einer Art, wie es nur geschaffen werden kann, wenn das kapitalistische Bürgertum und seine Parteien sich der Kontrolle durch die Sozialdemokratie zu entziehen suchen. Aber die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei misamt ihrer Regierung und ihren kommunalistischen Helfern können sich darauf verlassen, daß die Sozialdemokratische Partei ihnen nicht schenken wird.

Eine Frage muß u. U. im Reichstage sofort nach seinem Zusammenritt allen Ernstes erwoogen werden: ob es nicht möglich und erforderlich, Herrn Stresemann und alle übrigen, in wirtschaftlich verantwortlicher Stellung befindlichen Minister oder höhere Beamte, die an dieser ungeheuerlichen Verschleuderung von Staatsgeldern die Verantwortung tragen, vor den Gerichtshof zu bringen, der für solche Fälle vorhanden ist. Nun haben wir gewiß kein allzu großes Vertrauen zur deutschen Justiz, wenn es gilt, bürgerliche Minister anzuklagen oder gegen sie vorzugehen, falls aber die formalen Möglichkeiten sich ergeben sollten, müßte es trotzdem geschehen. Und das eine müssen sich die deutschen Arbeiter schon ins Gedächtnis prägen, daß es die Schuld der Kommunisten mit ist, daß wir in Deutschland heute eine Luther-Stresemann-Regierung haben.

Es dürfte noch interessieren, an wen die bisher verschleuderten 645 Millionen Staatsgelder gegeben worden sind. Es sind die folgenden Industriezweige:

Bei der Ruhrkohle	400 Millionen G.-Mark
Bei der chemischen Industrie	35 " "
Für die Ruhrschienen (erprobte Lieferungen) sind anerkannt:	
Bei der Ruhrkohle	150 " "
Bei der chemischen Industrie	15 " "
Bei der Braunkohle, Mächener Gebiet, Rheinschiffahrt	45 " "
Für das Sonderverfahren für Schienen	70 Millionen G.-Mark
Insgesamt also	715 Millionen G.-Mark

Von diesen Summen ist noch nicht verfügt über 60 Millionen Goldmark, alles andere ist bereits ausgegeben.

Da ist es bedauerlich, daß dieselben Unternehmer, denen diese riesigen Summen Dank der Herren Luther und Stresemann zugesandt worden sind, bei den beiden Reichstagswahlen im vorigen Jahre gewaltige Beträge in die Parteien der „nationalen“ Parteien haben fließen lassen, denn, wie die Tabelle zeigt, es lohnt sich in höchsten Maße. Jetzt werden die Arbeiter auch verstehen, woher die auffallend großen Wahlmittel kamen, mit denen die Bürgerblockparteien während der Wahlkämpfe operieren konnten.

Protest und Kampfanfrage der freien Gewerkschaften

Die freigerwerbschaftlichen Spitzenorganisationen des besetzten Gebietes, A.D.G., A.F.-Bund und A.D.B. haben an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Präsidenten des Reichstages, des Preussischen Landtags und des Preussischen Staatsrats folgende Kundgebung gerichtet:

„Von langer Hand vorbereitete Pläne der Reaktion laufen erschüttert darauf hinaus, die Rechte des wertvollen Volkes immer mehr zu schmälern und es zurückzuführen in ein Abhängigkeitsverhältnis, wie es vor Jahrzehnten in Deutschland bestand. Das Betreiben der Reaktion auf Entrechtung der arbeitenden Masse fand seinen deutlichsten Ausdruck in dem Treiben der reaktionären und monarchistisch geklünelten Parteien gegen die Bildung der Reichsregierung und der noch nicht abgeschlossenen Regierungsbildung in Preußen. Die freigeberlich organisierte Arbeitnehmerschaft des besetzten Gebietes erblickt in dem gekennzeichneten Versuch der Parteien eine große Gefahr für den ungefähren Aufbau der deutschen Weimarer Verfassung; sie erblickt darin ferner einen bewußten Versuch gegen die Verfassung des Deutschen Reiches und gegen die Republik. Unter keinen Umständen ist die freigerwerbschaftliche Arbeitnehmerschaft jedoch gewillt, sich den diktatorischen Verlangen eines Vollstimmereibei unterzuzugeben, weshalb sie entschieden den Einspruch erhebt gegen die parlamentarische Verengung und Fällung des Volkswillens, wie dies in den letzten Verhandlungen der Reichsparteien geschah. Die Arbeitnehmerschaft erklärt, entschlossen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Erhaltung der Reichseinheit und der deutschen Republik einzutreten. In diesem Bestreben fühlt sie sich einzig mit der gesamten wertvollen Bevölkerung des besetzten Gebietes. Im letzten Augenblicke nimmt sie deshalb Veranlassung, zu warnen. Sie tritt nicht mit dem Heuel Inneer Mitglieder, alle Freunde der Republik und wirklicher Volkstreue fordern wir auf, bereit zu sein, um in jedem Bedarfsfalle den Plänen der aufziehenden Reaktion mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Frankreich und Sowjetrußland

Paris, 27. Jan. Am Schluß der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer ergreift der Sozialist Selnafte das Wort zur Frage der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zu Sowjetrußland. Er tritt in seiner Rede den nationalen Block an, weil er die Politik der Denks und Wangel in Rußland unterstelle. Dadurch sei der Bürgerkrieg nach Rußland getragen worden. Die Sowjetregierung, die den Kredit Rußlands zerstörte, zeige sich völlig unfähig, aus eigenen Mitteln das Land wieder hochzuheben. Es fehle nicht nur an den Mitteln, sondern auch an qualifizierten Arbeitern. Redner beschwört sodann die Frage der russischen Schulden, forderte aber Selnafte auf, nicht zuviel zu verlangen, um schließlich gar nichts zu erhalten. Weder von einer Anleihe noch von Konzeptionen dürfe man reden, sondern man müsse Rußland inhandeln, wieder produzieren und arbeiten zu können. Derartige Probleme könnten nur international geregelt werden. Der Völkerverbund sei geeignet, dieses Werk durchzuführen. Der Redner billigte im übrigen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und erklärte zum Schluß unter starkem Beifall der Linken, es sei bringlich, in ganz Europa den Handelsaustausch wieder herzustellen, ohne den alles Utopie bleibe.

Herriot und Deutschland

Herriot hat einen parlamentarischen Erfolg errungen, wie wenige Ministerpräsidenten vor ihm. Die Reichspresse bestätigt, daß außer Herriot höchstens Clemenceau auf derartige Ovationen zurückblicken könne wie sie ihm am Mittwoch von der ganzen Kammer bereitet worden sind. Um welchen Preis Herriot diesen persönlichen Triumph davongetragen hat, darüber muß ihm die Leitlinie der Reichspresse die Augen geöffnet haben. „Was Herriot gestern über Deutschland gesagt hat, hätte ebenso gut von Poincaré oder Millerand gesagt werden können“, schreibt am Donnerstag der „Eclair“.

Herriot hat vom ersten Tage der Regierungübernahme an erklärt, daß er ein demokratisches Deutschland zu schaffen habe, ein demokratisches Deutschland, das sich nicht auf die Schenke der Demokratie beschränken werde, sondern ein nationalisiertes Deutschland sein werde, das sich nicht mehr auf die Schenke der Demokratie beschränken werde, sondern ein nationalisiertes Deutschland sein werde, das sich nicht mehr auf die Schenke der Demokratie beschränken werde, sondern ein nationalisiertes Deutschland sein werde...

Paris, 30. Jan. (Eig. Dienst.) Zu den Erklärungen, mit denen Herriot am Donnerstag den Eindruck seiner Rede vom Mittwoch abschließend verurteilt, ist er durch die sozialistische Fraktion gedrungen worden. Diese war am Mittwoch zum Ausdruck gekommen, daß die Kammer durch die Einbringung des Antrags auf öffentlichen Anschluß der großen außenpolitischen Rede Stellung zu nehmen. In der Aussprache darüber fand die Unzufriedenheit über Herriots Rede lebhaften Ausdruck und mit 27 gegen 21 Stimmen beschloß die Fraktion, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten. Als dieser Beschluß in der Kammer bekannt wurde, rief er eine große Erregung hervor, wobei der Präsident Painlevé die Sitzung aussetzte, um den einzelnen Gruppen Gelegenheit zur Erklärung über die geschehene Lage zu geben. Herriot begab sich selbst zur sozialistischen Fraktion, die in die Diskussion über ihre Haltung eingetreten war. Herriot wurde vor allem der Vorwurf gemacht, daß er ausschließlich gegen die Nationalisten in Deutschland gesprochen und nicht ein Wort gefunden habe für die friedliche Politik der Demokratie und besonders der Sozialdemokratie in Deutschland. Persönlich beschwor Herriot die Fraktion, die Kammer mehr nicht zu verlassen, da er, falls der Antrag seiner Rede durch die Reichsregierung beschlossen oder durch ein Mandat der Reichsregierung auf dem sozialistischen Stimmenthalts abgelehnt würde, er zum Rücktritt entschlossen sei. Darüber hinaus versicherte Herriot, er habe am Mittwoch nicht anders reden können, da er unmittelbar vorher neue alarmierende Informationen über die Entwicklung in Deutschland erhalten habe. Er gab allerdings zu, daß er seine Rede mit Rücksicht auf den diplomatischen Empfang beim Präsidenten der Republik hätte abfärben müssen und bezieht sich auf die Ergänzung. Nach diesen Zusicherungen beschloß die sozialistische Fraktion mit 70 gegen 17 Stimmen, für den Antrag auf Anschluß der Rede zu stimmen.

Auch innerhalb der radikal-sozialen Fraktion war es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen und mehrere Abgeordnete verließen die Sitzung mit der Erklärung, daß sie sich nicht von den Nationalisten am Gängelband führen lassen, weshalb sie sich nicht an der Abstimmung beteiligten. Auch hier bewirkte erst ein persönliches Eingreifen Herriots die Einheitsstimmigkeit in der Fraktion. Auf alle Fälle läßt sich sagen, daß das Schicksal des Antrags auf öffentlichen Anschluß der Rede am Donnerstag an einem Paare hingehen hat.

Die Rede Herriots glaubt der Genosse Troillard im „Painlevé“ durch zwei Tatsachen erklären zu können, einmal durch den Mißerfolg der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, und dann durch das Zustandekommen des Ministeriums Luthers. Deutschland habe die Verständigungsbereitschaft Frankreichs mit der Bildung eines reaktionär-nationalistischen Kabinetts beantwortet und habe sein Schicksal den Reaktionsparteien anvertraut. Von der deutschen Republik sei außer der Fassade nichts mehr übrig geblieben. Die Politik Herriots sei stets auf die Unterstützung der Demokratie in allen Ländern gerichtet gewesen. Seine Rede sollte nicht nur eine Warnung an die deutsche Reaktion, sondern auch ein Appell an das demokratische Deutschland darstellen. Die Opposition habe über die Absichten Herriots mißverstanden, und durch ihr Beispiel habe sie in einem solchen Lichte erscheinen lassen. Diese Vertiefung seiner Absichten werde Herriot zweifelsohne durch Laten beantworten.

Die rechtsstehenden Abendblätter behandeln Herriot als einen „reinen Sünder“ und erklären sich bereit, seine „verdächtige Bestimmung“ zu versehen. Der reaktionäre „Internationale“ erklärt, daß Herriot jetzt an der Seite von Millerand und Poincaré inmitten aller Patrioten stehen werde, deren Warnungen er bis jetzt verächtlich habe. Auch auf dem Gebiete der Innenpolitik werde er sich wohl zu Konzeptionen begeben müssen, und dann werde er der Unterstützung aller Bürger sicher sein können.

Es war bisher immer ein Unklug, Tatsachen zu übergehen und die Augen vor ihnen zu verblenden. Fortgesetzte Enttäuschungen sind die Folge dieser Taktik. So auch jetzt!

Herriot hat Vorbürie an die Adresse des deutschen Volkes gerichtet, die u. E. einer tatsächlichen Grund-

lage entbehren, andererseits aber wieder verständlich sind mit Rücksicht auf die Stimmung innerhalb der französischen Bevölkerung. Es ist nun einmal so, daß sich nicht nur ganz Frankreich, sondern auch ganz Belgien von Deutschland bedroht fühlt, und dieses Gefühl wird wiederum erklärlich, wenn man bedenkt, in welcher Art diejenigen jahrelang gegen den „Erbsind“ gehetzt haben, die heute möglichenfalls auf die Reichsregierung besitzeln. Wir haben die Drohungen dieser Maulhelden nie ganz ernst genommen. Aber leider ist das jenseits des Rheins der Fall gewesen, und noch bevor die Deutschnationalen sich verantwortlich an der Reichsregierung beteiligten, hat Herriot wiederholt erklärt, daß sich seine Außenpolitik in der Tendenz nicht wesentlich von der Poincarés unterscheiden werde, sobald die Reaktion in Deutschland zu herrschen beginnt. Inzwischen ist dieser Fall eingetreten, und der französische Ministerpräsident hat am Mittwoch eine Erklärung abgegeben, die er schon vor Monaten fortgesetzt aufstellte, die aber von der Deutschen Volkspartei unberücksichtigt blieb, und der zum Trotz geradezu die Deutschnationalen in die Regierung einbezogen wurden. Man hat sich zwar bemüht, das schlechte Echo der Außenpolitik über die abgeschlossene Regierungsbildung durch Trosterklärungen zu verwischen und mit schönen Redensarten zu wirken, aber alle Schönfärbereien haben in Paris ihren Sinn verfehlt und man hält trotz Herrn Luther und trotz der Unterstützung des jetzigen Kabinetts durch das Zentrum die Deutschnationalen in Frankreich auch heute noch für das was sie vor ihrer verantwortlichen Beteiligung an der Regierung sein wollten. Das mußte jeder deutsche Politiker, der die Stimmung in Frankreich und Belgien auch nur im geringsten kannte, von vornherein annehmen und so sagen wir ganz offen, daß uns die Rede Herriots nicht enttäuscht. Sie konnte nur den überaus, der wie ein blinder Mann in der Welt herumläuft, nichts sieht oder nichts hören will. Was Herriot am Mittwoch in der Kammer erklärte, betrachtete wir als Ausdruck der Stimmung, wie sie heute tatsächlich in Frankreich vorherrschte. Über bei allen Angriffen des französischen Ministerpräsidenten gegen Deutschland nehmen wir dennoch an, daß seine Politik im Ziele die gleiche bleibt, wie bisher! Ändern dürften sich lediglich die Mittel, um dieses politische Ziel zu erreichen, und diese Veränderung der Mittel hat man in Berlin durch die Regierung Luther bewußt provoziert.

Eines aber müssen wir bei allem Verständnis für die parlamentarische Lage der französischen Regierung trotzdem zum Ausdruck bringen. Man darf in Frankreich nicht vergessen, daß die Regierung Luther nicht das deutsche Volk ist, und man sollte sich daher hüten, ganz Deutschland für das Mißtrauen darben zu lassen, das die jetzige Regierung in der Welt besitzt. Millionen deutscher Volksgenossen stehen gegen das jetzige Kabinett in Opposition, und es heißt diesen Kampf gegen eine Regierung, die dem Willen des Volkes nicht entspricht, erschweren, wenn Herriot auf dem Wege fortfährt, den er am Mittwoch bestritten hat. Wir müssen von ihm verlangen, daß er mindestens dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren läßt. Am Mittwoch ist das nicht geschehen. Statt Tatsachen, hat der französische Ministerpräsident den Teufel an die Wand gemalt, denn die Maulhelden von gestern — heute Mitglieder der Regierung — sind wirklich nicht des Ernstes wert, mit dem sie von der Pariser Kammertribüne aus behauptet worden sind. Heute zeigen sie sich bereits als Feiglinge ohne Flecken und Herriot würde der deutschen Demokratie einen Dienst erweisen, wenn er sie bei aller Wachsamkeit vor dem französischen Volk ebenso der Väterlichkeit preisgeben würde, wie wir es jetzt seit den Wochen ihrer Regierungstätigkeit vor der Welt und dem Inland tun.

Die Herriotsche Rede, die Auslands-Sozialisten und die bürgerliche Presse

Es gibt nicht die Infonkenquenteres, als die bürgerliche Presse, wenn es sich um die Besprechung innerdeutscher Fragen handelt. Beim Ausbruch des Krieges setzte sie alle Hoffnung auf die russischen Revolutionäre, um Deutschland eine günstige Position gegenüber Rußland zu sichern. Jahrelang vorher aber hatte man sich mit aller Schärfe gegen die „Amirgünstigungen“ der deutschen Sozialdemokratie gewandt. Für Rußland kam ihnen der Amirgünstigen, in Deutschland mußte man ihn aufs Schärfste bekämpfen.

In gleicher Situation sehen wir jetzt wieder den größten Teil auch der bürgerlichen Presse in Baden. Die Herriotsche Rede wird mit änderer, heißender Kritik behandelt; so hätte auch Poincaré sprechen können, eine neue Rede Herriots um. Diese bürgerliche Presse verzicht vollständig oder will es nicht wahr haben, daß die am Mittwoch von Herriot in der französischen Kammer gehaltenen Rede, deren Inhalt und deren politische Schlussfolgerung wir gewiß nicht billigen, nicht zuletzt auf die nicht gerade geschickte Antwortnote Stresemanns und in ihrem vollen Kern auf das jetzige Vorhandensein einer Reichsregierung in Deutschland zurückzuführen ist.

Dies ist nicht zu leugnen; nur die bürgerliche Presse will es nicht sehen, darf es nicht sehen, weil das in ihre innerpolitischen Dispositionen nicht paßt. Sie hat kein Verständnis dafür, daß nun einmal eine Reichsregierung in Deutschland mehr oder minder scharfe Opposition des Auslandes und führender französischer und englischer Politiker hervorruft. Das mag man beklagen und bedauern, aber zu ändern ist es nicht. Die sozialdemokratische Presse hat in den Tagen der Bildung der Regierung Luther und auch schon vorher oft genug darauf hingewiesen. Jetzt hat die bürgerliche Presse den Salat, und nun jammert sie, verbricht, wie z. B. das „Karlsruher Tageblatt“, Ueberführten wie die: „Eine neue Rede Herriots“ und ähnliche lächerliche Entzählung. Erst auf schämige außenpolitische Wirkungen durch Verwirrung einer glatten Reichsregierung in Deutschland hinarbeiten und nachher täglich Profobils-tränen vergießen, wenn diese Wirkungen und Umstände eintreten, das ist die Taktik und die Methode der Reichspresse auch in Baden.

Aber noch ein anderer Punkt der bürgerlichen Presse-Kritik wegen der Herriotschen Rede ist herauszukehren. Es wird jetzt wieder auf die französischen Sozialisten losgeschlagen, weil sie sich in der französischen Kammer der Abstimmung enthalten haben, als der in Frankreich übliche öffentliche Anschluß der

Rede des Ministerpräsidenten Herriot beschlossen wurde. Die „Badische Presse“ in Karlsruhe tritt mit der Ueberdrücktheit hervor: „Die Sozialisten wieder einmal umgefallen“. Als ob die französischen Sozialisten die Aufgabe hätten, die Politik der deutschen Streifenblätter zu machen; sie haben durch ihre nun bald ein Jahr dauernde Unterstützung des Kabinetts Herriot wahrlich getan für Deutschland, was ihnen im Rahmen der französischen Politik und bei dem starken Ueberwiegen des Chauvinismus in Frankreich überhaupt möglich war. Aber sie sollen tanzen, wie die deutschen Streifenblätter pfeifen!

Dabei bringt es dieselbe Presse fertig, auf der anderen Seite täglich und mit heißen Bemühen für die Ausmerzungen der deutschen Sozialisten aus der Reichsregierung und auch aus den Länderregierungen fast fanatisch zu plaudern und nach sozialistischen Kabinetten zu schreien. (Siehe die jetzigen Vorkommnisse in Preußen.) Die Sozialisten aller Länder bieten die beste Garantie für eine vernünftige Politik der Allierten Deutschland gegenüber. Das wissen die bürgerlichen Reichsblätter sehr wohl; zur Außenpolitik, bei der Deutschland nicht schlecht fährt, möchte man die Sozialisten aller Länder gern haben. Aber aus der Reichsregierung, und nun jetzt noch aus Preußen, das vielleicht auch aus Hessen sollen sie hinausmandatiert werden. Und dann wundern sich diese Blätter, wenn das Ausland daraus für Deutschlands innerpolitische Entwicklung Schlüsse zieht, die uns nicht gefallen.

Auf diesen Widerspruch müssen wir doch gerade in diesen Tagen mit aller Deutlichkeit aufmerksam machen. Die Reichspresse erweist Deutschland den schlechtesten Gefallen bei ihrem Geschrei nach sozialistischen Regierungen; die Quittung für diese einseitige und kurzfristige Politik wird die jetzige Reichsregierung totschick vom Ausland präsentiert bekommen. Dann sollen die französischen Sozialisten wieder helfen!

Der heutige Stand und die Aufgaben der deutschen Sozialpolitik

Erklärungen des Reichsarbeitsministers

Der Reichsarbeitsminister gab am Mittwoch im Haushaltsauschuß des Reichstags anlässlich der Staatsberatung einen Bericht über den Stand und die Aufgaben der deutschen Sozialpolitik. Er erklärte: In der Sozialversicherung, von der nur noch die äußeren Hüllen übrig geblieben sind, sind fast alleinstehenden die früheren Leistungen wieder erreicht, ja zum Teil gesteigert worden. Die Unfallversicherung insbesondere wird in nächster Zeit von den Einzelrenten wieder zu Individualrenten zurückzuführen, die dem Verdienst des Einzelnen angepaßt sind. Die umstrittene Frage der Einbeziehung von Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wird demnächst durch eine Verordnung ihre erste Beantwortung erfahren. Gewisse anfangliche Schwierigkeiten im Bereich der Reichsinvalidenversicherung dürften bald beigelegt sein. Eine Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für Angehöriger freier Berufe, insbesondere für Rechtsanwälte, wird geprüft. In der gesamten Sozialversicherung sind organische Verbesserungen in den Grenzen des Möglichen, Vereinfachungen sowie erhöhte Ergiebigkeit das unabweisbare Ziel. Ein wertvoller Schritt in dieser Richtung ist die neue Textfassung der Angestelltenversicherung und der Reichsversicherungsordnung, durch welche das Chaos der in den letzten Jahren notgedrungen erlassenen zahlreichen Einzelbestimmungen beseitigt worden ist.

In der Frage der Ratifikation des Washingtoner Abkommens schließt sich das gegenwärtige Kabinett der Erklärung der Regierung Marx an. Deutschland hat die Ratifikation niemals grundsätzlich abgelehnt und ist bereit, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Uebereinkommens und demnach über das Maß der Bindung herbeizuführen. Selbstverständliche Voraussetzung ist dabei, daß zur Befriedigung außerordentlicher Befähigung deutscher Lebensnotwendigkeiten der Artikel 14 des Washingtoner Abkommens Anwendung findet. Die Berner Konferenz der Arbeitsminister hat den Eindruck hinterlassen, daß sich der Boden für eine gemeinsame Ratifizierung der hauptbeteiligten Industriestaaten in absehbarer Zeit gewinnen läßt. Das Internationale Arbeitsamt ist noch mit der Textfassung des Berner Protokolls befaßt. Inzwischen hat das Reichsarbeitsministerium mit der Vorbereitung der neuen Arbeitszeitgesetzgebung begonnen.

Gegenüber der großen Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit haben fortgesetzte Verbesserungen der Arbeitsvermittlung, produktive und unterstützende Erwerbslosenfürsorge Abhilfe geboten. Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung konnten im letzten Jahr um 60 bis 70 Prozent erhöht werden. Ein Gesetzesentwurf über eine Arbeitslosenversicherung steht bevor.

Im Wohnungsbau hat das Jahr 1924 Fortschritte gebracht, ohne freilich die Wohnungsnot zu überwinden zu können. Der Abbau der Wohnungswirtschaft hat begonnen und kann fortgeführt werden, wenn gleichzeitig die Mittel für den weiteren Wohnungsbau gesichert werden.

Wir geben obige Erklärungen nur referierend wieder. Es würde zu jedem Punkt manches zu sagen sein, insbesondere zum letzten Kapitel. Es wird z. B. da gesagt, daß der Wohnungsbau wohl Fortschritte gemacht habe, ohne allerdings die Wohnungsnot überwinden zu können. Man kan angeführt werden die Absicht, die Wohnungswirtschaft abzubauen, nicht begreifen. Die stetig betonte Bereitwilligkeit des Entgegenkommens an die Interessen des Hausbesitzes stimmt nicht recht mit den tatsächlichen Verhältnissen überein.

Schwere Unregelmäßigkeiten in der Landespfandbriefanstalt

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß der Direktor der Landespfandbriefanstalt, Geheimrat Regierungsrat Nehring, unter Verzicht auf Pension und alle sonstigen ihm als preussischen Beamten zustehenden Rechte aus seinem Amte ausgeschieden sei. Das Blatt veröffentlicht weiter eine aus Konfliktkreisen stammende Zuschrift, wonach Geheimrat Regierungsrat Nehring unter Ueberbreitung seiner Befugnisse Geschäfte gemacht hat, die mit den eigentlichen Aufgaben der Landespfandbriefanstalt, nämlich die Vergabe von Geldern gegen erntklaffige hypothekarische Unterlagen nichts zu tun gehabt und mit sehr großen Verlusten abgeschlossen hätte. Die Summe, um die die Landespfandbriefanstalt geschädigt worden sei, soll sich auf 3-5 Millionen Mark belaufen.

Der Skandal der preussischen Landespfandbriefanstalt

Adelige Offiziere als Oberschieber

„Corruption! Corruption!“ lautet seit Wochen die Bürgerkriegsparole durch alle Gassen. Die Autisten- und Barmat-Affäre sollte ihr dazu dienen, die Sozialdemokratie als rettungslos korruptiert an den Pranger zu stellen. Während aber jetzt im Preussischen Untersuchungsausschuss über die Marfstellung der Barmat-Affäre erst noch verhandelt wird, steht ein Kredit-Skandal, der die Rechtskreise berührt, heute bereits völlig klar vor aller Augen. Es ist ein Skandal der Preussischen Landespfandbriefanstalt, über die wir letzter Tage bereits kurz berichteten. Hier handelt es sich nicht um Offiziere, sondern um abfingende Offiziere aus Hinterpomern. Ein Herr v. Hietowitz und ein Herr Hübner von Gadow — die Oberschieber einer Gruppe von Grundstückspekulanten.

Offiziere als Schieber? Schon während des Krieges spotteten die Rumänen über so manche vornehme Etappenhelden, es seien verdammte gefälschte Kerle, diese deutschen Etappenoffiziere, sie hätten im Ru rumanisch und „jüdisch“ gelernt. Die Grundstückschieber mit Herrn von Hietowitz an der Spitze waren in ihrem Geschäft so gerissen, wie die gerissensten Offiziere. Es war für sie eine Kleinigkeit, den Geschäftsführer der Preussischen Landespfandbriefanstalt, den Geheimrat Nehring, einzuwickeln. Man traf sich gesellschaftlich an drittem Ort, befreundete sich, suchte dann den Herrn Geheimrat in seinem Amt auf und alles weitere fand sich. Das Kreditgeschäft wurde in der Zeit zwischen Ende März und Anfang August geschlossen. Der Herr Geheimrat, der genau wußte, daß die Zahlungen in der Landespfandbriefanstalt ihm das Geschäft verboten, gab ratenweise Geld an Geld, bis schließlich 5 Millionen hingekommen waren, für die in keiner Weise hinreichende Deckung vorhanden war. Erst im Dezember wurde die ganze Sache ruckbar und der von den Grundstückschiebern zweifellos heringelegte Geschäftsleiter sah in der Klemme. Jetzt sieht er Knall und Fall aus seinem Amt und verzichtet auf alle Pensionen und Rechte. Nun muß der preussische Staat, der natürlich an der Erhaltung der Preussischen Landespfandbriefanstalt ein gewisses Interesse hat, einpringen und der Anstalt mit einem langfristigen Darlehen aus der Reichskasse helfen. Erst am 9. Februar will der Verwaltungsrat der Landespfandbriefanstalt zu der Frage der strafrechtlichen Verfolgung des Geheimrats Nehring Stellung nehmen. Hoffentlich wird der Staatsanwalt nicht auch so lange warten. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags wird gut daran tun, nach der Untersuchung der Autisten- und Barmat-Affäre gründlich in das laubere Kreditgeschäft der adeligen Offizierschieber hineinzufahren. Die Bekanntgabe des Skandals bei der Landespfandbriefanstalt hat in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen hervorgerufen und ein Regierungsbekanntmachung sofort, am Donnerstag den Vortag der Berliner Presse einige aufklärende Mitteilungen zu machen, die jedoch den Skandal nur bestätigten.

Kreditfandale und kein Ende! Nicht nur in Berlin, auch in München hätte ein parlamentarischer Ausschuss Arbeit gemacht, wenn er einmal allerhand trübe Kreditmanipulationen bayerischer Geheimräte untersuchen wollte. Auch in Bayern hätte der Staatsanwalt, wie Gen. Bauer im bayerischen Landtag erklärte, auf dem Gebiet des Kredit- und Schieberwesens ein dankbares Arbeitsfeld finden und mancher Geheimrat von Guaden des bayerischen Handelsministers dürfte dabei unter die Näher kommen.

Die großen Räuber, die sich im Bürgerblut zur Ausplünderung der Taschen des deutschen Volkes zusammengefunden haben, wußten, was sie wollten, als sie ihre Presse anwiesen, die Barmat-Affäre stichtig aufzubauschen und über „sozialdemokratische Korruption“ zu schreiben. Mit dem Geschrei: „Halbt den Dieb“ verjachten die großen Diebe vor allem den alten, ihnen wohlbelannten Feind, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Nebenraus abzulenkten, den jedoch unsere Genossen im Reichstag aufgedeckt haben.

Vom Untersuchungsausschuss über die Barmat-Affäre

Berlin, 30. Jan. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags über die Barmat-Affäre betonte Staatssekretär Reichner, daß am 1. August 1919 bei der Postbehörde dem Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt wurde, daß vom Fernsprecher des Amtes aus nichtamtliche Gespräche als Dienstgespräche nach dem Ausland erfolgt seien. Der auf Privatdienstvertrag im Büro beschäftigte Landtagsabg. Franz Krüger gab zu, daß er Barmat solche Gespräche nach Amsterdamm gestattet habe. Die Gespräche seien selbstverständlich bezahlt worden. Daraufhin hat der Reichspräsident sprachlich persönlich Krüger seine Mitteilung aus dem Büro des Reichspräsidenten über die Barmat-Affäre dem Büro des Reichspräsidenten eine Grenzempfehlung, die das Barmat-Büro in Venedig keine solchen Empfehlungen mehr ausstellen. Darüber war man sehr erstaunt, weil solche Empfehlungen niemals im Büro des Reichspräsidenten ausgestellt worden waren. Die Empfehlung betraf einen Fernsprecher oder Angestellten von Barmat. Der Reichspräsident sprach dem Finanzministerium seinen Dank aus für die Heberzeugung dieses Schreibens, das ohne sein Wissen und gegen seinen Willen ausgestellt worden sei. Im diese Zeit war die Tätigkeit Krügers beendet. Weitere Nachforschungen ergaben, daß in mehreren Fällen Krüger, ohne jeden Auftrag und entgegen dem klar ersichtlichen Willen des Reichspräsidenten für Barmat Empfehlungen ausgestellt oder für ihn Aufträge auf Anstellung von Wissen erteilt hatte. Auf eine Frage nach den Beweggründen Krügers zu seinem Entgegenkommen gegen Barmat erklärte Staatssekretär Reichner, er habe keinerlei Grund zu einem Verdacht nach der Richtung materieller Beweggründe. Krüger sei sehr impulsiv gewesen und habe sich nicht immer streng an die Dienstregeln des Büros gehalten.

Der deutschnationale Abg. Dr. Deebert erklärte, persönlich nicht die Heberzeugung zu haben, daß Krüger unter Mißbrauch seiner Stellung Angestellte benutzt habe und legt Wert auf die Feststellung, ob Krüger das Schreiben mit Genehmigung des Reichspräsidenten verfaßt und abgefaßt habe. Staatssekretär Reichner erwidert, der Reichspräsident habe einmal gesagt, daß er Bewilligung genommen habe, mit Krüger ein ernstes Wort zu reden. — Abg. Kautsch (Dem.) erklärte, daß nach den Darlegungen des Staatssekretärs als ermeten angesehen werden könne, daß der Reichspräsident in die-

ser Frage absolut korrekt gehandelt habe. — Der Zentrumsgewählte Schwering sieht sich namens seiner politischen Freunde ebenfalls veranlaßt, das Verhalten des Reichspräsidenten für absolut korrekt zu erklären.

Bei seiner weiteren Vernehmung erklärte Polizeipräsident Richter auf eine Frage, daß er kein Konto bei einer Barmatbank gehabt habe. Das Darlehen bei der Rekturbank im Betrage von 1000 M habe er mit Zinsen zurückbezahlt. Die Kosten zu seiner Reise nach Amerika seien ihm als eine Spende deutschfreundlicher Amerikaner von dem damaligen amerikanischen Botschafter persönlich überreicht worden.

Verleumdungsprozess Auer

München, 29. Jan. (Eig. Bericht.) Im Auer-Prozess ergriffen am Mittwochabend Geheimrat Döberl, Professor der Bayerischen Geschichte an der Universität München, am Zeugnis, Döberl ist bekannt als grundsätzlicher Anhänger des alten Regimes. In zwei Broschüren hat er die Zusammenhänge der Münchener Ereignisse vor Ausbruch der Revolution untersucht, wobei ihm von Persönlichkeiten der letzten kaiserlichen Regierung authentisches Material geliefert wurde. Als Zeuge erklärt Döberl, daß er auf Grund seiner wissenschaftlich angelegten Untersuchungen auch heute noch fest davon überzeugt ist, daß die Leitung der mehrheitlich sozialistischen Partei in München, vor allem ihr Führer Auer, mit der Revolution nichts zu tun hatte und sie nicht wollte.

Rechtsanwalt Graf Westphal richtete dann an den Zeugen die Frage, ob Auer Gegner des revolutionären Umsturzes gewesen sei im Interesse der Erhaltung der Monarchie. Zeuge: Ich glaube nicht im Interesse der Monarchie, sondern der Arbeiterklasse und, wie ich glaube, auch im Interesse des Vaterlandes. Für so national halte ich Herrn Auer. In einer Bemerkung wies Auer darauf hin, daß er schon am ersten Verhandlungstag in seinen Ausführungen die Revolution als ein fürchterliches Unglück bezeichnet habe. Diese Auffassung habe ich immer vertreten.

Am Donnerstag äußerte sich der erste Vorsitzende der freien Gewerkschaften Schiefer über jene Unterredung Auers mit dem Minister des Innern in der Nacht zum 8. November, der er als Zeuge beigegeben hat: Ich wurde gegen Mitternacht zu Auer geholt und von dort gingen wir ins Ministerium des Innern, wo der Minister uns empfing. Der Minister fragte Auer: Wie sieht die Situation. Daraufhin fragte Auer, ob der Minister noch Nacht hinter sich habe. Dieser erwiderte, daß die zuverlässigen Polizeimannschaften leider im Felde seien. Daraus war zu entnehmen, daß der Minister von sich aus eine Abwehr der Revolution nicht mehr für möglich hielt. Der Ministerpräsident Landl und der damalige Kriegsminister v. Helldorf hätten ihm einen jammervollen Eindruck gemacht.

Zeuge Landtagsabg. Hohlhauser, ehemaliger Kriegsminister in der Regierung Eisner, erklärte: Mir ist nicht bekannt, daß Auer irgendwelche Verbindungen zu monarchistischen Geheimvereinen gehabt hätte. Auer und ich waren im Ziel einzig, möglichst bald Ordnung herzustellen und die Schäden des Krieges zu überwinden. Von einer Verschwörung Auers, den früheren Zustand wieder herzustellen, habe ich niemals etwas bemerkt.

Zeuge Dr. Stadtschulze, Stadtschulze von München, wird von dem Angeklagten Winter gefragt, ob nach der Ermordung Eisners in linksgerichteten Kreisen nicht die Ansicht verbreitet war, daß Auer an dem Mord beteiligt oder indirekt der Urheber des Mordes war. Zeuge Dr. Stadtschulze: Von linksgerichteten Kreisen kann man nicht reden, das waren monarchistisch gewordene Leute, die glaubten, die Revolution so gestalten zu können, daß jeder ein schönes Leben führen kann. Aus dieser Situation heraus entstand diese Stimmung gegen Auer und das Ministerium. Auch der Ministerpräsident Landl war monarchistisch geworden.

Zeuge Rechtsanwalt Stenge von „Miesbacher Anzeiger“ soll Aussage machen über die angeblichen Nachforschungen Auers mit monarchistischen Geheimvereinen. Er erklärt kurz: Ich weiß gar nichts. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Auer ihm jemals Material beschafft habe, antwortete der Zeuge: Mir niemals. Ich habe nie eine Verbindung mit Auer gehabt.

Der Rechtsblock regiert!

655 Millionen für die Großen — und die Kleinen? Regierung und bürgerliche Parteien hatten die Absicht, den Vorstoß der sozialdemokratischen Partei gegen die Reichssteuerung zurück zu weisen. Das ist ihnen nicht gelungen. In den Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstags vom Mittwoch und Donnerstag sind sie zum Neben gezwungen worden. Es wurde zunächst eine teilweise Aufklärung des Skandals erreicht. Dabei handelt es sich um zwei Dinge: 1. um das Abkommen, das mit der Schwerindustrie zum Erlaß von Ruhrschnitten und Nebenleistungen getroffen worden ist, und 2. um das Sonderverfahren für den Erlaß von Ruhrschnitten, auf den die Massen der Kleineren und mittleren Geschädigten Anspruch haben. Die weitestgehende Bedeutung hat das Abkommen mit dem Ruhrschnitten.

Durch die Verhandlungen im Haushaltsausschuss ist einwandfrei festgestellt, daß eine gefällige Grundlage für das Abkommen mit den Großindustriellen nicht besteht. Dieses Abkommen ist gefällig, es ist gelegentlich. In dieser Tatsache ändert auch die Aufhebung der Regierung nichts, daß sie die nachträgliche Billigung im Reichstag einholen will. Es steht fest, daß die einzige Grundlage für dieses Abkommen jene Briefe bilden, die der damalige Reichsanwalt Stresemann im Herbst 1923 an die Ruhrindustriellen gerichtet hat.

Die Deutschnationalen und ihre Bundesgenossen hat der Deutschen Volkspartei behauptet, daß die damaligen Zusicherungen an das Ruhrkapital eine Tat der Großen Reaktion sei. Diese Behauptung ist unrichtig. Gerade während der großen Krisenjahre sind die Zahlungen an die Ruhrindustriellen eingestellt worden. Der erste Brief Stresemanns datiert vom 13. November 1923, die Sozialdemokraten waren aber schon am 2. November 1923 aus dem Kabinett ausgeschieden. Diese Unwahrheit bricht also Häufig zusammen, während sich die Rechtsparteien zum Mißhandeln der Regierung machen. Der Volkspartei ruhenhauer behauptet, daß, daß deren Haltung einwandfrei gewesen sei, der Deutschnationale Dr. Czaak hat der Regierung sogar noch seinen Dank ausgesprochen.

Die Verhandlungen haben aber auch Klarheit über die Höhe der bisher verminderten Summen ergeben. Die Befürchtungen, die man in dieser Hinsicht hegen mußte, sind weit übertraffen worden. Nicht 600, sondern 715 Millionen sollen an Entschädigungen gezahlt werden, davon sind 655 Millionen bereits abbezahlt. 60 Millionen sind noch nicht zur Auszahlung gelangt, und zwar warten gerade die Kleineren und mittleren Geschädigten auf die Entschädigung. Es steht also fest, daß das Ruhrkapital reiflos bereidigt worden ist, während die minderberechtigten Kreise bisher das Ruhen gehabt haben.

Nicht aufklärer wurde bisher das Ruhen gehabt haben. Die Berechnung der Schäden erfolgt in Franc, in welcher Art die sozialdemokratischen Vertreter hat die Regierung bisher keine Angaben darüber zu machen vermocht. Es ist ferner noch nicht aufgeführt, wie die Schäden ermittelt, welche Briefe bezahlt, ob auch die entgangenen Gewinne mit berechnet worden sind. Nicht

aufgeklärt ist weiter, ob die Anrechnung früher geleisteter Entschädigungen für Lohnforderungen, für die Ausgabe von Waagegeld usw. erfolgt ist. Schließlich fehlt noch der Nachweis darüber, wie die Verteilung der zwei Drittel Milliarden durch die Ruhrkohle-A.G. vorgenommen worden ist. Das läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß eine Prüfung der Schäden in den Einzelfällen überhaupt nicht erfolgt sein kann.

Die sozialdemokratische Partei hat durch Hermann Müller ankündigen lassen, daß sie sich einen Antrag auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses vorbehaltlich, daß sie durch ihren Redner ferner keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das schärfste Mißtrauen gegen die Regierung haben, daß sie sich dabei um den Reichsanwalt Lutzer oder den Finanzminister Lutzer, um den Reichsanwalt Stresemann oder den Außenminister Stresemann handelt. Die Kommunisten hatten einen gar nicht erst gemeinten Mißtrauensantrag eingebracht, von dem Herr Strecker selbst zugeben mußte, daß nach der Geschäftsordnung keine Möglichkeit besteht, darüber abzustimmen. Daß die sozialdemokratische Partei nicht nach kommunistischer Art Komödien aufzuführen gedenkt, sondern den Kampf um volle Aufhebung der Ruhrkorruption führt, der zugleich ein Kampf gegen diese Regierung ist, das werden nunmehr die Verhandlungen im Plenum des Reichstags erweisen.

Gewerkschaftliches

Aus der badischen Tabakindustrie

Am Montag den 26. Januar sind die Kohlenarbeiter Handlungen für die bad. Zigarrettenindustrie doch noch zwischen den Parteien zu einem Abschluß gekommen. Am 12. Januar waren die Verhandlungen gescheitert. Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine Zulage auf die Kohlenzulage von 10—12 Pfg. ab 26. Januar. Der Stundenlohn für männliche Arbeiter über 25 Jahre beträgt 72, 76 und 80 Pfg. für weibliche Arbeiter von 22 Jahren ab, 47 und 48 Pfg.

Dieser Erfolg ist nur aus das gute Organisationsverhältnis zurückzuführen. Fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen gehören dem freien Arbeiterverband an. Die in der Zigarrettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mögen sich daran ein Beispiel nehmen, denn wird auch für sie die Möglichkeit geschaffen werden können, bessere Lohnverhältnisse zu erzielen. Deutscher Arbeiterverband.

Gerichtszeitung

Eine kleine Schreibung. Ein Weingärtner von Brühlingen wurde vom Schöffengericht in Lörzach zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und sein Bruder zu einem Monat wegen Betrugs bei einem Schweinekauf. Vor Ablauf des Schweinekaufs hatten die beiden das Auto auf der Gemeindegasse liegen lassen und nachher wurde das Auto mit dem Schweine weggenommen. Dabei fiel dem Verkäufer des Tieres das niedrige Gemüht auf; es stellte sich heraus, daß das Auto vor dem ersten Wägen mit Steinen beschwert worden war, die vor dem zweiten Wägen abgeworfen wurden.

Bermischtes

Ein „fürstliches“ Freispaßchen

Wir lesen in der „Welt am Montag“: Der kleine Freispaß Westenburg-Strelitz hat für seine Schulden ein eigenes Lied erbaut. Warum auch nicht, enthält es doch unter den geschickt ausgewählten Volkstümern solche mit heimatischem Gepräge. Das Liedchen ist für den Schulunterricht herausgegeben vom Musikdirektor und Seminarlehrer Bernhard Schell in Wismar. Noch in der neuesten Auflage dieses Buches, also 6 Jahre nach der Staatsumwälzung, befinden sich in dem Westenburg-Strelitz die folgende Strophen: „Wie heißt der Fürst, gerecht und mild, Der Schirm des Rechts, der Freiheit Schild, Den jede Herrlichkeit schmückt, Hoch Adolf Friedrich!“ jubelt laut Sein Volk, das freudig ihm vertraut. Drum sei dem ehlen deutschen Mann, Der Segen fließt, wo er kann! Ihm zeige jeder Tag aufs neu Des Volkes Lieb, des Volkes Freu! Gott, Herr der Welt, bleib schützend nah! Dem Herzog von Bandolai!

Nun muß man bedenken, daß der letzte Großherzog von Westenburg-Strelitz, übrigens der letzte männliche Sprößling dieses Fürstentums, Adolf Friedrich VI., ein junger Abenteurer und Trübsinniger, schon vor nun bald sieben Jahren, nämlich im Februar 1918, in den Fluten des Sommersturm des Preitold faste und fand. Man spricht vom Reichshelden Westenburg-Strelitz war also das einzige deutsche Land, das im November 1918 keinen Fürsten meggajagen brauchte, weil das Thronchen — schon leer war.

MAGGI Tabletten in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

MAGGI Fleischbrüh-Würfel



Unterhaltung und Belehrung

Die Glücklinge

Roman von Johannes Linnankosti
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Da ereignete sich ein ganz unbedeutender Zwischenfall, der alle Ueberlegungen abchnitt. Sie saßen zusammen am Mittagstisch und aßen einen aus der Milch einer eben niedergekommenen Kuh gedachten Bleifischchen. Das war für sie etwas besonders Lappländisches, weil es außergewöhnlich war — deswegen herrschte am Tisch während der ganzen Mahlzeit eine warme, gemütliche Stimmung. Sie wollten eben aufhören, als Nutela im Anschluss an ein Gespräch, gleichsam um Riitta aufzuwecken, sagte: „Man scheint ja auch hier in Savolax gut mit diesem lappländischen Essen auszukommen. Die Jungens leuchten rosig wie eine Kirchenglocke.“ — „und auch die junge Frau ist immer runder geworden.“ Der Ausdruck schlug so ein, daß sich die Zuhörer in demselben Augenblick wie versteinert fühlten. Reskitalo glaubte ersticken zu müssen, die anderen sahen sich verblüfft an, in Riittas Augen leuchtete es geheimnisvoll auf, und die junge Frau war blutrot übergesessen. „Was wirst du denn da rot?“ schmunzelte er immer zufriedener. „Eine stattliche Hausfrau ist doch wohl eine Ehre für das Geschlecht.“ Er blinzelte lachend nach Riitta. „Auch für eine Sanolaxerin — oder wie?“ „Ja, ja,“ machte Riitta kurz, und ihre Augen bligten wieder. Nutela sagte das Blitzen in seiner Weise auf und zwinzelte zurück — die anderen entsetzte es. Reskitalo hatte unterdessen einen Hustenanfall bekommen und stand vom Tische auf. Zugleich erhoben sich auch die anderen und gingen eilig ihrer Wege. Reskitalo aber legte sich auf die Bank und hüpfete, während seine Frau mit Tränen in den Augen neben ihm stand und ihm leise auf die Schulter klopfte. Nutela erhob sich zuletzt, immer noch still lächelnd. Er hielt vor dem feuchenden Reskitalo stehen: „Dein Husten ist aber schlimm geworden, du solltest doch wieder mal den Doktor aufsuchen“, sagte er teilnahmsvoll. Dann schritt er langsam über den Hof nach dem Gehäus. Die Hand des Schicksals hatte also ihr Urteil geschrieben. Jeder fühlte seine zerstückelnde Allmacht. Reskitalo war wie gelähmt. Er zog sich mit der alten Frau in die Kammer zurück und war am Nachmittag nicht mehr zu seiner Arbeit fähig. Ueber die Sache selbst hatten sie nicht viel zu reden, es handelte sich nur um den Augenblick. Und den schob Reskitalo für morgen auf, denn heute hätte er nicht das mit vor Nutela hinsetzen können. Er las in der Bibel, während seine Frau neben ihm saß und zuhörte. Sie wechselten kaum ein Wort miteinander, fühlten aber, wie sie sich aneinander schloßen und sich am besten so stützen und schützten — zwischen sich das vollkommene gegenseitige Verstehen, das keiner Worte mehr bedarf. Als die Frau während des Abendessens drüben in der Küche war, ergriffen Reskitalo, alleingelassen, wieder die finsternen Gedanken. Es schlug ihn noch einmal die Frage in ihren Sinn, ob es eine sehr große Sünde sei, einen Menschen heimlich zu vernichten, der selbst nicht dadurch leben würde, und ein halbes Duzend in Qualen sich windende Menschen zu retten — vielleischt Ereignisse zu verhindern, deren Art keiner in diesem Augenblick vorzusehen konnte. Er überlegte es diesmal fast, denn die Qual hatte ihn erklären gemacht. Doch als seine Frau kam und sie wieder zu zweien da saßen, wichen diese Gedanken weit von ihm — sie waren der Stimmung fremd, die sie jetzt umgab. Nach dem Abendessen kam Riittas Besuche in die Kammer. Er sagte gleich, als er durch die Tür hereintrat — wie wenn er gefährdet hätte, es werde sonst unangelegentlich in einem trügerischen Aufwallen, jetzt müsse Klarheit geschaffen werden, — sie könnten es nicht mehr aushalten. Und er wandte sich auf der Stelle um und ging. „Morgen“, erklärte sein Vater kurz. „Aber laß mich selber den Augenblick wählen.“ Dann lasen sie wieder. „Morgen um diese Zeit ist alles klar — wie es dann auch sein mag“, sagte Reskitalo schwer, als sie sich zur Ruhe niederlegten. In der Nacht schlief er nicht. Er dachte über die Handlungen des Menschen und ihre Folgen nach. Erst jetzt begriff er, daß das Furchtbarste, was einen Menschen treffen kann, das Hüften eines verbrecherischen Geheimnisses ist. Denn er vermochte doch nicht vor ihm zu entfliehen, sondern es folgte ihm auf Schritt und Tritt.

X.

Der Tag brach an, frohgrau und schwer. In dem Morgen beteten Reskitalo und seine Frau inländisch, dieser bitterste Tag ihres Lebens, von dem Glück und Unglück so vieler Menschen abhing, möchte ein gutes Ende nehmen. Nachdem die Frau an ihre Morgenbeschäftigungen gegangen war, blieb Reskitalo noch in der Kammer und las. Als er dann kurz vor dem Frühstück unter den anderen erschien, fühlte er sich eilig ruhig, wie einer, der den Weg seines Schicksales wandert, ohne nach rechts oder nach links ausweichen zu können. Am Frühstückstisch saß man wie in der Kirche. Nur Nutela redete etwas, aber auch nur wenig, denn er dachte überhaupt nicht, als er sprach. Reskitalo kam es vor, als habe ihm das Schicksal bei all seiner Strenge doch ermutigend mit dem Haupte zu

genickt. Denn die Burtschen fuhren gerade für die neuen Scheunen Baumstämme aus dem Wald, und er behleb sie mit Nutela zu Hause an dem Bauplatz. Dort, weit weg auf dem Scheunenhügel, wollte er dann die Sache mit ihm ins klare bringen.

Eine einzige kleine Vorkehrung hielt er für erforderlich — er ließ Riitta zu ihrer fernab wohnenden Mutter auf Besuch gehen. Aber auch in dieser Hinsicht war das Schicksal gültig: Riitta hatte schon häufig davon gesprochen, weshalb man ihr nur mitzuteilen brauchte, jetzt passe es. Und diesmal war es ihm ganz gleichgültig, ob Riittas Augen aufblitzten oder nicht — die Hauptsache war, daß kein fremdes Auge in der Nähe war.

Sie waren endlich zu zweien — auf dem kahlen Scheunenhügel, inmitten der großen Balkenhäufen. Reskitalos Stunde war gekommen. Aber da überfiel ihn plötzlich eine solche Angst, daß er zu zittern anfing. Es war das blinde Beil in Nutelas Hand, das dieses Entsetzen hervorrief. „Hier kann am Ende ein Mord geschehen!“ dachte er. „Es muß im Hause erledigt werden.“

Jetzt wurde ihm klar, wie furchtbar es war, die eheliche Ehre eines Mannes zu verletzen. Er hielt es für ganz natürlich, daß Nutela, falls er auch nur etwas Verdacht schöpfte, ihn, ohne ein Wort zu sagen, mit seinem Beile erschlage, wenn er jetzt hier redete. Und daß er einen Verdacht hegte, das war nur zu klar.

In dem Augenblick geriet die Fassung, die er am Morgen befehlen hatte, ins Schwanken.

„Wenn man verheiratet, Manta selbst zum Sprechen zu bringen?“ hastete er.

Doch das fand er zu kläglich, außerdem wußte er, daß seine Tochter auf keinen Fall darauf eingegangen wäre. Da straffte sich der planende und ordnende Bogen seines Geistes von neuem. Er erkannte, daß er gar keine Vorsichtsmassregeln ergreifen hatte, und begann sie auszudenken.

So ging der Tag zur Hälfte herum. Die Burtschen blühten ihn fragend und gespannt an, als sie mit ihrer Holzfuhr am Bauplatz anlangten.

„Noch nicht, wartet!“ antwortete er beruhigend mit einem Blick.

„Noch nicht, ich werde es schon erklären“, sagte er im Vorübergehen zu seiner Frau, als er zum Mittagessen kam.

„Noch nicht... gleich“, antwortete er, als man ihn an den Tisch setzte, auf Hannas ängstlichen Blick.

Als man sich nach dem Essen erhob, sagte er zu Nutela: „Ich werde mich wohl ein bißchen ausruhen müssen, ich komme aber nach, sobald ich kann.“

„Ruh dich nur gesund, ich werde auch fertig werden“, erwiderte Nutela.

(Fortsetzung folgt.)

Fünneffhuhndärffünneffunnoihzich

Aus der Zahlensprache im Fernsprechverkehr

Profurst Silbermann war aus dem Urlaub zurückgekehrt und hatte seinen gewohnten Dienst wieder aufgenommen. Wie das so zuzugehen pflegt: alle Arbeiten hatten die Kollegen für ihn doch nicht erledigen können, und manches war liegen geblieben. Er begab sich in die Telefonzelle. Als der Profurst Silbermann den Hörer abnehmen wollte, fiel ihm ein weißes Schild neben dem Apparat auf und er las: Zahlensprache im Fernsprechverkehr. Bei der Anmeldung eines Gesprächs genau zu beachten! Als Beispiele waren eine Menge Ziffern aufgeschrieben, wie sie im Verkehr mit dem Telephonamt zu sprechen sind. Silbermann suchte die Nummer 505. Nach vieler Mühe hatte er endlich herausgefunden, wie er sie anzusprechen habe: fünneffhuhndärffünneffunnoihzich. Schnell nahm der Hörer in die Hand und drehte die Kurbel langsam einmal herum.

„Hier Amt!“
„Bitte fünneffhuhndärffünneffunnoihzich.“
„Welche Nummer, bitte?“
„Fünneffhuhndärffünneffunnoihzich!“
— „Hier Fleischmeister Taubenbahn. Wer ist dort?“
„Enthaltend Sie, falsch verbunden.“
Nach einer kurzen Pause ruft Silbermann wieder das Amt.
„Hier Amt!“
„Bitte fünneffhuhndärffünneffunnoihzich.“
„Welche Nummer, bitte?“
„Fräulein, Sie haben mich verheißt falsch verbunden. Bitte die Nummer fünneffhuhndärffünneffunnoihzich!“
Die schwarze Nadel gibt kein Echo zurück.
„Gütentag! Berner. Wer ist dort?“
„Zum Donnermettel! Schon wieder falsch verbunden! Bitte hängen Sie an!“ Silbermann hängt den Hörer an. Silbermann lächelt.

Nach einer kleinen Weile nimmt er den Hörer wieder zur Hand. Etwas schneller als sonst wird die Kurbel gedreht.

„Hier Amt!“

„Und nun versucht es unser Profurst mit ausgeglichener Höflichkeit. Guten Morgen, Fräuleinchen, haben Sie denn den gestrigen Sonntag gut verlebt? Und sind denn die Ferien schon vorüber?“

„Ich ja, geteilt war es ganz schön. Bloß die paar Stunden sind so schnell vergangen. Und meinen Urlaub trete ich nächste Woche an. Wenn gehen Sie denn?“

„Wissen Sie, Fräuleinchen, darüber reden wir noch mal. Jetzt habe ich noch Eiligeres zu erledigen. Bitte geben Sie mir doch mal die Nummer fünneffhuhndärffünneffunnoihzich.“

„Ich habe Sie nicht verstanden. Welche Nummer wollen Sie haben?“

„Fräulein, Sie haben mich schon poanzmal falsch verbunden. Hören Sie doch bitte genau zu: fünneffhuhndärffünneffunnoihzich.“

Ein leises Röcheln läßt sich im Apparat vernehmen. Silbermann ahnt Unheil.

„Hier 1904. Wer dort?“
„Quatsch, die Nummer will ich nicht haben!“
In seiner einsamen Telefonzelle ruft während Silbermann „Himmel Donnermettel! Das ist ein Glend mit diesen Telephonfräulein! Ich möchte bloß wissen, wozu die eigentlich noch nütze sind.“

Dann nach einer kleinen Pause wird wie rasend die Kurbel gedreht. Aber kein Amt meldet sich. Raslos läßt Silber-

mann um sich. Da fällt sein Blick auf ein mit einem Trauerband gezieres Schild, das ebenfalls augenfällig neben dem Apparat angebracht ist. Die kleine Tafel enthält folgende

Bekanntmachung

Beim Anruf die Kurbel langsam einmal herum drehen. Mehrmaliges schnelles Drehen kann zu Beschädigungen der Leitungen und zu Erschütterungen gegen die Teilnehmer führen.

Diese Bekanntmachung erzieht das Gegenteil von dem, was mit ihr beabsichtigt ist. Wie rasend lautet die Kurbel.

„Silbermann, sind Sie verrückt geworden?“ fährt im Bureau der Herr Direktor.

„Noch nicht verrückt, Herr Direktor. Aber wen das so weiter geht, kann's schon noch werden. Die auf dem Amt haben heute nicht ausgeschlafen. Seit einer halben Stunde stehe ich nun hier und veruche zu telefonieren und kann nie die richtige Verbindung kriegen.“

„Wieder tanzt die Kurbel. Endlich läßt er sie los, da ihm der Arm weh tut. Aber kein Amt meldet sich. Am Apparat schnipst unauffällig Kollege Silbermann. Wie rasend lautet der Dechling durch die Luft.“

„Endlich, nach langer Zeit: Hier Amt!“

„Zum Donnermettel, Fräulein, was fällt Ihnen denn ein, mich hier stehen zu lassen? Wenn Sie Ihren Posten nicht ausfüllen können, werde ich mich über Sie beschweren. Denken Sie vielleischt, Sie können mich veralbern. So sehen Sie ja gerade aus, Sie — Sie... Geben Sie mir nun aber schnell die Nummer fünneffhuhndärffünneffunnoihzich!“

„Welche Nummer wollen Sie haben?“ lönt es unendlich zu vorlautend aus der Leitung.

„Sechsmal habe ich sie schon verlangt und immer haben Sie mich falsch verbunden. Also nochmal: fünneffhuhndärffünneffunnoihzich.“

„Welche Nummer, bitte?“

„Aber zum Anruf, ich spreche doch sehr deutlich, also fünneffhuhndärffünneffunnoihzich. Haben Sie mich nun richtig verstanden?“

— „Ist jemand hier?“

„So ein Blödsinn. Natürlich ist jemand hier, sonst hätte es doch bei Ihnen nicht geflingelt. Wollen Sie mit nicht zunächst gefällig fragen, wer denn dort ist?“

„Hier ist Nummern-Handlung.“

„Was, was, wer ist dort? Welche Nummer haben Sie denn?“

„1727.“

„Großer Gott!“ lönt es aus der Zelle. Während trübsicht Silbermann mit den wenigen ihm noch geliebten Jahren. In ohnmächtiger Wut ballt er die Fäuste: Wenn ich das Recht hier hätte! Ich könnte sie umbringen.

Kalter Schweiß fließt ihm auf der Stirn: Was fange ich bloß an, um die richtige Nummer zu erhalten? Er blättert im Telefonverzeichnis A—Z—A—M.

„Raschensfabrik Adler, 505.“

Da steht ganz deutlich die Firma und die Nummer 505. Silbermann kämpft mit sich selbst, ob er es wohl noch einmal versuchen soll? Dann bestet er seinen stieren Blick auf das Plakat: „Zahlensprache im Fernsprechverkehr.“ Bei den Anmeldung eines Gesprächs genau zu beachten. Und er sucht wieder, wie er wohl die Nummer 505 aussprechen muß. Es ist kein Zweifel, denn es steht ja ganz deutlich da 500 = fünneffhuhndärffünneffunnoihzich, 05 = fünfundzwanzig. Sollte also in der 0 das Geheimnis liegen. Seine Nerven beginnen sich aufzuhellen. Und er versucht es noch einmal.

„Hier Amt!“

„Bitte fünneffhuhndärffünneffunnoihzich!“

„Über keine Wiederholung der gewünschten Nummer. Deutsch vernimmt Silbermann ein Lachen im Telephonamt. Denn eine andere weibliche Stimme im Apparat: „Welche Nummer wünschen der Herr?“

Silbermann gibt keine Antwort mehr. Gespannt lauscht er, die Nadel an das Ohr gepreßt. Kommt denn niemand, murmelt er. Da, endlich.

„Hier Krankenhaus, wer ist dort?“

„Was, Krankenhaus? Ich glaube es beinahe selber, daß ich verrückt geworden bin.“

„Einen Augenblick bitte, ich verbinde Sie mit dem Oberarzt.“

„Hier Oberarzt Dr. Schulze. Wer dort?“

„Ich verzeihen Sie, aber ich weiß nicht, ich bekomme keinen richtigen Anschluß. Es kommt immer jemand anders dazwischen und die richtige Nummer...“

„Welche Nummer wünschen Sie denn, lieber Herr?“

„Fünneffhuhndärffünneffunnoihzich.“

„Ach so, ich verstehe, lieber Mann. Kommen Sie heute nachmittag in meine Privatprechstunde. Ihre Krankheit scheint mir nicht so schlimm. Wir werden die richtige Nummer schon finden.“ —

Bücherschau

Sämtliche hier verzeichneten Bücher sind durch die Volkshandlung, Adierstraße 43, Karlsruhe, zu beziehen.

Das Ding. Eine Einführung in das Substanzproblem I. Die Dinge der Naturwissenschaft. Von Prof. R. Bänderlich. (Wissen und Wirken Band 15.) Karlsruhe 1924. Verlag G. Braun, G. m. b. H. Preis 1 Mark. Die aufregenden Nachrichten über zur Wirklichkeit gewordenen Atomtheorien machen es notwendig, daß jeder Gebildete die Grundbegriffe der naturwissenschaftlichen Dinge kritisch betrachten lernt. Bänderlich und das gesamte Kulturleben von den wissenschaftlichen Gedanken beeinflusst worden sind. In dem Buchlein „Die Dinge der Naturwissenschaft“, dem 1. Teil der Untersuchung über „Das Ding“ versucht der Verfasser, seinen Lesern die Augen für die unermeßlich hohen Werte naturwissenschaftlicher Geistesarbeit zu öffnen und vor grell aufblühenden Schlagworten zu schützen. Ausgehend von dem Dinge begriff des täglichen Lebens schildert er mit sachlichem Ernst, aber ohne langweilig belehrenden Ton, das Entstehen und den dauernden Wandel im Dingebegriffe der Naturwissenschaften, um dann eine Reihe der wichtigsten Einsichten kritisch zu beleuchten.

Aus unserer politischen Bildermappe

Stiefelpuher Stiefemann.



Ich wie gern, ach wie gern
Dien' ich sol' dem großen Herrn!
Allen Dreck, allen Dreck
Dah' ich ihn vom Stiefel weg.

Imar demell so munter puh' ich,
Wed' ich selbst ein bißchen schmutzig
Doch ich frage mir: i wo —
Schmutzig ist man jenseit! O. K.

Das Faschingsministerium.



Links, lustig! Mit Hurra
Bist zum Nimmensangeht!
Rechts schwenkt! Hoch die Monarchie!
Bist du, dumme Dösel!
"Wo e. Mittwoch" murren sie?
Dau' sie mit dem Säbel! O. K.

Wunder der (Schieber-) Technik.



Bauer: „Nanu — das ist wohl der Barnat-Standart?“
Stimme aus dem Kurbelkasten: „Ne, Bauer, das ist
ganz was anderes!“

Schiffsbene Beamtenpolitik.



Wie eine Nimmte ihrem Kind,
So bin ich den Beamten gewogen;
Natürlich nur, wenn es „höhere“ sind —
Die andern sind meistens hinausgeschoben. O. K.



„Mammi, warum hat denn das kleine Mädchen so zerrissene
Hüder?“
„Weil seine Eltern arm sind, Liebkind.“
„Warum sind denn seine Eltern arm?“
„Weil sie nichts gelernt haben.“
„Warum haben sie denn nichts gelernt?“
„Frag' nicht so viel — weil sie arm sind.“

Herrn Hof- und Domyredig: r D. D. Hring.



Ich würde nett sein: mein Kompliment
Die Predigt war wirklich exzellent!
Mit Peitsche und Knüttel eins auf den Hintern.
Das ist der wahre christliche Segen.
Gefällt, daß der Kerl dann nicht völlig bekehr
Und noch zu den gottlosen Sozen schwört.
Dann haut man die Bibel ihm fest auf die Seite
Und behrt ihm das Kreuzifix ins Gekröße.
So empfängt er doch quasi das Sakrament
Und nimmt ein ostantiges Christentum.
Einem Kadon auf für Mord und Pogrom?
Sie predigen über die wahre Liebe
Und über den Nutzen der christlichen Liebe
Ich verkaufe Knüttel zu christlichen Preisen
Dazu ichen Gelang und Orgelweien.
Wir wollen nicht, daß man mit Frieden
Ichmeten
Und humanitären Quacksalberien
Die deutliche Seele uns weiter verbrenne!
In dielem Sinne
Ihr Knüttel-Kunze.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Benachrichtigungen finden statt:

Zufenhofen, Amt Oberkirch: Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Hirsch“ mit Vortrag des Gen. Gemeindevater **Friedmann-Oberweier**. Thema: „Die politische Lage im Reich seit Mai 1924 bis heute“.

Hofenfeld, A. Kallatt: Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im „Hirsch“ Vortrag des Gen. Arbeiterssekretärs **Erbs-Karlsruhe**. Thema: „Entwicklung oder Schöpfung“. Die Genossen und Genossinnen, deren Anwesenheit als selbstverständlich angesehen wird, werden gebeten, für zahlreichen Besuch aus allen Kreisen der sich für den Vortrag Interessierenden zu werben.

Leutesheim, Amt Rehl: Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in der „Krone“, Vortrag des Gen. Schulinspektors **Reinmuth-Karlsruhe**. Thema: „Christentum, Religion und Sozialismus“. Sehermann hat Zutritt. Der Besuch vonseiten der Genossen und Genossinnen wird als selbstverständlich vorausgesetzt.

Ellmendingen, Amt Worsheim: Sonntag, den 1. Februar, mittags 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag des Genossen **Trinks-Karlsruhe**. Thema: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.

Oberweier Amt Kallatt: Sonntag, den 1. Februar, mittags 8 Uhr, im „Hirsch“ öffentlicher Vortrag des Gen. Professor **Wilhelm-Karlsruhe**. Thema: „Die Entstehung der Welt und des Lebens“. Es wird dringend gebeten, für zahlreichen Besuch zu werben.

Grödingen: Sonntag, den 1. Februar, mittags 1/2 Uhr, im „Ochsen“ Vortrag des Gen. Pfarrers **Sänger-Karlsruhe**. Thema: „Was heißt fittlich handeln?“ Die Genossen und Genossinnen, deren Anwesenheit vor allen Dingen erwartet wird, werden gebeten, für zahlreichen Besuch zu werben.

Wittlingen, Amt Worsheim: Sonntag, den 1. Februar, abends 7 Uhr, Versammlung mit Vortrag des Gen. **Trinks-Karlsruhe**. Thema: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. Alle sich für den Vortrag Interessierenden sind hierzu eingeladen.

Graben: Sonntag, den 1. Februar, mittags 3 Uhr, im „Säsen“ (Nebenzimmer) öffentlicher Vortrag des Gen. Stadtrat **Jung-Karlsruhe**. Thema: „Leben und Wirken August Bebel“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch zu werben.

Söllingen: Mittwoch, 4. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Gen. Landgerichtsrat **Dr. Kuhlmann-Karlsruhe**. Thema: „Die Grenzlinie zwischen Politik und Recht“. Zahlreicher Besuch aus allen Kreisen der sich für den Vortrag Interessierenden wird erwartet.

Heidelberg, A. Brudersal: Mittwoch, 4. Februar, abends 8 Uhr, im „Goldenen Acker“ öffentlicher Vortrag des Gen. **Dr. Engler-Karlsruhe**. Thema: „Bau und Wohnungs-wesen“. Von den Genossen wird erwartet, daß sie anwesend sind und für zahlreichen Besuch aller sich hierfür Interessierenden sorgen.

Daxlanden: Mittwoch, 4. Februar, abends 1/2 Uhr, im Rathaus (Sanbarbeitsaal) Vortrag des Gen. **F. Rappes-Karlsruhe**. Thema: „Kann ein Christ auch Sozialist und ein Sozialist noch Christ sein?“ Alle Genossen und Genossinnen alle Anhänger und Freunde unserer Sache, alle Volksfreund-leser sind hierzu eingeladen.

Königsbach, A. Worsheim: Donnerstag, 5. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus öffentlicher Vortrag des Gen. Schulinspektors **Reinmuth-Karlsruhe**. Thema: „Bebel und Bismarck“. Es wird gebeten, für zahlreichen Besuch des Vortrags zu werben.

Detleheim, A. Kallatt: Donnerstag, 5. Februar, abends 1/2 Uhr, Vorstandssitzung in der „Bahnhotwirtschaf“. Zur Verhandlung stehen interne Angelegenheiten. Parteisekretär **Gen. Trinks** wird anwesend sein. Das Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder wird unbedingt erwartet.

Wiesch, A. Etkingen: Samstag, 7. Februar, abends 7 Uhr, öffentlicher Vortrag im „Löwen“, Gen. Prof. **Willelm-Karlsruhe** spricht über „Die Entstehung der Welt und des Lebens“. Zahlreicher Besuch aus allen Kreisen, der sich für den Vortrag Interessierenden wird erwartet.

Wühl: Samstag, 7. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Parteisekretärs **Gen. Trinks**. Thema: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. 2. Dertlich-organisatorische Angelegenheiten. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Zu dem Vortrag sind auch alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung und alle Volksfreundler willkommen.

Muggensturm: Sonntag, 8. Februar, mittags 1 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lamm“ mit Vortrag des Gen. **Trinks**. Thema: „Die Gefahren der Rechtsregierung für die Arbeiterchaf“. Alle Genossen, alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung sind hierzu eingeladen.

Wiesbaden: Sonntag, 8. Februar, mittags 1/2 Uhr, im „Röble“ öffentlicher Vortrag des Gen. **Dr. Engler-Karlsruhe**. Thema: „Bau und Wohnungs-wesen“. Hierzu sind alle sich für den Vortrag Interessierenden eingeladen. Die Genossen werden gebeten, für zahlreichen Besuch zu sorgen.

Wiesbaden, A. Kallatt: Sonntag, 8. Februar, mittags 3 Uhr, im „Strauß“ öffentlicher Vortrag des Gen. Pfarrers **Sänger-Karlsruhe**.

Malsh: Sonntag, 8. Februar, abends 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. **Trinks**. Hierzu sind auch alle Freunde und Anhänger unserer Sache eingeladen, vor allen Dingen aber wird vollständiges Erscheinen der Genossen erwartet.

Trinks, Parteisekretär.

Bietigheim. Heute Samstag, 31. d. M., abends 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Rehstod“ die diesjährige Generalversammlung unserer Partei statt. Pünktliches und vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Langensteinbach. 31. Jan., abends 8 Uhr, in der „Sonne“ Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Trinks**, 2. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Jugend und Sport

Arbeiter-Turn- und Sportbund — Gruppe Durlach, Sonntag, 1. Febr., vormittags 9 Uhr, im „Ochsen“ in Grödingen Turnspielleiter-Konferenz. Jeder Verein der Gruppe Durlach muß vertreten sein.

Aus dem Freistaat Baden Der Gipfel der Freiheit

Wir berichteten vor acht Tagen über die Störung einer Versammlung der Freieisenbahner in Heidelberg durch wüstliche und nationalistische Studenten. Der akademische Senat war bemüht mit Stößen in die Versammlung gezogen, durch Pfeifen, Hohn, feigliche Zwischenrufe und Absingen von nationalistischen Gesängen und schließlich auch durch Tätlichkeiten versuchten die Studenten, den ruhigen Verlauf der Versammlung zu verhindern und sie zu sprengen. Das entschlossene Auftreten der Versammlungsleitung und das entschiedene Vorgehen der unabhängigen Versammlungsteilnehmer unterband die Absicht der studentischen Radaubröder, die jungen Herren wurden nicht gerade sanft an die frische Luft befördert, einige erhielten eine wohl verdiente Tracht Prügel.

Es ist also sonnenklar, ohne allen Zweifel, daß nur die Studenten die Ausschreiter und Verdrücker des Luftrugs waren. Sie kamen in der Absicht, die Versammlung zu sprengen, groben Unfug und Tätlichkeiten — das beweisen die mitgeführten Stöcke — zu verüben. Der Smauswurf und die erhaltenen Krüge waren also wohl verdient, und wenn die jungen Herren noch die Spur eines Anstandsgefühls besäßen, würden sie nach dieser Schimpfung und nach dieser Aktion sich höchst ruhig verhalten, würden sich nicht mehr rühren und rühren, und froh und zufrieden sein, wenn die Strafbehörden oder die akademische Disziplinarkommission den Stöckel nicht zum Anlaß nehmen, wegen Verübung von grobem Unfug oder Hausfriedensbruch Anklage zu erheben.

Allein — die Freiheit der akademischen Jugend ist unüberwindlich. Frech die Doktor drehten sie den Stiel um und beriefen ihrerseits eine — Protestversammlung ein, in der wegen Verübung der akademischen Freiheit, der Freiheit des Wortes und der Heberzeugung Protest erhoben werden sollte. Die Versammlung war natürlich ein großer Haufen, ein wüstliches Theater, die jungen Herren rissen allemort die Mäuler auf und schimpften und schimpften. Die wüstlichen Anrede des Akademikers fehlte die Annahme einer Resolution durch, in der die Feststellung und Befragung der Polizeibeamten verlangt wird, die pflichtgemäß die Versammlung schützten und die Radaubröder aus dem Saale entfernten. Das Referat der Unversität wird weiter in einem Antrag geteilt, die Resolution zu unterstützen und überhaupt dafür zu sorgen, daß solche Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden. Und schließlich wird noch gefragt, wie weit das Verfahren gegen den Privatdozenten Dr. Gumbel gehen soll. Ein weiterer Antrag, zu verlangen, daß der berühmte Dr. Kuge wieder in sein Amt eingesetzt werde, wurde auf eine frühere Versammlung zurückgestellt.

Das also ist die heutige akademische Jugend! Die Freiheit des Wortes und der Heberzeugung schließt sie mit Eisenhüpfeln gegen Andersdenkende. Und wenn sich eine freiebühnende Versammlungsmehrheit die Bemerkung mit Eisenhüpfeln nicht gefallen läßt und es ablehnt, von unehrenhaften Wünschen sich terrorisieren zu lassen, dann geraten die teufelischen Herrchen in Wut und bringen es fertig, die akademische Freiheit und die Traditionen der Unversität in den Schmutz zu ziehen. Wir hoffen, daß alle angegriffenen Stellen den protestierenden Herren eine Antwort geben, die den Hebermut und die Frechheit doch etwas zurückbringt. Wenn die unerschöpfliche Kumpel überhaupt einer Antwort gewürdigt wird.

Die Angelegenheit des Gerichtsverwalters Frank

wurde in der sozialdemokratischen Presse in der Zeit vor dem Kriege ausführlich behandelt. Am vorigen Mittwoch hat sich auch der Landtags-Ausschuß für Studien und Beschwerden auf entsprechende neuerliche Eingaben Frank's beschäftigt. Wie liegt der Fall? Frank war als Akteur beim Amtsgericht Mannheim nach 14-jähriger Dienstzeit im Jahre 1907 freigesetzt worden. Seit 1901 war er Akteur, seit 1902 etatsmäßig. Die freilose Entlassung ohne Disziplinarverfahren war nur möglich, weil der Eintritt der Unversität seiner etatsmäßigen Beamten-eigenschaft um ein Jahr hinausgeschoben worden war. Hingegen kam aber etwas anderes, und zwar die politische Seite der Sache. Landtagspräsident Ehrlich in Mannheim hatte am 21. Febr. 1907 an das badische Justizministerium berichtet, „daß Frank ein entschiedener Anhänger der sozialdemokratischen Partei sei.“ Demgegenüber beantragte Ehrlich, „den nur widerwillig angehefteten Akteur Frank sofort zu entlassen.“ Das war seinerzeit die eigentliche Handhabung zum Eingreifen unserer Parteipresse.

Im Jahre 1908 wurde nun Frank auf sein Ersuchen wieder in den Justizdienst übernommen. Sein Verhalten geht nun dahin, jene Entlassung der für seine Dienstverhältnisse unangemessenen Beförderung zu verhindern, welche die Regierung daraus herleitete. Die Entlassung Frank's war damit begründet worden, daß Frank durch Verübung der ihm als Beamten obliegenden Pflichten die Entlassung notwendig gemacht habe. In einem solchen Zusammenhang dürfte das Beamtenrecht gewisse für den betreffenden Beamten nachteilige Folgen, besonders in bezug auf den pensionenrechtlichen Hinsicht, des Schicksal der frank'schen Aktion ist also im wesentlichen davon abhängig, ob man jene Entlassung auf tatsächlich erfolgte Pflichtverletzung zurückführen kann oder nicht. Der Berichterstatter Seebacher (Zentr.) teilte die Auffassung der Regierung.

Ramens der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses aber wurde die Ansicht vertreten, daß die dienstlichen Verhältnisse

gen, auf welche man sich bei jener Entlassung ausdrücklich berufen hatte, sofern man sie überhaupt als erwiesen betrachten könne, viel zu geringfügiger Natur seien, als daß sie eine Entlassung rechtfertigen könnten, zumal bei einem Beamten, der beide Nachprüfungen mit der Note „gut“, die erste als zweiter unter 33, die zweite als sechster unter 28 bestanden hatte, und dessen Dienstzeugnisse durchweg seine hervorragende Befähigung anerkennen. Den wahren Grund der Entlassung erblickte der sozialdemokratische Vertreter in dem angegebenen politischen Grund. Nach den Umständen jener Entlassung erweise sich jene Entlassung als politische Maßregelung. Es war jener Entlassung eine Hausfuchung bei Frank vorausgegangen mit dem Zweck, ihn der Berufstätigkeit enger in der „Volkstimme“ in Mannheim erschienenen Artikeln zu überführen, die sich mit der Herabsetzung einzelner Fälle mit dem Stand der mittleren Beamten befaßte. Bei jener Hausfuchung fand man einen anerkennenden Brief Ludwig Frank's an den Beschwerdeführer. In dem entscheidenden dienstlichen Bericht über Frank an das Justizministerium hatte man auf seine Tätigkeit als angehenden sozialdemokratischen Agitators als besonders belastend hingewiesen. Aber auch die Art der Erhebungen, die man anlässlich seiner Wiedereinstellung machte, und die Art, wie man das Ergebnis dieser Erhebungen würdigte, zwingen nach Auffassung des sozialdemokratischen Vertreters zu dem Schluß, daß man Frank nicht wieder eingestellt hätte, wenn man nicht auf Grund gewisser Umstände, zu denen freilich auch die eigenen Erklärungen Frank's in seinem Wiedereinstellungsgeheuch gehören, die Heberzeugung gewonnen hätte, daß der Wiedereinstellungsgesuch sei.

Der Beschwerdeführer, welcher jetzt in Freiburg seinen Dienst hat, verlangte ausd. und auf Grund des Artikels 129 der Reichsverfassung die Einsetzung in einen Bericht des Justizministeriums an das Staatsministerium über seine Angelegenheit. Nach Auffassung der Regierung und des Berichterstatters gehören derartige Schriftstücke nicht zu den Personalnachweisen, deren Einreichung die Beförderung dem Beamten garantiert. Der sozialdemokratische Redner wendete aber zu den Personalnachweisen im Sinne der zitierten Vorschrift alle amtlichen Schriftstücke, die sich auf die dienstlichen Verhältnisse eines Beamten beziehen, da sonst der mit der Beförderung des genannten Beamten-Grundrechts verfolgte Zweck durch die Regierung vereitelt werden könnte.

Der Ausschuß entschied sich nach stundenlanger Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Kommunisten für die Auffassung des Berichterstatters und ging über die Beschwerde Frank's zur Tagesordnung über.

Keine Aufhebung der Wohnungs-zwangswirtschaft

Die von uns schon erwähnte Denkschrift des Ministeriums des Innern über Wohnungsnot und Wohnungsneubau in Baden, die nun der Öffentlichkeit übergeben worden ist, behandelt in ihrem letzten Teil die Frage der freien Wirtschaft und der Bautätigkeit. Es wird dazu ausgeführt, bei Aufhebung der Vorschriften über die Regelung der Miethöhe, der Einkürzung des freien Grundbesitzes und der beschränkten Mitwirkung bei Verfügung über Wohnraum, würde die Miete sofort stark steigen, scharfe Lohnkämpfe und eine unabsehbare Beunruhigung der Wirtschaft wären unvermeidbar. Die erhoffte Belebung der Wirtschaft in dem für die Befreiung der Wohnungswirtschaft erforderlichen großen Umfang würde auch bei Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht eintreten. Die Einführung der freien Miete würde nur einem beschränkten Personenkreis Vorteil bringen, dem weit größeren Teil der Bevölkerung Nachteile und die Bautätigkeit würde doch nicht in dem erforderlichen großen Umfang hervorgerufen werden.

Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, so schließt die Denkschrift, darf natürlich nicht zum Dauerzustand werden, das Ziel muß vielmehr die freie Wirtschaft sein. Eine freie Wirtschaft hat aber zur Voraussetzung, daß Angebot und Nachfrage in der großen Spannung zwischen Angebot und Nachfrage und der Schwierigkeit der Deckung des Wohnungsbedarfes in Angebot an Wohnungen und heute die Preissteigerungen für eine freie Wirtschaft noch nicht eintreten. Die jetzt geforderten großen finanziellen Mittel würden den erstrebten Hebergang zur freien Wirtschaft aber ganz wesentlich behindern.

Die Offenburger Eisenbahnwagen-Reparaturwerkstätte

In dem von uns in der Nr. 21 vom 26. Januar aus Offenburg getragenen Artikel erzählten wir vom Betriebsrat des Eisenbahn-Ausbesserungswerks Schwetzingen eine längere Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Der Arbeiter schreibt, daß die Entlassungen in Offenburg eine merkwürdige Erklärung gefunden hätten und sagt, wie nun bekannt wurde, habe eine andere Reparaturwerkstätte in Baden die beständigsten Wagen in andere Klassen als die vorgeschriebenen Klassen es feilschen, eingeteilt und dadurch darauf hingewirkt, daß die Offenburger Reparaturwerkstätte als unrationell eingestellt wurde. — Es ist dies eine Behauptung, die uns als Arbeiter eigentlich nicht berührt, weil es eine reine Vermutungssache ist. Wenn wir auch wissen, daß diese Behauptung auf gänzlich falscher Voraussetzung aufgebaut ist, so verzichten wir doch auf eine Entgegnung auf diesen Teil der Ausführungen. Im zweiten Teil der Ausführungen beruft der

Artikelsschreiber sich auf eine Statistik über den Wagenausgang der beiden Werke im Monat Dezember. Er erzählt hier, daß in dem Eisenbahn-Ausbesserungswerk Schwetzingen (dem nur dieses ist gemeint) in 21 Arbeitstagen von 380 Arbeitern 308 Wagen fertiggestellt wurden. Das stimmt schon einmal nicht. Von den 380 Arbeitern gehen ersiens einmal 21 Mann ab, die in dieser Abteilung Lokomotivender reparieren. Zum zweiten betrug der Wagenausgang nicht 308, sondern 493 Wagen im Dezember. In Offenburg wurden im gleichen Zeitraum von 128 Arbeitern 328 Wagen repariert. Er zieht nun ohne weiteres den Schluß, daß nicht Offenburg unrationell wirtschaftet, sondern Schwetzingen. Wie wird man sich in der Reichsbahndirektion Karlsruhe gefeuert haben, als man das gelesen hat. Wenn sich die Arbeiter selbst gegeneinander auspielen, dann hat es ja die Vermutung geistert.

Hätte der Schreiber mal nebenbei die Tatsache sich durch den Kopf gehen lassen, daß mit der gleichen Belegschaftstärke im Monat Oktober 630 Wagen herausgingen, im Dezember nur 493, so hätte er sich sagen müssen, daß hier etwas nicht stimmt. Und dieser Rückgang kommt daher, daß Schwetzingen inzwischen Spezialwerkstätte für vierachsige geworden ist, die eine ganz andere Stückzeitstundenzahl erfordert, als es beispielsweise bei weitem nicht die Durchschnittstückzeitstunden der schwerbeschädigten Wagen erfordert. Für Einbau und Reparatur bis 400 Stunden. Die Zahl dieser vierachsigen ist sehr beträchtlich, sie betrug im Oktober beispielsweise 161 Wagen. Vorausgesetzt, daß der Arbeiter überhaupt etwas versteht von Wagenbau, so wird er zu verstehen müssen, daß man in dieser Zeit, die man für einen vierachsigen braucht, 4-10 andere Wagen fertigstellen kann. Dazu kommt, daß hier noch in der Hauptphase die Kunst- & Korr.-Dreimse eingebaut wird.

Aber schon im allgemeinen läßt sich ein Vergleich zwischen Schwetzingen und Offenburg gar nicht ziehen. Schwetzingen ist u. u. leistungsfähiger sein aufgrund seiner ganzen Einrichtung. Offenburg zählt bei seinen Ausgängen die Heißhäuser mit, die nur wenige Arbeitsstunden erfordern. In Schwetzingen dagegen ist der Anfall der Heißhäuser gleich Null. Sie werden in Mannheim und Heidelberg gemacht. Ein anderes Beispiel: Im Rheinlande haben wir in Schwetzingen 112 Wagen mit Kesselschweiß. In Offenburg waren es 18. Es dürfte dem Arbeiter bekannt sein, daß Wagen, die einen Kesselschweiß erhalten, vorzugsweise für den Export nach Amerika bestimmt sind, daß man Schwetzingen doch auch bekannt sein, daß man Schwetzingen doch auch den Perlonwagenbau abgenommen hat, und daß der Anfall an Wagen und Lokomotiven in Baden folgendermaßen verteilt ist: Perlonwagen von kleineren und mittlerem Typ werden in den Eisenbahn-Ausbesserungswerken Karlsruhe, Durlach und Offenburg hergestellt. Die Perlonwagen werden gleichfalls nach dem Eisenbahn-Ausbesserungswerk Karlsruhe geleitet. Alle Güterwagen und der schwere Lokomotivtyp G 12 werden in Schwetzingen repariert. Die kleinen Betriebswerke machen bekanntlich nur Kleinreparaturen.

Auf diesem Wege der gegenseitigen Auspielung können wir dem Arbeiter nicht folgen, es wäre auch lächerlich. Im Gegenteil zu ihm sind wir der Meinung, daß bei einer einigermaßen maschinell eingerichteten Eisenbahnwerkstätte und der gegenwärtigen Betriebsform dieser Werke, es in ganz Deutschland keines gibt, das unrationell wirtschaftet oder nicht jeden Vergleich mit einem Arbeiterwerk aufnehmen könnte. Und wenn die Offenburger Eisenbahner empört sind über den Abbau, so ist das gut verständlich. In Schwetzingen, wo bereits 45 Prozent abgebaut wurden, war man schon oft erregt. Diese Erregung hat einer Stagnation und Apatie Platz gemacht, die sagt: es hat ja alles doch seinen Wert. Wir aber wollen uns im gemeinsamen Kampfe wehren, gegen den „neuen Abbau“, der bereits wieder in der Luft liegt, weil es den Abgebauten überall hart trifft. Wachsen wir gemeinsame Erhebungen bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe, die entschlossen zu nachgiebig zu sein scheint gegenüber der Reichsbahndirektion, die Bah. Regierung und der Bah. Landtag, alle Verantwortung hätten, gegen jeden weiteren Abbau Front zu machen. Nicht nur weil Baden auf Grund der Berliner Präludien mehr betroffen wird vom Abbau, als das sonst wo der Fall ist. Nein. Wir müssen uns gemeinsam dagegen wenden, weil heute in nie geahnter Weise die Privatindustrie mit Aufträgen beauftragt wird, die eine entscheidende Verleinerung unserer Erzeugnisse bedingen und Tarifserhöhungen zur Folge haben müssen.

Hätte der Techniker zu entscheiden, dann wäre der Abbau längst beendet. Auen wir allenthalben: Schluß mit dem Abbau! Arbeit ist für die Hülle und Fülle vorhanden, was auch daraus hervorgeht, daß Tausende von Heberstunden gemacht werden müssen und kein Sonntag vergeht, wo nicht ein Dutzend Mann arbeiten müssen. Das ist bedauerlich schon in Anbetracht des großen Arbeitslosenheeres. Die Angst vor dem Abbau, die Zersplitterung der Arbeiter und die Schwäche der unterminierten Gewerkschaften nutzt unser Arbeitgeber reichlich aus. Ein Vorteil des Betriebsrats ist gemißlos. Der Techniker predigt tauben Ohren. Die Reichsbahndirektion in Karlsruhe handelt nach dem Grundsatze: Ein frommer Knecht war Fröhlich — was von Berlin kommt ist für die Dogma. Ob die badische Regierung und der Landtag sich aufrufen werden, ist noch abzuwarten.

Aus dem Landtag. Auf Grund der im Haushaltsaus-schluß erfolgten Besprechung über den Abbau der Eisenbahnhauptwerkstätte in Offenburg, über die Prämienzahlungen der Reichseisenbahn und über verschiedene andere Mißstände hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion unterm 26. Jan. eine Interpellation eingereicht. Die Besprechung der Interpellation wird Anlaß geben, die Zustände beim Reichsbahnbetrieb in aller Öffentlichkeit zu erörtern.



Jetzt sage sie, Frau Eisele
Wie laßt sich das verzeihen?
Dah Ihre Töchter alle fünf
Sahen Männer hen und meine.
Die schleppt ich hin auf jeden Ball.
Zum Tennis und Theater
In 's End vom Lied ich immer niz
Als 'en moral'cher Kater!
Ich hab doch nomme zwei, un 's kriegt
E jede g'nug zum Leme.
In häßlich hin — se beide net.
Wo duht's da nomme hewe?

Da, sehe sie, Frau Eisele.
Deß ich halt e Geheimnis.
Wie mancher hat lei Glück verlohrt
Durch irgend e Verläumnis.
Mei Töchter sin im Haushalt fit
Un wisse gut zu koch.
Verläume nie en Ausverkauf
Un in der Weiße Woche.
Da renne sie zu finkt zum Tiet
Un kauft, weils net teuer.
En Jungg'ell, der dann so was sieht,
Der stellt sich ein als Freier.
Er weiß halt, wer so praxisch ist.
Der duht zur Hausfrau posse
Un duht sei Geld net unbenutzt
Dahem im Katsche lassel!
Drumm, wann die Weiße Woche kommt
So gehn sie hin, bei Zeite.
Un lade en Verehrer ein
Ihr Tochter zu bezalette.
Un wann'er in des Warehouse
Dann mitgeht der Schwernöder

Un sieh, wie schönes Weißzeig sie
Sich anschafft schon für später
Un wie sie sachverständig ist
In alle Frauensache.
Da miest sei Hers en Eisklot sein
Dah't d' Liewe net erwache.
Un wähl'se gar e Hemble aus
Am Hals garniert mit Spitze
Un ioncht so Sache, hat'er alet
En Pfeil im Hers drin ste.
Un wann'em dadurch beiracht wird,
Dah't nitz für d' Eh sich a' teier.
Und dah'se dazes Geld mitbringt
Dann kommt die Gut in 's Feier!
Wann sie 's lo mache, sindele,
Dah 's net an Männer mangelt.
Denn uf die Art, da hat beim Tiet
Mei Zingacht ihr en a'angelt!
Des ist famos, Frau Eisele.
Ich mer-des auch lo mache
Ich End duht in des Weiße Woche
A mein're 's Glück noch lache.

Denn seit'me Jahr duht schon en Herr
Am unler Lina Kreiche.
Bieleicht, dah in der Weiße Woche
Ihn 's Schicksal duht erreiche!
No, sedentalls Frau Eisele.
Duht sie allein net ache.
Ich schid mei' Zingacht mit, die duht
Den Gimpfelfang verthebe.
Vor allem gilt's, den junge Herr
In's Warehouse su bringe
Un kenn't'en glücklich drin, dann firt
Er auch schon in die Schlinge.
Denn lo're Weiße Woche verdant
Gar mancher 's Glück im Leme.
Un 's Geld, des loht sich immer zw
Mer dort drin aus duht gewel!
Mein beichte Dank Frau Eisele.
Sie duht mich dief verpflöte.
Ich wer, ich d' Weiße Woche vorfel
Dann 's Reklutal beichte!
Romeo.

Ludendorff — Politiker a. D.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat sich Ludendorff nunmehr endgültig entschlossen, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen. Die Veranlassung zu diesem Schritt ist angeblich in der Haltung der Offiziersverbände zu sehen, die damit endlich aus dem Zwiespalt herauszukommen suchen, der nur für sie durch den Konflikt Ludendorff-Kronprinz Kupferberg gegeben hat. Ludendorff soll auch zur Niederlegung seines Reichstagsmandats bereit sein, dasagen will er weiterhin der „Schirmherr“ der völkischen Bewegung bleiben.

Wir fügen dieser Meldung hinzu, daß Herr Ludendorff seit Beginn des neuen Reichstags zwar täglich in Berlin anwesend ist, aber u. U. den Sitzungssaal des Reichstags in dieser Zeit noch nicht betreten hat. Diese Tatsache dürfte mit der vorstehend wiedergegebenen Meldung im Zusammenhang stehen. In der kurzen Zeit, in der sich der im Weltkrieg gelagerte militärische Charakter politisch betätigt, hat er sich in einer Weise blamiert, wie es nur wenigen Menschen gelungen ist. Wir sind überzeugt, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo auch über den „Feldherrn“ Ludendorff vernichtend der Staub gebrochen werden wird.

Verhafteter Spritschieber

Magdeburg, 29. Jan. Im Zusammenhang mit den umfangreichen Spritschiebungen der letzten Zeit verhaftete gestern vormittags die Magdeburger Kriminalpolizei eine Ueberschüßung bei zahlreichen Firmen der Zuckerverarbeitung und Spirituosenfabrikation. Im Verlaufe der Aktion wurde der Kaufmann Gustav Schitt, Geschäftsführer der Spirituosenfabrik Dörrgüter, verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Schitt, der zugleich in Baden mehrere Spritkarren leitete, hat sich, wie die „Magdeburger Zeitung“ dazu meldet, in einem Strafverfahren zu verantworten, welches das badische Finanzamt wegen Hinterziehung beantragte. Er sei in ähnlicher Form wie die Betriebe des Weber-Konzerns vorgegangen. Wie die „Magdeburger Zeitung“ weiter zu der Angelegenheit erfährt, ist man an dieser Stelle der Meinung, daß die Angelegenheit Schitt mit der Angelegenheit Weber-Kopp zusammenhängt. Schitt soll Sprit vor allem nach Holland verschoben und dafür den Preis von 3,30 M. erhalten haben, während der reguläre Preis 4,20 M. beträgt. Auch soll er in Baden Geheimbrennereien besitzen, in denen er nach Holland verarbeitete Ware herstellen ließ.

Sowjetrußlands Wirtschaftsnöte

Lenins Ausspruch: „Selbst wenn 90 Prozent der Bevölkerung armende gehen sollten, nur daß der Bolschewismus bestehen bliebe“, scheint noch wie vor die Parole der russischen kommunistischen Partei zu sein. Die Sowjetregierung hält trotz allem an der verdamnungswürdigen Politik, die auch das Wirtschaftsleben Rußlands verdirbt, fest, obgleich sie den Ruin des Volkes und des Landes bedeutet. Je schlimmer die Zustände werden, desto mehr Kraft wendet sie auf, um wenigstens ihren Anhänger wirtschaftliche Erfolge vorzutäuschen. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

Ein gewisser Gradmesser für das Wohlergehen der Staatswirtschaft ist ein gut ausgeglichener Haushalt. Die Sowjetregierung, die sich seit Monaten auf der Suche nach einer Auslandsanleihe befindet, hat sich die größte Mühe gegeben, wenigstens für einen gewissen Zeitpunkt nach außen hin den Schein zu erwecken, als wäre es ihr gelungen, für das Jahr 1925 ein defizitloses Budget aufzustellen. Nachdem das Budget des Jahres 1924 auf dem wertlosen Papierwettbewerb aufgebaut war, sollte die Grundlage des neuen Budgets der stabilisierte Goldrubel werden. Den letzteren stabil zu erhalten, ist daher ihre größte Sorge. Gerade in der letzten Zeit aber drohen sich die Zeichen, daß er in arge Schwanken zu geraten droht. Dies ist weiter auch nicht verwunderlich. Die Industrie, die ihr Betriebskapital etc. völlig aufgebraucht hat, deren Produktion sich ungenauer teuer gestaltet und deren Erzeugnisse keinen Absatz finden, fordert immer neue Kredite von der Staatsbank. Diese Kredite werden ihr immer wieder gewährt. Ihren Zahlungen kann sie jedoch nicht nachkommen. Im Gegenteil, sie fordert neue Kredite an. So schneit sich die Schuldenlast bei Zucker und Holzindustrie, der Kautschukindustrie des Donns, der Metallindustrie und der Konsumgüterindustrie auf viele hunderte Millionen Rubel. Die Mißhernte, die ausstehenden Steuern der Bauern, der Rückgang des Exports, die mangelnde Anleiheerlöse usw. bilden die weiteren Faktoren, die alle Berechnungen der bolschewistischen Wirtschaftsköpfe über den Haushalt geworfen haben. So haben sie sich schließlich genötigt, das Budget, das mit 2 Milliarden Goldrubel berechnet war, um 180 Millionen zu erhöhen. Man ist sich aber noch nicht darüber einig, wie man diese 180 Millionen aufbringen soll, wie man auch nicht weiß, wodurch man das ganze Budget decken soll. Eins sieht jedoch fest: der Kurs des Goldrubels muß gehalten werden. Der Volkskommissar der Finanzen, S. Tolstoj, tröstet sich und die Öffentlichkeit mit der Hoffnung, daß die indirekten Steuern und die Einnahmen der Eisenbahn zur Deckung des erhöhten Staatsbudgets reichen könnten. Die Staatsbahnbahnen haben jedoch schon seit Jahren ein Defizit, und die Kaufkraft des Bauern, die seit Jahren geschwächt ist, hat nunmehr den Nullpunkt erreicht. Die neuesten Feststellungen haben ergeben, daß zwischen den Erzeuger- und Kleinhandelspreisen ein so großer Unterschied besteht, daß in maßgebenden Kreisen selbst die Frage aufgeworfen worden ist, ob es überhaupt Zweck hat, Anstrengungen zur Senkung der Produktionskosten zu machen, da die Senkung der Fabrikpreise den Konsumenten sowieso nicht zugute kommen wird. Die Schere, unter der der russische Innenmarkt immer litt, d. h. der Gegensatz zwischen den billigen Exportpreisen und den hohen Preisen der Fabrikserzeugnisse, hat nunmehr einer argeren Situation Platz gemacht. Die Exportpreise haben durch die Mißhernte eine unerhörte Höhe erreicht. Der Bauer ist selbst genötigt, Brot zu kaufen und kann gar nicht daran denken, Industrieerzeugnisse zu erwerben. Die Versuche, durch Entwicklung des Genossenschaftswesens diese Erzeugnisse dem Bauern zugänglich zu machen, haben auch wenig Erfolg gezeitigt. Die Konsumgenossenschaften sind dem Staate in höchstem Maße verhasst.

Die Mißhernte dieses Jahres verhindert jetzt den kleinen Bauer, das Land, mit dem ihn die Revolution bedacht hat, zu bearbeiten. Es fehlt ihm dazu an Vieh. So ist er in ein neues Abhängigkeitsverhältnis zum reichen Bauern geraten, von dem er landwirtschaftliche Geräte und Vieh entlehnt. Während im Jahre 1913 auf 100 Desjatinen Anbaufläche 23 Pferde und 41 Zugvieh kamen, sind es jetzt nur 17 Pferde und 34 Stück Zugvieh. Die Zahl der Bauernhöfe ohne jegliches Vieh macht 24 Prozent aus, die Zahl der Höfe ohne Kühe beträgt sogar 34 Prozent. Es

gibt aber selbst in den getreidereicheren Gegenden Südrußlands Orte, wo 43 Prozent der Höfe ohne Viehbestand sind. Dieser Zustand verschlimmert sich aber von Tag zu Tag, da der Bauer gezwungen ist, um sich Brot zu kaufen, sein Vieh zu verkaufen. Dafür sind aber die Viehpreise so tief gesunken, daß sie an manchen Orten 5 Rpf. pro Pfund ausmachen.

Andererseits beginnen die Folgen der Mißhernte sich jetzt auszuwirken. Die Hoffnungen, die man auf Schirien und den Ural gesetzt hat, sich zu bessern, werden Getreidevorräte gibt es in Rußland fast überhaupt nicht mehr und die neue Ernte fließt den herrschaftlichen Kornkammern nur sehr spärlich zu. Deshalb ist es die Zeit nur gelungen, 18 Prozent des Versorgungsplans auszuführen. Wie schlimm es aber mit der Getreideversorgung aussieht, beweist z. B. die Tatsache, daß im Gouvernement Kiew zum 1. Januar 9 Millionen Rubel des erforderlichen Getreides fehlten. Neuerdings ist selbst in den Städten Brotknappheit eingetreten.

Die Sowjetregierung hat sich deshalb entschlossen, nicht allein den Getreideexport einzustellen, sondern selbst Getreide einzuführen, einmal um die ungenügend hohen Brotpreise drücken zu können und zum anderen, um die Bauern mit den notwendigen Saatzen zu versehen. Kann somit für die nächste Zukunft von einer Getreideausfuhr keine Rede sein, so erhebt sich drohend die Frage der Valutabeschaffung, um den Export zu bezahlen. Die Aussicht, wenigstens durch Holzexport den Ausfall wegzumachen, ist an technischen Schwierigkeiten gescheitert.

Alles in allem kann man mit Bestimmtheit sagen: Das neue Geschäftsjahr beginnt in Sowjetrußland unter äußerst ungünstigen Vorzeichen. Die hauswirtschaftliche Sorge der Sowjetregierung bleibt jedoch nach wie vor die Auslandsanleihe. Sie klopft an Englands Tür, sucht ihr Heil in Frankreich und schaut, nach Hughes' Rücktritt, erwartungsvoll auf Amerika. Sie verzweifelt aber, daß weder ihr wirtschaftliches noch ihr politisches System vertrauenswürdig scheint. So wird sie schließlich gezwungen sein, der eigenen Notwendigkeit nachzugehen. Diese lautet aber: Aufgabe des unsicheren Wirtschaftssystems.

Soziales

Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten

Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten hat in den Jahren seit dem Kriege außerordentlich stark alle diejenigen Kreise beschäftigt, die es mit der Versorgung und Fürsorge für die Opfer des Krieges ernst genommen haben. Die zurückstehende Masse der Kriegsbeschädigten hat auf dem gesamten Gebiete der damaligen Kriegswirtschaft eine Lebensfrage herbeigerufen. Die sich erst durch langsame Umstellung in der Industrie wieder einigermassen abzumildern ließ. Weil es in diesen Jahren außerordentlich schwer war, die gefundenen Arbeitnehmer wieder in Lohn und Brot zu bringen, so mußte das doppelt schwer halten bei denjenigen, die im Erwerbsleben nicht als vollwertige Arbeiter angesehen werden konnten. Die wirtschaftliche Krise, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen neutralen Staaten, mit der Verendigung des Krieges hervorgerufen wurde, waren durchaus nicht geeignet, das Problem der Unterbringung der Kriegsbeschädigten einer heftigenden Lösung entgegenzuführen. Zum Teil waren es rein wirtschaftliche Schwierigkeiten, zum Teil Teil sie aber auch in der Mentalität der einzelnen Nationen begründet. In Deutschland, beispielsweise schuf man im April 1920 ein Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, das einen Zwang auf die Arbeitgeber zur Einstellung ausübte sollte. Anders in England; durch eine freiwillige Vereinbarung verpflichtete sich der Arbeitgeber freiwillig auf eine gewisse Zeit zur Einstellung von mindestens 5 Prozent Kriegsbeschädigten. Er erhielt dafür das Recht, diese Verpflichtung in seinem Ermessen usw. als Geschäftsempfehlung mit aufzunehmen. Dieses System hat sich in England nicht bewährt. Die Verpflichtung der Arbeitgeber, zum Teil hervorgerufen durch die deutsche Geldentwertung, schaffte für die englische Industrie Beschäftigungsmöglichkeiten in hohem Maße, jedoch die Arbeitgeber die eingegangene Verpflichtung als hemmend empfanden mußten, und sich von dieser Verpflichtung sobald als möglich zu lösen befreit waren. In Deutschland lagen die Verhältnisse ähnlich. Mit Beginn des Jahres 1919 lebten eine Reihe von Arbeitgebern noch ihren Ehrengelübten, Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer zu beschäftigen, namentlich dann, wenn diese bereits vor dem Kriege bei ihnen tätig waren. Zum Teil waren sie auch hierzu gezwungen durch die Demobilisierungsverordnungen. Aber schon nach ganz kurzer Zeit zeigte sich, daß auf die Dauer nicht alle Schwerbeschädigten ohne Zwang in ihren Stellen gehalten werden konnten. Die große Zahl der Kriegsbeschädigten machte es ihnen eine gewisse Stabilität auf längere Zeit sicherte. Es war deswegen nur zu befreit, daß die Mehrzahl der Kriegsbeschädigten sich zunächst an den Staat wandte, ausgehend von der Voraussetzung, daß der Staat als Arbeitgeber für die in seinen Diensten erlittenen Schäden aufzukommen habe. Diese Unterbringung an sich wäre die geeignete und wünschenswerteste gewesen. Aus diesem Grunde wurde auch bei Schaffung des Reichsversorgungsgesetzes den Kriegsbeschädigten eine Verpflichtung in der Form gegeben, daß ihnen bei Gelegenheit ein Verforgungsgeld ein, der zum mittleren Beamtendienst berechtigt, ausbezahlt wurde. Auch in den erlassenen Anstellungsgrundrissen wurde eine Reihe von Bestimmungen festgelegt, wonach gewisse Stellen den Versorgungsbeamten vorbehalten blieben. Leider haben sich bisher alle auf dem Gebiet der Unterbringung der Kriegsbeschädigten getroffenen Maßnahmen als nicht erschöpfende Lösung erwiesen. Die Personalabbauverordnung hat eine Reihe der bereits im Staatsdienst untergeordneten Kriegsbeschädigten wieder erneut arbeitslos gemacht und damit die Notwendigkeit einer neuen Arbeitsvermittlung, unter Umständen sogar einer neuen Berufsausbildung zugeführt. Aber auch die nach der Inflationszeit einsetzende Geldknappheit zwang einzelne Betriebe zur Verminderung ihres Personals und demgemäß auch zur Entlassung der Erwerbsgeminderten. Man kann also feststellen, abgesehen von kleinen Erfolgen, daß auch die Unterbringung von Kriegsbeschädigten ein bisher noch ungelöstes Problem darstellt.

Die Unterbringung bei privaten Arbeitgebern, die bisher schon unter Zwang, teilweise sogar unter erheblichem Druck der Hauptfürsorge erfolgen mußte, wird sich in Zukunft grundlegend nicht ändern, bleibt also lediglich die Frage, wie weit der Staat als Arbeitgeber aufnahmefähig ist. Da Körperbeschaffenheit des öffentlichen Rechts, wie die Begründung zum Schwerbeschädigtenengesetz hervorhebt, in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten vorbildlich für die privaten Arbeitgeber wirken sollen, sind sie den privaten Arbeitgebern im Rahmen des Schwerbeschädigtenengesetzes grundsätzlich gleichgestellt. Es ist dabei einzelnen Behörden entgegen den sonstigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen hier noch ein gewisses Vorrecht eingeräumt. Diese moralische Verpflichtung der Körperbeschaffenheit des öffentlichen Rechts liegt in dem Charakter der Kriegsbeschädigtenfürsorge begründet. Es ist deshalb auf das Lebhafteste zu begrüßen, wenn jetzt im Reichs-

tag von ziemlich allen Parteien Anträge eingebracht worden sind, die zum Teil auf eine Verbesserung des Schwerbeschädigtengesetzes hinauslaufen und damit den Unterbringungsmöglichkeiten der Kriegsbeschädigten dienen sollen. Es wird bei dieser Gelegenheit eine Reihe von Fragen mit erörtert werden müssen, die bisher besondere Schwierigkeiten geboten haben. Insbesondere wie das Verhältnis der Kriegsbeschädigten in Anstellung zu anderen Personen zu gestalten ist, denen eine geistliche Anwartschaft auf Beamtenstellen und die aus der Reichswehr und der Siedlerpolizei ausbehebende Beamten. Es darf auch an dieser Stelle gesagt werden, daß nicht immer und zu jeder Zeit die Behörden der Beschäftigung von Kriegsbeschädigten sympathisch gegenüberstehen, weil naturgemäß auch ihre Befähigung war, in allen Stellen vollwertige Arbeitskräfte unterzubringen. Es wäre aber zu wünschen, wenn es dem Reichstag gelänge, die bisher mehr oder weniger auf dem Papier stehende Aussicht auf Lebensnahme ins Beamtenverhältnis, wie sie durch die Gewährung des Beamtenstatus den Kriegsbeschädigten zum Ausdruck kommt, endlich in die Tat umgesetzt würde.

Düffel - Karlsruhe.

Kleine badische Chronik

*** Mannheim.** In der letzten Nacht erkrankte sich ein verheirateter 35 Jahre alter Aktiver aus Bödingen, der wegen Betrugs festgenommen war, in seiner Zelle im Amtsgefängnis.

*** Neudargmünd.** Wie die „Heidelberger N. N.“ melden, wurde hier ein höherer Finanzbeamter wegen grober Verfehlungen im Amt verhaftet.

*** Freilicht.** Hier ereignete sich am Mittwoch ein bedauerlicher Unfall. Ein bei der Familie Brunt weilendes vierjähriges Mädchen Lina Lausch aus Karlsruhe stieg an der Türe mit der Waage zusammen, die mit einem Topf kochenden Wassers hinaus wollte. Das Kind hing sich an die Kleider der Waage, was veranlaßte, daß das heiße Wasser sich über Kopf und Brust des Kindes ergoß und es daran verbrühte, das es tags darauf starb.

*** Willingen.** Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Willingen hat sich nunmehr mit den Verfügungen des Leiters des Arbeitsamtes Ritterich befaßt und ihn, nachdem sich ein Gehalt von 4000 Mark herausgestellt hat, seines Amtes enthoben. Weiterlich hat die fehlende Summe, über deren Entfaltung noch nichts genaueres feststeht, fast ganz durch Beschaffung von anderweitigem Geld decken können. Für die Kasse dürfte ein größerer Beitrag nicht entstehen, sofern sich nicht bei der noch nicht abgeschlossenen Unternehmung ein noch größerer Beitrag ergibt. Das Geld scheint für Anschaffung verwendet worden zu sein. Der Grund für die Verfehlungen ist noch nicht aufgeklärt, immerhin hat Ritterich ein aussergewöhnliches Einkommen.

*** Mühlheim.** Der in einer Leiharbe mit Auftragsarbeiten beschäftigte Arbeiter Johann Stein wurde unter herablassenden Verhältnissen berufen. Als man ihn befreite, hatte er die Sprache verloren. Er verstarb kurze Zeit danach.

*** Waldm.** Einen bösen Verlauf nahm hier ein Hochseitschießen, das die ganze Nacht über andauerte. Dabei wurde einem Fischer aus Umroßbücheln die rechte Hand vollständig verstimmt, jedoch sie ihm abgenommen werden mußte.

*** Sigen a. S.** Freitag vorm. gegen 11 Uhr wurde auf der Straße Sigen-Willingen an einem 20jährigen Mädchen ein Raub ausgeführt. Der Täter konnte bald darauf in der Person des Albert Geisel festgesetzt werden.

*** Vom Schwarzwald.** Hat der unnormal trockene Verlauf des letzten Herbstes bereits im Hochsommer nicht unheimlich in der Wasserführung bemerkbar gemacht, so tut der eben ungenügende Verlauf des Winters ein Verbrechen. Der Rückgang des Wassers macht sich jetzt auch im östlichen Teil des Schwarzwaldes im Donauquellgebiet stark fühlbar, wo die Wasserläufe bis auf ein Drittel ihres Normalwasserstandes zurückgewichen sind. Die Quelle der Donau in Donaueschingen hat in ihrer bekannten Wasserfülle unter dem Einfluß der geringen Niederschlagsmengen ganz erheblich nachgelassen und das Welt jetzt ganz ungewöhnlich hohe Wasserstände.

Der Verkehr zwischen befestigten und unbefestigten Gebiet. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt mit: Nach den Vorschriften für den Verkehr mit dem befestigten Gebiet können alle deutschen Staatsangehörigen über 16 Jahre und alle Staatsangehörige einer Macht, deren Truppen an der Befestigung teilnehmen, die über 16 Jahre alt sind und im unbefestigten Deutschland ständig wohnen, unbehindert zwischen den befestigten und dem unbefestigten Gebieten verkehren, vorausgesetzt, daß sie im Besitze eines Personalausweises mit Lichtbild oder eines von ihrer Heimatbehörde ausgestellten und beglaubigten Passes sind. — Da die Befestigungsbehörde in letzter Zeit die Personenkontrolle sehr streng handhabt und Reisende ohne jegliche Ausweise in Geldstrafe nimmt, kann nur dringend angeraten werden, sich mit den vorgeschriebenen Ausweispapieren zu versehen.

Markt und Handel

*** Mannheim Viehmarkt vom 29. Januar.** Auf dem heutigen Viehmarkt sind aufgetreten: 91 Rinder, 130 Schweine, 460 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden für Rinder II. Qualität 66-70, III. Qualität 62-66, IV. Qualität 58-60, V. Qualität 50-56 M. Für Schweine I. 53-75, II. 53-75, III. 52-60, IV. 73-75, V. 71-73, VI. 60-66. Ferkel und Läufer 16-30. Der Markt verlief mit Schweinen ruhig, mit Rindern ruhig, mit Ferkeln und Läufern lebhaft.

Wareneisenhandel auf der Leipziger Messe. Wie bei den früheren Messen ist das Leipziger Eisenamt auch diesmal wieder vom Sachlichen Wirtschaftsministerium ermächtigt worden. Irftunden aber erfolgte Schaufellung von Eisenbürgen, Rüstern und Warengruppen auf der vom 1. bis 7. März 1925 (Leipziger Messe 1. bis 11. März) stattfindenden Frühjahrsmesse an die Aussteller auszufertigen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
 Sterbefälle. Helmut, alt 10 Monate 12 Tage, Vater Job Schaad, Kaufmann. Martha, alt 1 Jahr 6 Monate, Vater Christian Kübler, Kaufherr.

Pianohaus Lang Kaiserstrasse 107/1 Telefon 1073 Salamander-Schuhhaus **Günstige Bedingungen** ermöglichten den Kauf eines erstklassigen Pianos od. Harmoniums

Weisse Woche

Eine Kraftprobe unserer Leistungsfähigkeit

Beginn Montag, 2. Februar

Mengenabgabe vorbehalten

Damenwäsche

- Damen-Trägerhemd mit Hohlbaum . . . 1.25 0.95
- Damen-Taghemd m. Hohlbaumgarnitur . . . 1.75 1.45
- Damen-Taghemd m. Achsel-schluß und Stickerei 2.25 1.95
- Damen-Taghemd m. Hohl-saumträger u. breiter Stickereinsatz . . . 2.75 2.45
- Damen-Taghemd m. Achsel-schluß, Stickereinsatz, Ansatz l. viel. Ausfüh. 3.75 3.25
- Damen-Trägerhemd rumpfgestickt . . . 2.95 2.25
- Frauenhemden Vorder- u. Achsel-schluß, aus kräftigem Cretonne 3.75 2.95
- Damen-Beinkleider mit Hohlbaum . . . 1.45
- Damen-Beinkleider geschloss. od. offene Form, Hohlbaumgarn. 1.95 1.75
- Damen-Beinkleider mit Stickerei in ver-schied. Ausführungen 2.25 1.95
- Damen-Beinkleider mit breiter Stickerei elegant. Verarbeitung 3.25 2.95
- Damen-Nachthemden mit Hohlbaum, Kimono-form . . . 2.95
- Damen-Nachthemden mit Stickerei oder Feston . . . 3.95 3.75
- Damen-Nachthemden mit breiter Stickerei neueste Formen . . . 5.75 4.95
- Damen-Unterhüllen mit Hohlbaumträger und Spitze . . . 1.25 0.95
- Damen-Unterhüllen mit breit. Stickerei, Hohl-saumträger, Jumperform . 1.45
- Damen-Unterhüllen neueste Formen, Stickereinsatz, Ansatz 2.45 1.95
- Damen-Reformröcke m. Träger, Klappelinsatz und Spitzen . . . 2.95
- Damen-Reformröcke m. Stickerei u. breit. Stickereinsatz . . . 4.75 3.75
- Damen-Reformröcke m. Stick. Träg. Stick. Einsatz u. Bd. Durchr. 6.95 5.75
- Damen-Nachtjacken Schirting, Feston und Um-legkragen . . . 2.75
- Damen-Nachtjacken gerahmt Croisé, Fest. Hohlbaumlangquerte 3.75 3.25
- Damen-Nachtjacken m. Stickerei, gerahmt Croisé 4.25
- Damen-Hemdchsen mit Hohlbaumlangquerte . . . 2.95
- Damen-Hemdchsen mit Hohlbaum u. Stick-Einsatz 3.95

B'wollwaren

- Hemdentuch ca 80 cm breit . . . 0.65 0.55
- Renforce feinfädig ca 80 cm 0.85 0.75
- Cretonne f. Bett- u. Leibwäsche 0.95 0.85
- Wäschebatist für feine Leibwäsche 1.25 0.95
- Haustuch 2 gestrichelter 150 cm br. 2.45 1.95
- Cretonne für Oberbettlicher schw. Qual 160 cm 2.95 2.25
- Bettendamst 150 m gestreift . . . 2.25 1.85
- Bettendamst 150 cm garte Qual. Jacquardmuster . . . 2.50 2.25
- Negligédamast 80 cm . . . 1.45
- Bettkattun 80 cm . . . 0.90 0.78
- Bettkattun 150 cm grosse Ausmusterung 1.75 1.45
- Schürzenstoff c. 120 cm 1.65 1.25
- Perkal u. Zeфир neue Muster . . . 0.85 0.75

Handtuchstoffe

- Drellhandtücher grau m. Kante Mtr. 0.55 0.48
- Drellhandtücher weiss m. Kante ca 48 cm . . . 0.95 0.78
- Drellhandtücher weiss u. rot kar. ca. 56 cm . . . 0.95
- Waffelhandtücher weiss m. Kante . . . 0.65
- Gerstenkornhandtücher weiss m. Rand Mtr. 0.60 0.48
- Gerstenkornhandtücher weiss oder weiss mit Kante, ca. 48 cm Mtr. 0.75 0.68
- Gerstenkornhandtücher Halblein weiss m. Kante Mtr 0.95
- Gläsertücher weiss u. rot kar. 45/45 Stück 0.24
- Gläsertücher 50/50 gestumt und gebündert Stück 0.38
- Gläsertücher Halblein 55/55 gestumt und gebündert Stück 0.50
- Gläsertücher weiss-rot kar. 55/70 Stück 0.65
- Drellservietten weiss 50x50 . . . Stück 0.50
- Bettlinett türk-rot 80 cm Mtr. 2.50 1.95
- Bettlinett türk-rot 130 cm Mtr. 3.95 2.75
- Matratzendrell ca. 140 cm, gestr. . . . 2.95
- Matratzendrell Jacquardmuster 140 cm 3.95
- Bettfedern doppelt gereinigt Pfd. von 1.80 an

Bettwäsche

- Kissenbezug mit gemäßigtem Bogen 1.65 1.35
- Kissenbezug mit Festonbogen . . . 1.95
- Kissenbezug m. Stick.-Eins. u. Fältch. 2.95 2.45
- Kissenbezug m. Klappelinsatz u. Fältch. 1.95
- Kissenbezug m. Hohl- u. Lochstick. 3.95 2.95
- Unterbettlicher 150/225 6.75 5.75
- Oberbettlicher gebort, 150/250, aus schwerem Cretonne . . . 9.75

Erstlingswäsche

- Erstlingshemdchen 3 Stück 0.75
- Erstlingshemdchen mit Feston 3 Stück . . . 0.95
- Kinderlätzchen Serie I II III 3 Stück 0.75 0.95 1.25
- Gummianterlagen Stück 0.95 0.75 0.45
- Nabelbinden Cambria 3 Stück . . . 0.50
- Nabelbinden Mull 3 Stück 0.65
- Nabelbinden Ideal, delph. bar 2 Stück 0.75
- Moltonwindeln weiß Stück 0.95
- Moltondecken weiß u. farb. umstochen . 1.75 1.45
- Moltondecken schwer. Qual. m. weiß u. farb. Festonbog. 2.25
- Kinder-Jäckchen weiß gestrickt Serie I II III 3 Stück 0.95 1.25 1.45
- Kinder-Jäckchen weiß gestrickt Ganzgarn Größe I II III Stück 0.45 0.55 0.65
- Kinder-Höschen weiß gestrickt 0.95 0.65 0.45
- Kinder-Kleidchen weiß gestrickt m. u. ohne Arm 1.45 1.25 0.95
- Kinder-Leibchen weiß gestrickt 0.95 0.75 0.50
- Kinder-Leibchen weiß Schirting . . . 0.95 0.85
- Kinder-Leibchen Knäpfröckl 1.75 1.45
- Mullwindeln hygienisch Größe 70-70 80x80 Stück 0.45 0.65
- Wagenkissen in versch. Ausführungen 1.75 1.45 0.95
- Laurrückchen gerahmt Croisé fest u. m. Stickerei . 2.25 1.95

Kinderwäsche

- Mädchenhemden mit Achsel-schluß, festoniert Größe 35 40 45 cm 0.55 0.65 0.75
- Mädchenhemden mit Achsel-schluß und Stickerei Größe 35 40 45 cm 0.70 0.80 0.95
- Mädchen-Hemdchsen gestickte Hohlbaumspitze und Einsatz Größe 40 45 50 cm 1.95 2.25 2.65
- Mädchen-Reformröcke mit Stickereivolant Größe 40 50 60 cm 1.45 1.95 2.45

Frottierwäsche

- Frottierhandtücher 1.25 0.95
- Frottierhandtücher 45/100, we ß u. weiß mit bunter Kante . . . 1.95 1.45
- Frottierhandtücher schwere Qualität in gemustert und weiß 2.45 2.25
- Frottierhandtücher 80/80 80/100 100/100 2.25 2.95 3.75
- Damenbinden gestr. Stück 0.45 0.35 0.28
- Damenbinden mit Krüselstoff St. 0.80 0.70
- Damengürtel mit Gummi Stück 0.95 0.80

Taschentücher

- Damen-Batisttuch m. Hohl-saum o. farb. Häkelkante 6 St. 0.95
- Damen-Batisttuch mit Buchstaben St. 0.45 0.22
- Damen-Batisttuch m. Hohl-saum und bunter Kante St. 0.45
- Damen-Batisttuch feston mit gestickten Ecken 3 St. 0.95
- Damen-Batisttuch m. bunter Kante St. 0.45 0.35
- Damen-Batisttuch weiß m. breiter Hohlbaumkante St. 0.40
- Damen-Batisttuch m. bunt. Kordekkante . 1/2 Dutzend 0.50
- Kindertuch mit Zefir-kante oder kariert St. 0.45 0.12
- Herron-Batisttuch weiß mit Hohl. St. 0.40 0.32
- Herron-Batisttuch m. farb. Kante, Karo, Tupfen oder Streifen zum Ausschüben St. 0.30
- Herronlinontuch weiß gebrauchsfertig 0.35 0.30 0.25
- Herronlinontuch weiß mit farbiger Kante, gebrauchsfertig . . . St. 0.40 0.35 0.25
- Herronlinontuch mit Zefir-streifen oder kariert. St. 0.45
- Herrontuch farb. 3 St. 0.95 0.75

Stickereien und Spitzen

- Wäschestickereien für Hemd, Mtr. 0.12 0.10 0.08
- Stickereien 4-5 cm breit, Meter 0.40 0.30 0.25
- Stickereien Abschn. 2 1/2 Mtr. 0.75
- Stickereien Abschn. 2.20 Mtr. 1.50
- Stickereien gute Stoffe, ca. 10 cm breit, Mtr. 0.45
- Unterrock-Stickereien ca. 20 cm br. Mtr. 0.95 0.75 0.65
- Unterrock-Stickereien ca. 30 cm br., teilw. m. Eins. und Fältchen . Mtr. 1.95 1.75
- Klappelspitzen, Einsätze ca. 8 cm br. Mtr. 0.25 0.20 0.15
- Klappelspitzen, Einsätze ca. 11 cm breit, Mtr. 0.45 0.40 0.35
- Wäschebörichen - viele Muster, Meter 0.06 0.05 0.04
- Wäschefeston große Aus-wahl, Meter 0.10 0.07 0.05
- Wäschefeston mit Hohl-saum, Meter . . . 0.20 0.12 0.08

Handarbeiten

- Tabletdeckchen gezeichnet 5 Größen, zusammen . . . 0.95
- Deckchen gez. 28x28 cm 0.35 0.25
- Waschischgarnitur ges. mit und ohne Spitze, 5 Teile, zusammen 1.25 0.95
- Küchen-Oberhandtücher gezeichnet, weiß und grau, St. 1.35
- Sofakissen gezeichnet schwarz Rips 1.25 0.95
- Sofakissen gezeichnet weiß Linon 0.95 0.75
- Deckchen m. Spitze, gestickt, 60x50 cm 1.25
- Nachtischdeckchen farb. gestickt 3 Stück 0.95
- Sofakissen weiß, gestickt, Pierrotmuster 0.95

Gardinen

- Scheibengardinen abgepaßt, Paar 1.25 0.95 0.75
- Scheibengardinen Meter 0.75 0.55 0.45
- Halbstores neue Must. 3.75 2.95
- Madragarnituren 3 teilig, große Ausw. 3.75 6.75
- Kongressstoff Meter 0.75 0.65 0.55
- Deckchen in verschiedenen Größen Stück 0.45 0.25 0.15
- Gardinenreste ein Posten Serie I II III IV Stück 0.50 0.75 1.00 1.50
- Kokos-Fußmatt 0.95 0.75 0.65
- Portièrengarnituren ausziehbar, vermess. 2.50 2.10
- Ansiechtangen vermessene Stück . 0.12 0.08
- Gardinenruten vermess. St. 0.06

Strümpfe u. Handschuhe

- Damenstrümpfe schwarz P. 0.35
- Damenstrümpfe schwarz und farbig, Doppelschle u. Hochkreuz, Maßlos Paar 0.95
- Damenstrümpfe gestrickt schwarz Paar 0.95
- Damenstrümpfe Ia Seidenfär m. kl. Fehlern, mod. Fleischfarbe und Naht Paar 1.45
- Damenstrümpfe schwarz, Kunstseide Paar 1.95
- Kinderstrümpfe gestrickt 2-4 Jahre 5-7 Jahre 8-10 Jahre 0.45 0.65 0.75
- Herrensocken grau Paar 0.35
- Herrensocken mod. Farben Paar 0.48
- Herrensocken Doppelschl. mod. Streifen 0.95
- Herrensocken Seidenfär, farb., Doppelschle, Hochkreuz Paar 1.45
- Dam-Trikothandschuhe schwarz und farbig Paar 0.95
- Dam-Trikothandschuhe m. Spange u. Aufnaht, Paar 1.75
- Damen-Giacchandschuhe schwarz und farbig mit 2 Druckknöpfen u. Aufnaht ein Restposten Paar 2.95

Herren - Artikel

- Herren-Einsatzhemden mit Pikee-Einsätzen 2.75 1.95
- Herren-Oberhemden Perkal, mit Kragen . . . 3.75
- Herr.-Gummihosenträger, m. Lederpatten 0.95 0.75 0.45
- Selbstbinder g. neuester Ausmusterung Serie I II III 0.65 0.95 1.25
- Herrenhosen wollgemischt . . . 2.75 1.95
- Herren-Nachthemden mit Umlegkragen . . 4.75 3.95
- Herrenjacken wollgemischt . . . 3.25 2.75

Schmoller

Aus dem Lande

Bruchsal

Aus dem Stadtrat

Neuer die Veräußerung städtischen Baugebietes an einige Bauherrn legt der Vorsitzende die aufgestellten Vertragsentwürfe vor, die die Zustimmung des Stadtrats finden; bei der Dringlichkeit der Angelegenheit in einigen Fällen soll der gemischte beschließende Ausschuss in einer demnächst stattfindenden Sitzung um Erteilung der Genehmigung ersucht werden. — Gegen einen hiesigen Einwohner, der einen städtischen Beamten bei Ausübung seines Dienstes schwer beleidigt hat, wird Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. — Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Bezüge des Begräbnispersonals hat der Friedhofsausschuss auch eine Erhöhung der Begräbnisgebühren beantragt; diesem Antrag wird vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bürgerausschuss zugestimmt. — Der Landesverband der hiesigen Viehhalter und Installationsmeister hat sich gegen die Einführung des Verkaufs von Gasgeräten und sonstigen Apparaten sowie die Ausführung von Gasleitungen durch das städtische Gaswerk auf Abschlagszahlung beschwert; in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksausschusses wird die Beschwerde abgewiesen und der frühere Beschluß aufrecht erhalten. — Für die im Februar ds. J. im Schloßhof notwendig werden Materialkosten wird dem städtischen Techn. Amt der erforderliche Aufwand bewilligt. — Das Volksschulrektorat hat die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in den im Gewerbeschul-anbau befindlichen Lehrsälen sowie in den mit künstlichem Licht noch nicht versehenen Schulsälen der Knaben- und Mädchenschule beantragt; diesem Antrag wird stattgegeben. — Ebenso einem Geh. der Direktion der Höheren Mädchenschule um Erlass der Gasbeleuchtung im Schuljahr durch Einrichtung der elektrischen Beleuchtung; des weiteren genehmigte der Stadtrat die Anbringung einer Abblende- und Abblendevorrichtung an den Fenstern der Aula der Höheren Mädchenschule, damit diese auch während der Tageszeit zu Lichtbildvorstellungen Verwendung finden kann. — Auf Antrag des Bürgerausschusses für die Erwerbslosenfürsorge wird die Arbeitszeit der Fürsorgebeschäftigten von 5 auf 4 Tage in der Woche ermäßigt. — Hinsichtlich der Förderung des Wohnbaues im Rechnungsjahr 1925/26 wird beschlossen, von den Mitteln der Gebäudebesitzersteuer die gefälligen 25 Prozent zu verwenden. — Zur Abhaltung eines Kurzes zwecks Einführung der Schwestern in die Probearbeiten durch eine hierzu geeignete Kursleiterin wird der erforderliche Aufwand bewilligt. — Berechnen werden: a) die beim Freizeithausgarten gefälligen Pappelbäume an Adam Dehler und Wilhelm Seis hier, b) die Ausführung von Anstricharbeiten an einigen städtischen Gebäuden an die Malermeister Wb. Keller, Ehlig, Juhl, Rang und Doll hier, c) die Anbringung eines Dachkanals am ehem. Gas'chen Messin an E. Meisenheimer hier und d) die Erneuerung des Dachkanals an der Gewerkschule an Karl Wäner hier.

Aus dem Abtal

Der Verkehrsverein Eppingen

Am Dienstag, 27. d. M., fand auf Einladung des Bürgermeisters im großen Rathausaal eine Versammlung statt, die zu der Frage Stellung nahm, ob die Wiederbelebung des während der Krieges und Nachkriegszeit eingeschlafenen Verkehrsvereins erforderlich sei. Herr Bürgermeister Dr. Pöschel legte in der die Versammlung einleitenden Ansprache ausführlich dar, daß seines Erachtens die Neugründung

des Verkehrsvereins notwendig sei. Ein Verkehrsverein aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengefaßt, der sich kulturellen, verkehrspolitischen und auch kulturellen Fragen in dem Zweck nach widmen muß, sei dadurch so richtig geeignet, eine öffentliche Meinung zu bilden, deren Ansichten auf die Gemeindegewaltung betrüßend einzuwirken in der Lage sind. In gleicher Weise wie der alte Verkehrsverein seine Hauptaufgabe in der Erhaltung von neuen Bauvierteln (Rottbergkolonie, Waldkolonie) sah, wird auch der neue Verkehrsverein in erster Linie sich mit solchen Fragen beschäftigen. Nachdem jetzt die Verhandlungen über den Erwerb des Schloßgartens zum Abschluß gekommen sind, wird die Stadtgemeinde in der Lage sein, schön gelegenes Baugebiete äußerst preiswert abgeben zu können. Gelingt es dem Verkehrsverein, Baufläche in nennenswertem Umfang nach Eppingen zu ziehen, wird in kürzester Zeit ein Aufschwung des Geschäftslebens in Eppingen zu verzeichnen sein.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe des Verkehrsvereins wird auch darin liegen, sich den Verkehrsbeziehungen zwischen Eppingen und der benachbarten Landeshauptstadt zu widmen. Die Stadt Karlsruhe ist dabei, einen Autobusverkehr mit den großen Büßingwagen, die bis 50 Personen fassen, nach ihren Vororten einzurichten. Ein derartiger Wagen, der die Strecke vom Rathaus Karlsruhe bis Ruppurr in 7 Minuten bewältigt, wird zweifellos eine Umwälzung des Verkehrslebens bringen, die auch auf Eppingen ihre Auswirkung haben wird. Bei der Regelung dieser Frage rechtzeitig auf dem Plane zu sein, wird ebenfalls eine Hauptaufgabe des Vereins sein. Neben diesen äußerst wichtigen Verkehrsfragen wird der Verkehrsverein aber auch noch die Aufgaben des früheren Verkehrsvereins übernehmen müssen. Ein weiteres Arbeitsfeld werden auch kulturelle Fragen, z. B. die Verwaltung der Freizeithäuser, bilden. Auch hier wird der Verkehrsverein, der feinerlei Beschränkungen unterworfen ist, anregend und fördernd wirken können. Wenn auch durch den Verkehrsverein die Zahl der bisherigen Vereine, deren es jetzt schon gegen 60-70 geben soll, um einen weiteren vermehren wird, werden diese um ihren Bestand nicht beirrt sein brauchen; er wird seinen kirchlichen, vielmehr wird er ein Förderer von manchem Verein sein können. — In der daran anschließenden Aussprache, an der sich die Herren Dr. Durlacher, Geh. Reg.-Rat Dr. Pöschel, Prof. Müller und Dr. Gutmann beteiligten, wurde einstimmig die Notwendigkeit dieses Vereins anerkannt. Um alsbald in die praktische Arbeit eintreten zu können, wurden die vom Bürgermeistersamt vorbereitete Statuten durchberaten und die Vorstandsmitglieder ernannt. Es übernahmen den 1. Vorsitz: Herr Dipl.-Ing. Schottmüller, Stellvertretung: Herr Wilhelm Müller, Schriftführer Herr Hermann Maish und Schatzmeister Herr Karl Ross. Außerdem wurde noch ein Arbeitsausschuss von 16 Personen und Unterkommissionen für Theater, Verkehrs- und Erholungsfragen gebildet.

Der Vorstand wendet sich nunmehr an hiesige Firmen und auch Privatleute, ihn durch Beitritt und Wirkung in allen seinen Aufgaben zu erhalten. Der Verein wird alles daran setzen, tatkräftig innerhalb des Rahmens seiner Bestimmungen zu allen öffentlichen Anlegenheiten Stellung zu nehmen und zum Vorteil der weiteren Entwicklung unserer Heimatstadt zu arbeiten. Eppingen, Verkehrsverein. Auf die morgen Sonntag nachmittags 1/3 Uhr in der „Araucis“ stattfindende Generalversammlung sei nochmals hingewiesen. In derselben spricht Herr Wagner-Rastatt über Wohnungsnot und Wohnungsbau. Hierzu haben alle Mieter von Eppingen und Umgebung Zutritt.

Rastatt

Industriebeiträge zur Tuberkulose-Fürsorge. Außer der bereits gemeldeten Zuwendung von 800 M. der Firma Schüller und Hübner, Gernsbach, sind der Bezirks-Tuberkulose-Fürsorge durch die Firma Siedel'sche Metallindustrie Gbr. Dreßgauer & Co. Rastatt, 50 M. gestiftet worden.

Das 25jährige Jubiläum feiern heute Samstag unser Genosse Karl Ruff, Krankeninspektoren und seine Gemahlin. Zu gleicher Zeit kann auch Genosse Ruff auf eine 25-jährige Mitgliedschaft in der Soz. Partei Rastatt zurückblicken. Dem Jubelpaar erwidern wir an dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche. Möge unserem allezeit pflichtbewußten und verdienstvollen Genossen Ruff mit seiner lieben Gemahlin, die ihm stets eine treue Stütze seiner Ideale war, noch recht viele Jahre in treuer Anhängerschaft an die Partei, ein recht glückliches Leben beschieden sein. Der Arbeitergesangsverein „Niederfeld“ wird seinem langjährigen passiven Mitglied heute Samstagabend am Niederbühnenort, eine kleine Liebesgabe zum Leben geben.

Aus dem Bezirksrat

(Sitzung vom 27. Januar)

In öffentlicher Sitzung befaßte sich der Bezirksrat zunächst mit einigen Wirtschaftssitzungen. Die Besuche wurden zum Teil genehmigt. Das Gesetz des Anton Frisch in Baden wurde ablehnend verabschiedet. — Alsdann verhandelte der Bezirksrat über die Beschwerde des Internationalen Rennklubs in Baden-Baden wegen Heranziehung zur Gebäudebesitzersteuer durch die Gemeinde Pfersheim. Der Vertreter des Klubs Herr Rechtsanwalt Herrmann (Baden-Baden), machte geltend, daß der Internationale Rennklub ein gemeinnütziges Unternehmen sei und deshalb zur Gebäudebesitzersteuer nicht herangezogen sei. Der Vertreter ließ sich dabei auf ein Urteil des Oberlandesgerichtshofs vom Jahre 1922, wonach die Rennvereine, als gemeinnützige Organisationen betrachtet werden müssen und demnach auch des Reichssteuer nicht zu leisten haben. Nach eingehender Beratung kam der Bezirksrat zu einer Ablehnung der Beschwerde des Internationalen Rennklubs. Der Internationale Klub ist nun zur Zahlung der Gebäudebesitzersteuer für die auf dem Rennplatz in Pfersheim stehenden Gebäude verpflichtet. — Die Beschwerde des Zentralverbandes der Angestellten, Gau Baden, gegen die Rechtsgültigkeit der Bestimmung zum Kaufmannsgericht in Baden-Baden war ebenfalls Gegenstand eingehender Beratung. Die Vertreter des Zentralverbandes machten zu dieser Bestimmung geltend, daß bei der Wahl gegen den § 15 der Bestimmungen über die Wahl der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte verstoßen wurde. Nach diesen Bestimmungen muß die Wahl unmittelbar und geheim erfolgen. Bei der Wahl sind aber zwei verschiedene farbige Stimmzettel und auch mit Größenunterschied versehen worden, jedoch von einer geheimen Wahl keine Rede sein konnte. Der Bezirksrat faßte aber in seiner Mehrheit den Beschluß, die Beschwerde des Zentralverbandes als unzulässig zurückzuweisen. Die gefälligen Bestimmungen schreiben wohl eine unmittelbare und geheime Wahl vor, aber die Statuten des Kaufmannsgerichts in Baden-Baden schreiben genau den Umkehrfall vor und gegen diese Statuten habe der Wahlausschuss bei der Wahl nicht verstoßen. — Gegen die Bestimmung der Entscheidung für eine wegen Tuberkulose gestiftete Kuh des Anton Kreis in Rotenfels hatte der Bezirksrat nichts einzuwenden. — Dem Antrag des Buchhändlers Hans Gabel,



H. Tintelott, Karlsruhe

Empfehle mein reichhaltiges Lager in feinen Solinger Stahlwaren wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpacabestecke und meine **1a Rasiermesser** eigener Fabrikation sämtliche Rasierutensilien.

H. Tintelott, Rasiermesserhohlschleifer! Amalienstr. 43 Tel. 4182

Große Sparwoche
vom 31. Januar bis 7. Februar

Auf die noch vorräthigen Damen-, Baby- und Kindermäntel in Flanell u. color de laine, Wollweber, Jacken, Kostüme, Röcke, Kleider etc.

10-30% Nachlaß

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmstr. 39, 1. Treppe
Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen

Verkauf solange Vorrat! Zur Mengenabgabe vorbehalten.

Weissen Woche

bringen wir gewaltige Mengen Ware riesig billig zum Verkauf

1 großer Posten Hemd-tuche . . . 48	1 Posten Cheviot reine Wolle . . . 1.85
1 großer Posten Cretonne u. Bettwäsche . . . 75	130 cm br. reinvoll. Cheviot in allen Farben . . . 2.90
1 Posten Handtuch-stoffe . . . 35	Reinwollene Gabardine . . . 3.90
1 Posten Handtuch-stoffe, pr. Qual., weiß und farbig . . . 55	130 cm br. reinvoll. Gabardine in allen Farben . . . 4.50
1 großer Posten Flanell, grob und feinstädig . . . 1.10	130 cm reinvoll. Rippe für eleg. Kleid u. Kostüme . . . 9.50
Piqué, weiß, schw. Qualität . . . 1.10	Reinwollene Popeline in allen Farben . . . 3.75
1 großer Posten Damaste, weiß und bardo . . . 1.75	130 cm breite Kleider-Schotten . . . 1.95
Bett-Barchent, 80 cm br. 1.75	Mod. karierte Kleider-stoffe reine Wolle . . . 3.50
120 cm breit 2.75	140 cm breite Velour de laine f. elegante Mäntel . . . 7.50
Haustuch, 150 cm breit, schw. gebt. Ware 2.25, 1.95	Eleganter Kleider-St. mit gute Qualitäten . . . 8.50
Halbleinen, 150 cm breit, extra schwer, 2.90, 2.50	Gelegenheitskauf!
1 großer Post. Bettkattune in vielen schönen Dessins . . . 98, 88	140 cm br. Anzug . . . 2.90
Elegante Kissen-Bestüge mit Hohlraum u. Feston aus kräft. Creton . . . 1.85	140 cm br. Herrenanzug-stoffe für elegante Anzüge, darunter die feinsten Gabardine . . . 10.50
Bettuchbiber, 150 cm br. schw. Cöpperware 2.25	Komplettes Futter für Anzug . . . 9.50

Bettfächer, weiß u. farbig schwere Ware 3.25
3.75, 3.50, 3.25
1 groß. Posten Jacquarddecken in all. Must. 6.50 und Qual. 8.50, 7.50
1 Post. Jacquarddecken schwarze Ware, Kar. melhaarfarb. 12.50, 14.50, 14.50
1 Posten Tischtücher, weiß und farbig 4.75
Doppelbreite Schlafzimmerschlösser, waschechte Qualität 1.45, 1.30
Zephyr und Perkal für eleg. Oberhemden . . . 78
u. Blusen 1.15, .95
Einfarbig und gemusterte Damen- u. Kleider 1.40
u. Schürzen 1.80, 1.60
1 großer Posten Sport-Baumw., schöne, 65
1 ess. u. . . 55, .75
1 großer Posten Hemden-fanelle, kariert . . . 55
u. gestreift . . . 75, .85
1 großer Posten Kleider-fanelle, Gelegenheitskauf, weit unter . . . 75
Preis . . . 98, .85
Eleg. doppelt. Jackett-futter, gebt. Da. 2.60
masse . . . 3.50, 2.90
110 cm breite Voll-Volle in allen Farben 1.95
2.40, 2.25

Kaiserstr. 100
S. Ruben Verkauf nur 1 Treppe hoch

Während der

Weissen Woche

bieten wir an

hervorragend billig

Wäschtuche . . . 1.15 0.95 0.78 0.58	Flock-Croisé . . . 1.50 1.35 1.25 0.90
Bettlamaste . . . 3.25 2.95 2.35 1.95	Handtuchstoffe . . . 1.10 0.95 0.65 0.45
Haustuche 150 breit . . . 2.65 2.25 1.65	Handtücher, gestümt . . . 1.20 0.85 0.65
Bettuch Cretonn. 150/160 . . . 2.90 2.25 1.85	Bettbarchent 80 breit . . . 2.80 2.65 1.95
Bettuch Halbleinen . . . 3.65 2.95 2.45	Bettbarchent 130 breit . . . 4.35 bis 2.95
Bettuch Biber 3.25 2.90 1.95	Matratzendrelle, 140x200 . . . 3.50 2.90 2.45
	Schlafdecken, Stück 25. — 12.50 8.50

» Alle sonstigen Waren weit unter Preis! «

Waldhornstraße 19, neben der Post

Malthaner & Hauschwitz

Baden-Baden, seinen technischen Gehilfen auch an Sonn- und Feiertagen beschäftigt zu dürfen, stimmte der Bezirksrat mit Rücksicht darauf, daß dieses Gewerbe in der Hauptsache an Sonn- und Feiertagen ausgeübt wird, zu. — Einer Beschwerde des Arbeiters Böhrle in Bietigheim wegen Verletzung des Wandererwerbseins wurde nicht stattgegeben.

In der geheimen Beratung stand zunächst die Erlassung einer bezirkspolizeilichen Vorschrift, den Fuhrwerksverkehr in Bietigheim betr. zur Beratung. Der Bezirksrat stimmte der Erlassung dieser Vorschrift zu. — Die Erhöhung der Kamin- feisergebühren bildete den Inhalt der Sitzung.

Karlsruher Polizeibericht vom 31. Januar

Anfall. Gestern vormittag kam eine Lehrerin beim Überfahren von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen in der Nähe des Marktplatzes zu Fall und geriet unter die Plattform des Anhängewagens. Durch die Schutzvorrichtung wurde sie beiseite gedrückt, ohne verletzt zu werden.

Festgenommen wurden: Ein Buchhändler von Bärenweiler, der von der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Sittlichkeitsverbrechens gefußt wurde, ein Mädchen von Pforzheim, das ihren Eltern entlaufen war und sich umhertrieb, 3 Personen wegen Verfehlungen gegen die Bahbestimmungen und 6 Personen wegen Bettels.

Zur Anzeige gelangten im Monat Januar 85 Personen wegen Leistungsmachens, weil sie für gegebene Darlehen zu hohe Zinsen verlangten.

Saluta

nach dem Berliner Mitteltax vom 30. 1. 25. In Auszahlung: Belgien 21.68 M. per 100 Belg. Fr. Holland 169.23 M. per 100 Hfl. Spanien 60.05 M. per 100 Ptas. Schweiz 80.97 M. per 100 Sch. Fr. Italien 17.46 M. per 100 Lire. England 20.10 M. per 1 Pfd. Sterl. Schweden 113.16 M. per 100 Kr. Frankreich 22.73 M. per 100 Franz. Fr. Oesterreich 5.919 M. per 100 000 Kronen. Neuwort 4.20 M. per 1 Dollar. Slowakei 12.48 M. per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 1. Februar: Anhaltend mild, keine nennenswerten Niederschläge, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schiffersfeld 72, gef. 39; Kehl 150, gef. 6; Mainz 326, gef. 14; Mannheim 218, gef. 22 Zentimeter.

Letzte Nachrichten

Sprengstoff-Funde in Rastatt

Spielende Knaben haben nördlich der Ludwigskirche in Rastatt Sprengmunition gefunden. Bei den polizeilichen Nachforschungen zeigten sich Verdachtsmomente, nach welchen Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands die Sprengstoffe vergraben haben. Durch Durchsuchung wurde dieser Verdacht verifiziert; die Staatsanwaltschaft hat gegen mehrere Personen Haftbefehle ausgestellt und die Angelegenheiten dem Oberreichsanwalt abgeben.

Trotsky abgesetzt

Moskau, 30. Jan. Russ. Telegr.-Ag. Das Zentralkomitee der Sowjetunion hat ein Dekret erlassen, wonach Trotsky seines Amtes als Volkskommissar für Krieg und Marine entbunden und Bruns auf diesen Posten gesetzt wird.

Der Krieg gegen die Riffleute

Paris, 30. Jan. Die Agentur Havas meldet aus Tanger, daß Kaituli sich noch immer in seinem hässlichen Bohnstich in Tagrut befindet, den die spanischen Flieger am Dienstag bombardierten. Die Riffleute hatten dabei starke Verluste. Es wird von 400 Toten und Verwundeten berichtet. Spanische Flieger haben außerdem zwei weitere Ortschaften bombardiert. Bei den Andjeras-Stämmen seien die Führer der Kadhlen untereinander nicht einig. Die Feindseligkeiten gegen die Spanier würden jedoch demnächst wahrscheinlich wieder aufgenommen werden.

Senatswahl der Bremer Bürgerschaft

Bremen, 31. Jan. (Sig. Funddienst.) Die bürgerliche Mehrheit der Bremer Bürgerschaft hat am Freitag mit 69 gegen 47 Stimmen den Senat gewählt, der einen Bürgerblock darstellt. In ihm sitzen 3 Deutschnationalen, 5 Volksparteiler und 6 Demokraten. Kommunisten und Sozialdemokraten haben dem neuen Senat scharfe Opposition angesetzt.

Wieder ein Kriegsverurteilung in contumaciam

Brüssel, 31. Jan. Das Kriegsgericht des Hennegau verurteilte wegen angeblicher Kriegsverbrechen die folgenden deutschen Offiziere in Abwesenheit: Knipping und v. Bühlingslöwen zum Tode, Sottorf und Dieberich zu lebenslänglichem Zuchthaus, Peter zu 5 Jahren Gefängnis.

Indeziffer

Berlin, 30. Jan. Die auf den Stichtag, den 28. Januar, berechnete Großhandelsindeziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 21. Jan. (138.4) um 1.9 u. S. auf 140.4 gestiegen. Die Lebenshaltungsindeziffer für die Lebenshaltungskosten auf den 28. Jan. ist gegenüber der Vorwoche (124) mit 124.4 nahezu unverändert geblieben.

Der Kampf um die Arbeitszeit im Ruhrgebiet

Essen, 31. Jan. Die gestern fortgesetzten Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsbund und den Arbeitgeberverbänden über die Verlängerung der Arbeitszeitregelung führten zu keiner Einigung, da die Arbeitgeber im wesentlichen das bisherige Arbeitszeitabkommen aufrechterhalten. Da die Arbeitnehmer dagegen in den Tagesbetrieben den schematischen Achtstundentag und untertags 7 1/2stündige Schichten durchgeführt haben wollen, wurde eine Schlichtungskammer gebildet, die am nächsten Donnerstag zusammentreten wird.

Der Streik im Saargebiet

Saarbrücken, 31. Jan. Der Streik in der Fertigungsindustrie erstreckt sich auf Saarbrücken und Dudweiler. In 14 Betrieben der Fertigungsindustrie stehen 3000 Arbeiter im Streik.

Restitutionsabkommen mit Rumänien

Wie die Blätter mitteilen, bemüht sich die deutsche Regierung seit langer Zeit, mit Rumänien zu einer Verständigung über die Ansprüche aus dem Versailler Vertrag zu gelangen. Um der rumänischen Regierung den deutschen Standpunkt zusammenfassend darzulegen, sei am 28. Januar in Bukarest eine deutsche Note überreicht worden, worin die deutsche Regierung die Bereitwilligkeit zu einer umfassenden Regelung aller Ansprüche Rumäniens aus dem Versailler Vertrage im Rahmen des Dawesplanes zum Ausdruck bringt. Allerdings könnten die rumänischen Ansprüche auf Valorisierung der von den Zentralmächten während der Okkupation Rumäniens ausgegebenen und von der rumänischen Nationalbank eingelassenen 1,5 Milliarden Banca Generala-Noten nicht anerkannt werden, da diese Forderung im Versailler Vertrag keine Stütze finde. Die deutsche Regierung gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen über ein Restitutionsabkommen auf Grund des Art. 238 des Versailler Vertrages bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen mögen. Die deutsche Regierung sei ferner bereit, mit der rumänischen Regierung über die Durchführung des Art. 239 des Versailler Vertrages in Bukarest zu verhandeln. Alle Zahlungen Deutschlands müßten durch die Annullitäten auf Grund des Dawesplanes abgegolten werden, da für Deutschland keine weiteren Reparationsverpflichtungen beständen.

Briefkasten der Redaktion

Grüßwetterbach. Sie haben 50 Pfg. Steuer in der Sache zu zahlen. Der Lohn beträgt 21.65 M., davon der steuerfreie Betrag von 15 M. für die Woche ab, bleiben mithin noch 6.65 M. zu versteuern. Für Ihre Frau und Ihr Kind gehen an den 10 Prozent je 1 Prozent ab, sodaß Sie sich noch 8 Prozent, also 8 x 6.65 Pfg. = 50 Pfg. Steuer abgeben lassen müssen.

E. St. D. Der Bericht mußte wegen des sonstigen großen Stoffandrangs einige Tage zurückgestellt werden; daß er nun wertlos sein soll, glauben wir nicht, die Kritik ist immer noch angebracht. Mannheim R. 8 14.

Der Gesamtanfrage unserer heutigen Ausgabe liegt ein vierseitiges Warenangebot der Firma G. F. W. Knopf anlässlich der „Weißen Woche“ bei, welches wir unseren Lesern besonderer Beachtung empfehlen. 1007

Pfannkuch

Wurstwaren

Feinste Norddeutsche Mettwurst

bayerische Bierwurst

Delikatess-Leber- und Blutwurst

1/2 Pfund 50 Pfg.

Thüringer Land-Leberwurst

1/2 Pfund 40 Pfg.

Feinste Leber- und Blutwurst

1/2 Pfund 25 Pfg.

95 Pfg.

Alleinstehende Thüringer Salami- und Cervelatwurst

hart, 1/2 Pfund 75 Pfg.

Pfannkuch

Zur weißen Woche

empfiehlt

Jacob Wertheimer

Weißwaren- und Wäschegeschäft

Ettlingerstraße 27 Parterre

nur erstklassige Qualitäten

Bettuch und Kissen

Halbleinen / Bettendamasten

Hemdentuchen / fertige Bett-, Tisch- u. Leibwäsche

ganz besonders preiswert!

Kein Laden! Keine Spesen!

Warnung

vor der Verwendung von „Elektro-Dauersicherungen“

In neuerer Zeit werden sogenannte „Elektro-Dauersicherungen“ betrieben, die der Annehmer nach Durchschmelzen des Silberdrahtes selbst wieder betriebsfähig machen kann. Diese Sicherungen entsprechen weder den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker, noch den Bestimmungen der Gewerkschaftsversicherungsvereinigungen; ihre Verwendung ist nach der Reichspolizeilichen Vorschrift vom Juni 1916 strafbar.

Karlsruhe, den 30. Januar 1925. 377

Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Gute Belohnung

denjenigen, der mir Auskunft geben kann über den Verbleib meines Hundes Edinger, großer Wolfshund, trägt ein eisernes Gürtelband und ist gelblich braun, abhandeln gekommen.

Vor Anlauf wird gewarnt.

Schröder, Durich-Aue, 22 Eier- und Butterhandlung.

Mietervereinigung Karlsruhe

Sprechstunden von 6-1/2 Uhr abends im Café Novak. Jede Mittwoch, Freitag, Samstag, Sonntag und Feiertag: „Unter den Linden“, Café Kallerallee u. Vorfrische jeden Mittwoch.

Während der

Weißen Woche

ermäßigte Preise auf sämtliche Wäsche- und Aussteuer-Artikel

C. F. Treiber

Waldstrasse 48

Betten- u. Ausstattungsgeschäft

Schul-Artikel

Briefpapiere

Schreibwaren

Ansichtskarten

empfehlen

Volksbuchhandlung

Industriest. 48. Tel. 3701

Möbel

Sonder-Angebot zur weißen Woche

Eichene Schlafzimmer mit 2t. Spiegelschrank u. weiß. Marmor. Mk. 420.-

Desgl. mit 3 t. Spiegelschrank . . . Mk. 460.-

Mod. eich. Speisezimmer mit Ausziehtisch und 4 Lederstühlen . . . Mk. 455.-

Küche Büffet, Kredenz moderne Form Tisch u. Stühle ab Mk. 120.-

Polierte Schränke, Bettstellen, Waschkommode m. Spiegel, Matrassen, Sofas usw. in großer Auswahl.

Brüder W Bär

Karlsruhe, Kaiserstr. 115, Eing. Adlerstr.

Weitgehende Zahlungs-Erleichterungen.

Kein Laden

Zur

Weissen Woche

sind unsere Preise bedeutend herabgesetzt:

Damast weiß gestreift u. gebäumt	2.50	2.00
Halbleinen 160 cm	3.50	2.90
Halbleinen 80 cm	1.85	1.50
Stuhltuch u. Cretonne 160 cm	2.50	2.20
Hemdentuch	1.00	0.85
Flocktücher	1.20	1.00
Handtücher verschied. Sorten	0.80	0.60
Bettbarchent rot, 130 cm	3.20	2.50
Nessel roh	1.00	0.75

Damasthandtücher / Tischtücher / Teegedecke

Tisch-, Diwan-, Jacquard-, u. Kamelhaardecken

Ferner kommt ein großer Posten feiner

*** Herrenstoffe ***

billig zum Verkauf.

Gebrüder Strauß

Steinstraße 23, am Lidellplatz.

Kein Laden

Regen-Schirme

Mantel

Gummi-Mantel für Damen- u. Herren zu billigsten Preisen

Daniels

Konfektionshaus

Wilhelmstr. 38 1. Treppe 2. Stock.

Sport-Artikel

jeder Art preiswert und gut

Sport-Haus Brannath

Karlsruhe

Durlacher Tor.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 31. Januar

Geschichtstafel

31. Jan. 1868 Der Dichter Friedrich Rückert in Neues bei Koburg. — 1811 Paul Singer in Berlin. — 1924 Französischer festlicher Karneval in Karlsruhe. — 1. Febr. 1900 Der Dichter Julius Bierbaum in Dresden. — 1923 Der deutsch-russische Handelsvertrag ratifiziert. — 1924 England (Macdonald) erkennt Sowjetrußland an.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Achtung! Bezirksobleute! Die Bezirksobleute (auch der Bezirke) oder deren Stellvertreter und sämtliche Mitglieder werden zu einer kurzen aber dringenden Besprechung am Samstag nachmittags 5 Uhr in das Nebenzimmer des „Saalens“, Ludwigsplatz, gebeten. Lang.

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

Gruppe Südstadt. Sonntag, 1. Februar, Wanderung nach Bruchsal. Anschließend Jugendtreffen. Treffpunkt 7 Uhr Hauptbahnhof.

Bezirk Mühlburg. In die heute abend 8 Uhr stattfindende Bezirksversammlung mit Vortrag des Gen. Jung in der „Saalensstube“ sei nochmals erinnert. Genossen und Genossinnen, erscheint vollzählig. — Um 7 Uhr Besprechung der Vertrauensleute.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Südstadt. Die Kameraden treffen sich Sonntag, 1. Februar, früh 10 Uhr, am Tivol (Ecke Müppelstraße) zu einem Ausschuss. Rückkehr gegen 11 Uhr, anschließend wichtige Besprechung im Lokal. Mit vollzähliger Erschienen wird dringend erzuht.

Mittstadt. Sonntag, den 1. Februar, morgens 10 Uhr, Ausschuss. Anreden Ecke Waldhornstraße und Schloßplatz.

Weststadt. Mittwoch, den 4. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal „Unter den Linden“.

Mühlburg. Sonntag, den 1. Februar, Ausschuss. Anreden morgens 10 Uhr Nordstraße beim Feuerwehrturm.

Wiederum ein Preisverhörsaufschlag

Wie die Bekretzung bekannt gibt, kosten jetzt 500 Gramm Halbweizen 24 Pfg., 750 Gramm Kornrot 32 Pfg. Es ist also ein Aufschlag von 1 bzw. 2 Pfg. zu konstatieren. Es ist dies diesen Monat schon der zweite Aufschlag, den der Brotpreis erfährt. Und um wie viel haben sich die Röhne und Gehälter erhöht? Um nichts! Man sieht, der Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Beamten sinkt immer tiefer.

Frauenversammlung der Soz. dem. Partei

Einen recht guten Besuch hatte die Versammlung der Frauenaktion des Sozialdem. Vereins am Donnerstag aufzuweisen, jedoch das Nebenzimmer der „Gambriusstraße“ nicht besetzt war. Und all die Genossinnen, die erschienen waren, sind für ihr Erscheinen reichlich entschädigt worden durch das Referat der Genossin Haas aus Söllingen über „Die Witten der Frauen in der Politik“. In einem dreiviertelstündigen Vortrage behandelte Referentin mehrere die Frauen besonders interessierende Fragen in der Politik und gab zugleich Anregungen, wie sich die Frauen zu all diesen Fragen stellen müssen und wie notwendig die Beteiligung der Frau an politischen Leben ist.

Eingangs der vorlesenden Ausführungen wies die Referentin auf die Enttarnung hin, die das Frauenmagazin gebracht hat. Wie sehr man sich bemühen sollte, die Referentin, daß die Frauen alle Kräfte ihrer Anschauung, nach ihren Empfindungen zu behandeln haben. Sie erinnert dabei zuerst an die Mutterpflicht, darüber Männer Bestimmungen treffen, während die Frauen schweigen, trotzdem dies das ureigste Gebiet der Frau ist. Auch die Erziehung und Fürsorge, insbesondere die Jugendfürsorge, sei in erster Linie eine Angelegenheit für die Frau. Die Erziehung in Arbeiterhäusern könne nicht gut gelingen, man habe es mit einer Massenherde, die für die Seele des Kindes nichts bringe, zu tun. Die Frauen empfinden das, aber warum wehren sie sich nicht? Denselben Mißstand treffe man beim Strafvollzug an, der auf den Gefangenen nicht besser wirkt, sondern ihn noch weiter hinabstürzt. Referentin kam sodann auf den § 218 zu sprechen, auf eine die Frauen sehr interessierende Frage. Sie sieht auf dem Standpunkt, daß nicht die Abschaffung des § 218 zu erstreben sei, sondern die Freigabe der Schulmittel. Auch in der Außenpolitik habe die Frau sehr viel mitzureden, denn eine Mutter habe keine Lust, die Kinder groß zu ziehen, um sie auf dem Schlachtfeld zu opfern. Die Frauen müssen für den Frieden arbeiten, ebenfalls für die Wirtschaft.

Genossin Haas beschäftigte sich des Weiteren mit den Bestimmungen auf Einführung von besonderen Löhnen für die Frauen bei den Wahlen. Die Referentin wandte sich gegen diese Bestimmungen, denn es komme nicht auf die Zahl der Frauenabgeordneten an, sondern auf die Qualität. Es dürfe kein Herr, oder auch kein Frauenmitglied geben. Eine Spaltung nach Geschlechtern müsse vermieden werden. Der kurze, aber inhaltreiche Vortrag fand allseitigen Beifall und rief eine sehr lebhaft, aber ebenfalls auf sehr beachtlichem Niveau stehende Diskussion hervor, die von den Genossinnen Fischer, Bernauer, Haas, Schneider und Genossin Traub bestritten wurde. In der Hauptsache spielte die Jugendfürsorge, die Vor- und Nachteile der Unterbringung der Fürsorgezöglinge in Privathäusern oder Anstalten eine große Rolle. Es kam so recht zum Ausdruck, daß die heutige Erziehung der Fürsorgezöglinge noch sehr im argen liegt und der Schutz des Staates für diese Kinder ein sehr geringer sei. In ihrem Schlußwort berührte Genossin Haas noch einige in der Aussprache aufgeworfene Fragen, worauf die Vorlesende Genossin Müller, die sehr anregend verlaufene Versammlung um 10 Uhr schließen konnte.

Erste badische Luftverkehrsausstellung in Karlsruhe

Trotz der Bauverhinderungen durch den Verfall der Vertrag konnte der deutsche Luftverkehr in den letzten Jahren, denn auch unter großen Anstrengungen erfolgreich im In- und Ausland arbeiten. Etwa ein Drittel der Weltluftverkehrslinien wird mit deutschen Flugzeugen betrieben. Ueber den Stand der deutschen Luftfahrt, über den Segelflug, den Luftverkehr und den Luftverkehr-Sicherungsdienst wird die Ausstellung eingehend unterrichtet. Besonders sei auch auf die Luftbild-Ausstellung hingewiesen, die insbesondere badische und württembergische Städte und Landschaftsbilder enthalten wird. Daneben wird die neuere Luftschiff-Literatur nahezu vollständig zu sehen sein. Die unter dem Protektorat des Herrn Oberbürgermeisters stehende Ausstellung bietet somit eine reiche Fülle interessanter Material und verdient daher die Aufmerksamkeit und den Besuch vieler Kreise, vor allem auch der Schulkinder. Führungen werden je nach Bedarf oder auf Wunsch veranstaltet. Die Ausstellung wird den ganzen Tag bis 10 Uhr abends geöffnet sein.

tembergische Städte und Landschaftsbilder enthalten wird. Daneben wird die neuere Luftschiff-Literatur nahezu vollständig zu sehen sein. Die unter dem Protektorat des Herrn Oberbürgermeisters stehende Ausstellung bietet somit eine reiche Fülle interessanter Material und verdient daher die Aufmerksamkeit und den Besuch vieler Kreise, vor allem auch der Schulkinder. Führungen werden je nach Bedarf oder auf Wunsch veranstaltet. Die Ausstellung wird den ganzen Tag bis 10 Uhr abends geöffnet sein.

Karlsruhe als Verkehrs-, Kongreß- und Ausstellungstadt

Wie uns der Verkehrsverein mitteilt, ist Karlsruhe auch dieses Jahr wieder von einer größeren Anzahl von bedeutenden Verbänden und Vereinigungen als Tagungsort gewählt worden. Andere Vereinigungen oder Unternehmungen haben beschlossene Ausstellungen, Festlichkeiten, Sportveranstaltungen und dergleichen abgehalten, so daß dieses Jahr das Verkehrs- und Geschäftslieben der Stadt eine reiche Fülle von Veranstaltungen zu erwarten hat. Folgende sind u. a.:

- Allgemeine Kongresse und Tagungen: Anfangs April: Gebietsversammlungen des Deutschen Agobundes, anschließend seiner gleichzeitig stattfindenden Ausstellung; 17.-19. April: Bezirksrat des Volksbundes Deutscher Kriegsgewerkschafter; 27.-30. April: Tagung des Allgemeinen Deutschen Verbandes der Dampfessel-Überwachungsvereine; 10. Mai: Bezirksversammlung des Badischen Bundes aus Anlass der zu gleicher Zeit stattfindenden Ausstellung; 1.-15. Juni: Der Tag des Deutschen Badensports mit der Förderung „Bau Baden“; Jahresversammlung des Vereins der Badefachmänner; Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder; Jahresversammlung des Reichsverbandes für Badebetriebe und des Deutschen Schwimmverbandes; 14. Juni: 75jähriges Jubiläum der bismarckischen Methodistenkirche Süddeutschlands; 28. und 29. Juni: 2. Badischer Weltkongress mit Enthüllung des Leibgedenkmals; September: Jahrestagung der süddeutschen Deutschenverbände anschließend der zu gleicher Zeit stattfindenden „Süddeutschen Dentalschau“; Verbandstagung des Reichsverbandes im Klempner- und Installateurgewerbe anschließend der zu gleicher Zeit stattfindenden Ausstellung; 25jähriges Jubiläum des Vereins für Nationalstenographie von 1905, verbunden mit der 27. Tagung des Reichsbundes für Nationalstenographie.

Wissenschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Veranstaltungen

- 15. März: Republikanische Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold des Gau Bad; 20. Mai bis 1. Juni: 2. Süddeutscher Buchdrucker-Sängerstag mit Vokal- und Instrumental-Konzerten und historischem Festzug; 12. Juni: Gastkonzert des Berliner Lehrergesangsvereins; Juni: Gastkonzert des Männergesangsvereins „Badiische Harmonie“ in Remort auf seiner Sängerreise durch Baden; 4.-7. Juli: Süddeutsches Sängerkongress des badischen Sängerbundes, Gau Baden; 19. Juli: 2. Gaukongress des Karlsruher Sängergaues; September und Oktober: „Karlsruher Herbstwochen“ mit südwestdeutschen Heimattag; September: 100jähr. Feier der Erbauung des Karlsruher Rathauses mit Einweihung des neu angelegten großen Rathauses; 29. Oktober bis 1. November: Sonderjähriges Jubiläum der Technischen Hochschule Friedrichsiana; im gleichen Monat: „Deutsche Vorkriegswoche“.

Sportliche Veranstaltungen: Mai und Juni: Süddeutscher Zwerchflügelsprung; 2. und 3. Mai: Landestagung des badischen Landesauswärtigen für Lebensübungen und Jugendpflege; 7.-14. Juni: Spähen um die Badische Jagdmeisterprüfung, Württembergischen um den großen Preis von Süddeutschland; 14. Juni: Große Herderrennen des Karlsruher Rennvereins; Juni: Ländertreffen im Württemberg- und andere große wasserportliche Veranstaltungen der Karlsruher Schwimmvereine anschließend der zu gleicher Zeit stattfindenden großen deutschen Badekongress „Der Tag des Deutschen Badensports“; 4.-12. Juli: Verbandstreffen des Schwimmverbandes Baden-Württemberg und Mittelrhein; 10. Juli: im südlichen Reichsstadions im Feld des 10. Deutschen Tennistreffens (Baden); 2. August: 10-Stundenrennen des Deutschen Motorfahrerverbandes mit internationalen Charakter auf einer Rundstrecke von 10 Kilometern; September: Große sportliche Veranstaltung in der Karlsruher Herbstwoche; außerdem Motorrad-Wettfahrten des Gau Bad und des Deutschen Motorfahrerverbandes.

Ausstellungen: 31. Januar bis 8. Februar: „Badische Luftfahrtausstellung“ in der städtischen Ausstellungshalle; anfangs April: Ago-Ausstellung in der städtischen Ausstellungshalle; 1. Mai bis 1. Juni: „Gömbel und Industrie“, Ausstellung des Badischen Bundeswerks 1925 in der städtischen Ausstellungshalle; 7.-21. Juni: Internationale Ausstellung über Polizeiwesen; Juni-August: Ausländische Ausstellung in der städtischen Ausstellungshalle; 5.-20. September: „Süddeutsche Dentalschau“ in der städtischen Ausstellungshalle; 14.-20. September: „Neuheiten-Ausstellung“ im Installateur- und Klempnergewerbe in der städtischen Ausstellungshalle; Oktober: Betriebsärztliche Wanderausstellung des Vereins deutscher Ingenieure in der städtischen Ausstellungshalle; November: Deutsche Ausstellung für Sport, Baden, Turnen und Spiel in der städtischen Ausstellungshalle.

Wegen weiterer verschiedener derartiger Veranstaltungen steht der Verkehrsverein mit den zuständigen Stellen noch in Unterhandlung. Auch für das Jahr 1926 ist eine Reihe ähnlicher Darbietungen in Sicht.

(2) Spende für badische Kriegswitwen. Valentin Kackebauer in Los Angeles (Kalifornien), dem schon wiederholte Spenden für badische Kriegswitwen zu danken sind, hat wiederum 610 Reichsmark für diese Kriegswitwen gesandt und dem Reichshilfskomitee mit der Verwendung des Betrags zugestimmt in Not befindlicher Kriegswitwen beauftragt. Der Verein hat ihm herzlichsten Dank ausgesprochen. Der Spender hat durch diese Gabe erneut seine treue Anhänglichkeit an die alte Heimat bewiesen.

Mitglieder-Vereinigung Karlsruhe e. V. Am morgigen Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet im Saale des „Kaffee-Romad“ die jährliche Generalversammlung der Mitglieder-Vereinigung Karlsruhe statt, wie schon im Informativblatt bekannt gegeben. Es wird ein guter Besuch dieser Veranstaltung erwartet.

(3) Der Verein der Kleingartenbesitzer hält heute abend 10 Uhr im Gartenlokal des „Friedrichshof“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Herren Gruppenvorstände werden gebeten, vollzählig mit ihrer Verwaltung und Delegierten zu erscheinen. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

(4) Das städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswesen veröffentlicht heute eine Warnung vor der Verwendung sogenannter „Elektra-Dampericherungen“, auf die auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht wird.

Aufnahme in die Volksschule. Auf die Bekanntmachung des Stadtschulamts wegen der Aufnahme der am Oitern schulpflichtig werdenden Kinder sei nochmals hingewiesen.

(5) Die „Kassette“ macht alle humorvollen Freunde und Freunden auf die große Damen- und Fremden-Sitzung im „Kaffee-Romad“ aufmerksam. Die Veranstaltung wird eine gewaltige Huldigung für den Bringen Karneval werden. Die besten Witzredner und Rednerinnen haben ihre Mitwirkung zugesagt. Beginn 10 Uhr. Karlsruher Ball.

Festhalle-Konzerte. Die gut eingebürgerten Festhallen-Nachmittagskonzerte finden ihren Fortgang in dem am Sonntag, 1. Febr., nachmittags 1/2 Uhr, stattfindenden Konzert, das unter dem Motto: „Erntes und Heiteres“ von der beliebten Kapelle der Vereinigung badischer Polizeimusiker unter Leitung des Herrn Obermusikdirektors J. Heilig gespielt wird.

Musikball des Athletenklub „Einigkeit“ Mühlburg e. V. Auf vorstehende Veranstaltung morgen Sonntag abend 1/2 Uhr in den „Drei Linden“ in Mühlburg sei hiermit nochmals hingewiesen. Die lustigen Stunden verbringen wir, findet sich dort ein. Alles ist eingeladen und alle werden auf ihre Rechnung kommen. Näheres ist aus getrigem Inserat zu erfahren.

Kurs für Säuglings- und Kleinkinderpflege. Am 16. Febr. beginnt ein Kurs über Säuglings- und Kleinkinderpflege. Näheres ist aus dem heutigen Inserat des Landesverbandes für Kleinkinderfürsorge ersichtlich.

(6) Der Gesangsverein der Nähmaschinenbauer von Junger und Busch hielt, wie uns gemeldet wird, am Samstag, 17. Jan., seine diesjährige ordentliche Generalversammlung im Vereinslokal zur „Bavaria“ ab. Nachdem die Sänger ein reiches Erntes gesungen hatten, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Schriftführer erläuterte den Jahresbericht, den der 1. Vorsitzende noch näher erläuterte. Insbesondere besprach er die überaus große Arbeitsleistung der Vorstandschaft im verflochtenen Geschäftsjahr. Wegen bläsiglicher Erkrankung des Hauptkassiers fiel der Kassierenbericht aus. Ein Mitglied der Kassierenprüfungskommission gab jedoch ein lautes Bild über die Kassierenführung der Vereins- sowie der Sängerkasse. Beide Kassen seien in außerordentlich Weise vorgefunden worden und könne man den Kassierenführer nur Lob und Anerkennung aussprechen. Hierauf erläuterte der Sängerkassier Bericht über die Sängerkasse und wurde demselben seitens des 1. Vorsitzenden Entlassung erteilt. Die Neuwahl brachte ein etwas anderes Bild von der Vorstandschaft als früher. Als 1. Vorsitzender wurde Herr Reinhardt Schmidt einstimmig wiedergewählt. Der 1. Vorsitzende dankte für das entgegengebrachte Vertrauen, ferner dankte er den ausstehenden Vorstandsmitgliedern für die dem Verein geleistete Arbeit und sprach den Wunsch aus, daß sie auch weiterhin treue Anhänger des Vereins bleiben mögen zur Pflege des deutschen Liedes und zum Wohle der Allgemeinheit. Nach Erörterung verschiedener kleiner Anträge konnte die Versammlung geschlossen werden.

Aus den Vororten

Sch. Müppel. Der Bürgerverein Müppel hielt am 24. d. Mts. im „Gästehaus“ seine erste ordentliche Hauptversammlung ab. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Oberrechnungsrat Rißner, brachte der Schriftführer, Herr Min.-Oberregistrator Schweinfurth, den Tätigkeitsbericht für das erste Vereinsjahr zur Verlesung. Bis 31. Dezember 1924, dem Abschluß des ersten Vereinsjahres, ist die Mitgliederzahl auf 286 gestiegen. Es war ein großes Feld der Betätigung für den Vorstand und Ausschuss vorhanden, das mit Energie und Zähigkeit bearbeitet wurde. In diesem war auch ein Erfolg zu verzeichnen. Besonders hervorzuheben sind die vom Bürgerverein unternommenen Schritte wegen Verbesserung beim Pflasterung der Einfahrt Allee und der Hauptstraße, Beleuchtung der Einfahrt Allee und des ganzen Stadteiles Müppel, Errichtung eines Radfahrweges längs der Allee, Wiedererrichtung der Müllabfuhr und vieles andere. Den dreizehnten Mann der Rechnungsbüchse bildete der Verleser Rißner, der auch wieder für die Hauptversammlung als besonderer Punkt auf der Tagesordnung stand. Der Tätigkeitsbericht wurde von der Versammlung ohne Debatte mit Beifugung aufgenommen und genehmigt. Der vom Redner, Herrn Eisenbahn-Oberinspektor Edinger erläuterte Rechnungsbuch ist sehr reichhaltig, insbesondere, als durch freiwillige Beiträge aus den Reihen der Mitglieder die Lebensfähigkeit des jungen Vereins gesichert war, jedoch der Verein mit einem kleinen Überschuss abschloß. Auf Grund der von den beiden Rechnungsprüfern, Herrn Postinspektor Wolf und Reichsbeamter Rißner vorgenommenen Rechnungsprüfung wurde dem Redner neben den Dankworten durch den ersten Vorsitzenden Entlassung erteilt. Die beiden Rechnungsprüfer wurden von der Versammlung wiedergewählt. Die nach den Sitzungen durchs Los anschließende Hälfte der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses wurde einstimmig wiedergewählt. Bei dem Punkt „Stellungnahme zur neuesten Regelung des Bauvertrages“ entwickelte sich, wie zu erwarten war eine sehr lebhafte und lebhaft Diskussion. Nach einem eingehenden Bericht über die bisher unternommenen Schritte und deren Ergebnisse durch den 1. Vorsitzenden, waren es mehrere Diskussionsbeiträge, die mit großer Sachlichkeit das Thema behandelten. Bei allen Diskussionen war unter lebhaftem Zustimmung der Versammlung derselbe Ausschuss, der nur die Durchführung der Stadt, Straßenbahn nach Müppel eine beschleunigte Lösung dem Stadtrat Müppel bringen könne. Dabei wurde besonders dem Stadtrat der Dank für die Anberzung seiner Wirtschaftspolitik gegenüber dem früheren Kollegium ausgesprochen und die Erwartung Ausdruck gegeben, daß der letztgenannte mit der Verlegung der Mittelbahn gemacht unverantwortliche Fehler so rasch als möglich gut gemacht werde. Nach einem eingehenden Schlußwort des 1. Vorsitzenden über alle nach aufzuführenden Punkte wurde aus der Mitte der Versammlung nachfolgende Resolution zum Vorschlag gebracht, die von der Versammlung einstimmig und mit Beifugung genehmigt wurde: „Die heutige Hauptversammlung des Müppeler Bürgervereins hat auf Grund der bisherigen Erfahrungen das Vertrauen, daß die Mittelbahn in der Lage sei, dem gesteigerten Verkehrsbedürfnis der Stadteile Müppel Rechnung zu tragen verloren und ersucht die Stadverwaltung, die elektrische Straßenbahn so bald als möglich nach Müppel durchzuführen.“ Vor der Schließung des offiziellen Teiles der Tagesordnung dankte Herr Prof. Dr. Teichmüller namens der Versammlung dem Vorstand und insbesondere dem Vorsitzenden in herzlichsten Worten für die geleistete Arbeit.

Vereinsanzeigen

Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Winterveranstaltungen. Skieur und Biathlon. Treffpunkt 1/2 Uhr am Bahnhof. Arbeiter-Schülerverein. Sonntag vorm 1/2 Uhr Schießtag im Jägerheim Böden, Ecke Jäger- und Adlerstr.

Der heutigen Nummer des „Volk und Zeit“ ist die achtsseitige Bilderbeilage „Volk und Zeit“ der 5. Woche beigegeben.

Billiger Verkauf

Wäsche u. Weisswaren

Qualitätswaren

Hemdentuche
 Macco und Leinenbatist
 Poröse Hemdenstoffe
 Zefir und Oxford
 Perkal
 Haustuch
 Halb- und Reinleinen, 80 cm und 100 cm breit
 Damast, weiss und farbig
 Körper finette und Pelzpiqué
 Betttücher und Kissen, gest. und fest.
 Rohnessel in allen Stärken und Breiten
 Kaffeedecken, bedruckt und gewebt

Tischtücher und Servietten
 Tischzeug, farbig
 Handtücher, abgep. und am Stück
 Wisch-, Gläser-, Toiletttücher
 Frottierwäsche
 Taschentücher
 Steppdeckensatin in allen Farben
 Rouleaux-Damast
 Gardinen, abgepasst und am Stück
 Jacquard- und Kamelhaar-Decken
 Vyella flanel
 Pyama- und Sportflanel

Auch in den anderen Lägern

Herrenstoffe, Damenstoffe, Seide Baumwollwaren

während der Weissen Woche große Preisermäßigung.

Leipheimer & Mende

Niedrige Preise

allein dürfen Ihnen bei Ihren Einkäufen nicht immer als Richtlinien dienen: ausschlaggebend ist immer die Beschaffenheit der Ware. Mein Sonder-Angebot während der

WEISSEN WOCHEN

wird Sie in jeder Hinsicht befriedigen. Ich biete Ihnen gute Qualitäten, selbst in den niedrigsten Preislagen.

Wäschtücher volle Breite
 Meter 0,65, 0,75, 0,90 bis 1,50
 Pelzkörper, 80 cm breit
 Meter 0,95, 1,15, 1,30 bis 2.—
 Handtuchstoffe in vielen Mustern
 Meter 0,45, 0,65, 0,75 bis 1,50
 Bettuch-Halbleinen, 160 cm breit
 Meter 2,85, 3,20, 3,80 bis 4,80
 Bettuch-Biber, 150 cm breit
 Meter 2,25 und 2,55
 Bett-Kattun, 80 cm u. 130 cm br.
 Meter 0,95 bis 2,40
 Bett-Damast „Prima“, 130 cm br.
 Meter 3,20, 2,40, 2,80 bis 3,90
 Bleiber-Betttücher, weiss u. farbig
 3,90, 4,20, 5,20 bis 5,40
 Betttoppiche, neueste Muster
 7,50, 8,50 bis 12.—
 Waffel-Bettdecken 6,80 und 7,50

Damen-Wäsche
Bett-Wäsche
Tisch-Wäsche
Zu Ausnahmepreisen.



Karlsruhe, Werderplatz 25
Verkauf nur gegen Barzahlung und solange Vorrat.

Für Hasen — Kanin — Rehe
 Füchse — Marder — Iltis
 Wiesel — Dachse etc.
 zahlt reell und
 die höchsten Preise
Gross-Kürschner Wilh. Zeumer
 Kaiserstrasse 125/27.

Gummi-Bettflasche
 aus besonders hartem, präpariertem Gummi hergestellt. Für alle Zwecke verwendbar; kein Rosten und kein Rutschgefahr mehr; hält die Wärme bis morgens an; größte Haltbarkeit garantiert; für kaltes und heisses Wasser verwendbar; für Rücken-, Rheuma-, Leibschmerzen usw. bestens empfohlen, weil ohne Druckgefühl ansetzbar. Preis 20. — 4. Stück franko gegen Nachnahme. Otto Wulfinger, Zweigstelle Karlsruhe, Kaiserstr. 42. Vertr. überall gelehrt.

Obstbäume Ettligen Arbeiter
 Eplierbäume, schon tragbar, fr. Pfirsich, Aprikosen, Mirabellen, Hausweiden, etc. u. Samenfrüchten, Stachelbeeren, Erdbeeren, Brombeeren, Johannis- u. Stachelbeeren (Süß- und Saufrucht), Rosen, Reben, Kaulheren können je Wunsch und Samstag im Garten 3. Hotel Kettler beim Bahnhof Karlsruhe gekauft werden.
 Mohr, Baumgärtner, Ettligen.

Bucherer
 eingetroffen:
 Salzheringe
 Säck. 7 Pfg.
 Bismarckheringe
 Rollmöpfe
 Sering
 in Gelee
 Liter-Dose
 Mk. 1.20
Bucherer

Abfall-Späne
 vorzügliches billiges Aufwuchsholz hat laufend abzugeben. Rentner 70 Pfennig ab Lager. Abgabe erfolgt nur ab Lager.
Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
 Durlacher Allee 58, Kaserne Gottesan.

Plakate
 aller Art liefert rasch und billig
 Buchdruckerei
 Geck & Co., Luisenstraße 24. Teleph. 128.

WEISSE WOCHEN
 vom 2. Februar bis 9. Februar
 Aussergewöhnlich billige Preise, hervorragende Qualitäten, riesige Auswahl, reelle Bedienung sind die Merkmale meiner Weissen Woche.

Einige Beispiele:			
Weisstuch für Wäsche 80 cm	—,85	—,85	—,75
Handtuch Ia Qualität	—,75	—,70	—,55
Fleisch Körper, geräuchert		1,35	1,15
Halbleine 80 cm l. Kopfkissen en		2,20	1,70
150 und 180 cm l. Leintücher	3,75	3,15	2,70
Rohnessel 180 cm extra schwer f. Betttücher		2,—	2,—
Damast 130 cm gestreift			2,10
Biberbetttücher 2 m lang		5,00	3,80

ferner Bettbarchent, Bettfedern, Bettkattun, Bettdecken, Kopfkissen, Oberleintücher, Flanelle, Schurzzeuge usw.

Rud. Kutterer Markgrafenstr. 32 am Lidellplatz
 Spezialgeschäft für Weisswaren und Kleiderstoffe.

Liebe eines Künstlers!
 Hat sie Bestand fürs Leben?
 So muß doch der alte Lindenwirt fragen, als er sein einziges Töchterchen dem berühmten Maler zur Frau gibt. Und was er in banger Sorge vorausgesehen geht nur allzubald in Erfüllung. Der von den schönen Frauen der Gesellschaft umschmeichelte und verwöhnte Künstler ist rasch des einfachen Glückes überdrüssig. Zu groß ist der Gegensatz zwischen der raffinierten Eleganz der Frauen seiner Umgebung und der schlichten Natürlichkeit.

Des blonden Hannele
 Das blonde Hannele
 Ein Spiel von Liebe u. Intrigue in 6 Akten mit
Maria Mentzi / Carl de Vogt

Union-Theater

Bucherer Bündelholz
 Bündel 23 Pfg.
Bügelkohlen
 2 Pfund-Paket 28 Pfg.
 bei Wiederabnahme billiger. 967
Bucherer
 in sämtlichen Filialen.



Grosse Damen- und Fremden-Sitzung mit darauffolgendem Ball

Morgen Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr im „Kühlen Krug“ unter Mitwirkung bedeutender Bühnenredner beiderlei Geschlechts, u. a. des Herrn PAUL MÜLLER vom Bad. Landestheater.

GESANGVEREIN „LASSALLIA“ * DER ELFERRAT.

1004



Badisches Landestheater

Samstag, den 31. Januar, 7 1/2 bis nach 9 1/2 Uhr (4.50)
Th. Gem. 2. Sonder-Gruppe.

Zum erstenmal: **Der Liebestrant**
Grotteske in 3 Aufzügen von Franz Webedind.

Sonntag, den 1. Februar, 6 bis nach 9 1/2 Uhr (7.-) Th.-G. 3. Sond. Gr.

Margarete.

IM KONZERTHAUS
7-9 1/2 Uhr (3.50). In der Reueinstudierung:
Das Glas Wasser

Zentralverband der Hotel-
Restaur.- u. Caféangestellten

Montag, 2. Februar 1925

**Masken-
Ball**

in sämtlichen Sälen der
„Eintracht“ 927

Der Elferrat.

Konzerthaus Elefanten

Heute SAMSTAG

Abschieds-Konzert
der so beliebt gewordenen
Ungarischen Magnaten-Kapelle Horwath

Voranzeige!

Ab SONNTAG, den 1. Februar 1925, gastiert das
Damen Blas Orchester Carmen-Silva
6 Damen - 3 Herren - Direktor: PAUL NENTWIG
H. Moutinger Bier - Reine Weine - Vorzügliche Küche
Es ladet ein AUG. ANTI. 1005

Friedrichshof

Sonntag, 1. Februar, ab 7 Uhr

2 Musik-Kapellen

Auswahl des bekannten Ratsberrn-Bräu

Bekannt gute Küche

Täglich wechselnde Spezialitäten

Es ladet höflich ein
H. Stehlin.

Gesangverein „Harmonie“.

Voranzeige!

Samstag, 7. Febr. im Apolloaal

**Großer
Maskenball**

Beginn 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Weitere Anzeige folgt. 970

Badische Landwirtschafts-Bank
e. G. m. b. H. Karlsruhe Lauterbergstr. 3

:: Haftsumme 15 Millionen ::
Geschäftsanteile 1,5 Millionen

Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte

Annahme von Spareinlagen zu den günstigsten
Zins-Bedingungen.

„Schwarzwälder Hof“ Luisen-
straße 57

Jeden Montag

Schlachttag!

Anerkannt gute Weine, 1/4 Liter von 25 Pfg. an
Georg Bender.

COLOSSEUM

Ab morgen das vollständig neue
VARIETE-PROGRAMM.

Zum „Salmen“
am Ludwigplatz. 971

Sonntag früh von 11-1 Uhr:

Frühshoppen-Konzert

unter gütiger Mitwirkung der Karlsruher Quartett-
Bereitigung.

Kostümfrisuren Theaterfrisuren

Zur Karnevalszeit
empfiehlt sich 867

DER FRISEUR

Schminken Puder

Pfannkuch

Kranken-
wein

Vermouth

Branca

1/4 Flasche
1.50 RT.

einisch Glas
und Steuer

Pfannkuch

Während
der **WEISSEN WOCHEN**

auf meine billigen Preise in
**KLEIDERSTOFFE
MANTELSTOFFE
SAMT
VOILE** noch extra **10%**

OTTO LEWIN, im
Karlsruhe * Karl Friedrichstr. 28. 969

Eintracht

Donnerstag, den 5. Februar, 8 Uhr

Auf vielfachen Wunsch

Zweiter (letzter) lustiger Abend

Marcell Salzer

Einige wenige der erfolgreichsten
Stücke des letzten Programms, das so
außerordentlich gefallen hat, gelangen
zur Wiederholung, sonst aber wird eine
andere Auslese heiterster Meister-
stücke und Neues geboten. Die Ein-
trittspreise sind diesmal noch nied-
riger, sie betragen
3.-, 2.-, 1.50 und 1.- Mk. 975

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Besuchen Sie
bitte in Ihrem eigenen Interesse das

Baubund-Möbelhaus

Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.

Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweig-
stellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft
aussergewöhnliche Vorteile beim
Einkauf durch grösste Auswahl

Billigste Preise! Grösste Zahlungserleichterungen!

Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf
von uns kostenlos beraten!

Baubund-Möbelhaus

Bad. Baubund, G. m. b. H.
Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

Brennholz-Versteigerung

des Forstamts Karlsruhe aus Staatswaldbüchse
„Kaltenbrunn“, Montag, den 9. Februar d. J. früh
9 1/2 Uhr im Adler in Gorchheim: rund 450 Ster
Scheiter und Brägel, 4000 Wellen. Eberfortswald
Lehn in Gorchheim zeigt das Holz. 370

Brennholz-Versteigerung

aus Staatswald Karlsruhe Büchse „Rißwert“,
Mittwoch, den 4. Februar d. J. nachmittags 3 Uhr
im Gasthaus „Zum Eichhorn“ in Rappert: 150 Ster
vorwiegend buchene Scheiter und Brägel. 370

Brotpreise ab 2. Febr. 1925

80 Gramm Wasserweiz 2 Pfennig
500 Gramm Halbwasserbrot 24 Pfennig
750 Gramm Kornbrot 32 Pfennig

Freie Bäckervereinigung Karlsruhe.

Erklärung!

Die von mir in der Wahl-
bestimmung i. S. d. B. v. 1924
am 20. November 1924 ge-
gen den Geschäftsführer
des Bezirksbauvereins,
Herrn Wajem, aufgestellten
Behauptungen nehme ich
hiermit als unzutreffend
den Ausdruck des Bedau-
erns zurück. 145

Baden-Zichtental,
den 21. Januar 1925
Leopold Drumm

Pfannkuch

Frische
**Bollfett-
Süß-**

Büchlinge

45 Pfg.
5 Pfg. Rittchen
2 1/2

Täglich frische
Zunehmen direkt
von der See.

Pfannkuch

Druckarbeiten

aller Art liefert die Buch-
druckerei „Volksfreund“,
Luisenstraße 24.

Montag, den 2. Februar 1925

Weisse Woche

Der Spiegel des Betriebes:

Nur Qualitätsware
Billigste Reklamepreise
Sorgfältigste Bedienung

Diese alljährlich nur einmal wiederkehrende Veranstaltung benütze ich, unterstützt durch einen grossen Einkaufskonzern, meiner alten treuen Kundschaft einen weiteren Beweis meiner Leistungsfähigkeit zu geben und neue Kunden zu werben.

Günstigste Einkaufsgelegenheit für Ausstattungen!

Paul Burchard

Durlach

Karlsruhe

Bruchsal